



Bildungsmonitoring im Strukturwandel

Analyse bildungsbezogener Daten
des Mitteldeutschen Reviers

Kennzahlenbericht

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Kompetenzzentrum
Bildung im Strukturwandel
Netzwerkbüro Mitteldeutsches Revier



Deutsches
Jugendinstitut



Liebe Leserinnen und Leser,

seit Juli 2020 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel. Es besteht aus drei Netzbüros, die in den Braunkohlerevieren im Rheinland, in der Lausitz und in Mitteldeutschland verortet sind. Gemeinsames Ziel ist es, Bildung als wichtiges Thema des Strukturwandels in den Regionen zu verankern und Gestaltungsimpulse für eine vitale Bildungslandschaft zu setzen. Das Netzbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland (BiSMit) begleitet das Mitteldeutsche Braunkohlerevier auf seinem Weg durch den Strukturwandel. In enger Abstimmung mit Akteuren der Region baut das Netzbüro BiSMit ein Bildungsmonitoring auf, das Entwicklungslinien und aktuelle Herausforderungen aufzeigt.

Der seit 2021 etablierte Kennzahlenvergleich ist ein datengestütztes Format für den interkommunalen Austausch der Revierkommunen. Neben der gemeinsamen Betrachtung struktur- und bildungsrelevanter Entwicklungen im Revier ist der Fokus darauf gerichtet, „über Zahlen ins Gespräch“ zu kommen. Kommunenübergreifende und spezifische Herausforderungen des Strukturwandels werden deutlich, kommunale Praxis wird vorgestellt und regionale Gestaltungsmöglichkeiten können eruiert werden.

Auf Grundlage eines breiten Verständnisses von Bildung im Strukturwandel wurde ein Kennzahlenset bestimmt, das sich auf alle Phasen des lebensbegleitenden Lernens bezieht. Die Kennzahlen wurden nach Themenfeldern gegliedert und in ihrem Bezug zum Strukturwandel dargestellt.

Im vorliegenden Bericht werden die Prozessgestaltung in der ersten Projektphase 2021/2022, die Methodik der Datenaufbereitung sowie erste zentrale Erkenntnisse präsentiert. Letztere können die Grundlage für die Generierung von Steuerungswissen bilden. In der Förderphase 2023/2024 wird der Kennzahlenvergleich fortgesetzt. Das bisherige Kennzahlenset wird genauer analysiert. Aussagekraft und Steuerungsrelevanz der Kennzahlen sollen im Rahmen des Strukturwandels intensiv beleuchtet werden.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre!

Ihre Jenny Richter
Projektleitung Netzbüro BiSMit

Inhalt

1.	Einleitung	4
1.1	Bildung im Strukturwandel – Annäherung an einen Begriff	4
1.2	Regionales Bildungsmonitoring	6
1.3	Kennzahlenvergleich	7
1.3.1	Der Kennzahlenvergleich als partizipativer Prozess	8
2.	Kennzahlenauswahl	9
2.1	Auswahlprozess und Festlegung des Kennzahlensets	9
2.2	Das Kennzahlenset – Übersicht nach Themenfeldern	10
2.3	Methodik der Datenanalyse	14
3.	Die Themenfelder des Kennzahlenvergleichs	15
3.1	Demografie und Arbeitsmarkt	15
3.2	Fachkräftesicherung	22
3.3	Bildungsübergänge	30
3.4	Bildungschancen	36
3.5	Daseinsvorsorge	40
4.	Zusammenfassung und Ausblick	46
4.1	Zusammenfassung	46
4.2	Ausblick	47
	Hinweise zur Nutzung des Dashboards	48
	Literaturverzeichnis	51
	Abbildungsverzeichnis der Kennzahlen	54
	Abkürzungsverzeichnis	56

1

Einleitung

1.1 Bildung im Strukturwandel – Annäherung an einen Begriff

Der Strukturwandel als Prozess wird in seiner Entwicklung im Mitteldeutschen Revier durch die drei Ds, Digitalisierung, demografischer Wandel und Dekarbonisierung bestimmt. Diese technologischen, soziodemografischen und wirtschaftlichen Veränderungen stehen in enger Wechselwirkung zur kommunalen Bildungslandschaft. Bildung im Strukturwandel berührt viele Bereiche, die durch die drei Ds beeinflusst werden und die an Veränderungsprozesse im engeren oder im weiteren Sinn gekoppelt sind. Mithilfe des regionalen Bildungsmonitorings können diese Entwicklungsverläufe dargestellt werden, woraus für die Region des Mitteldeutschen Reviers Steuerungswissen gewonnen werden kann.

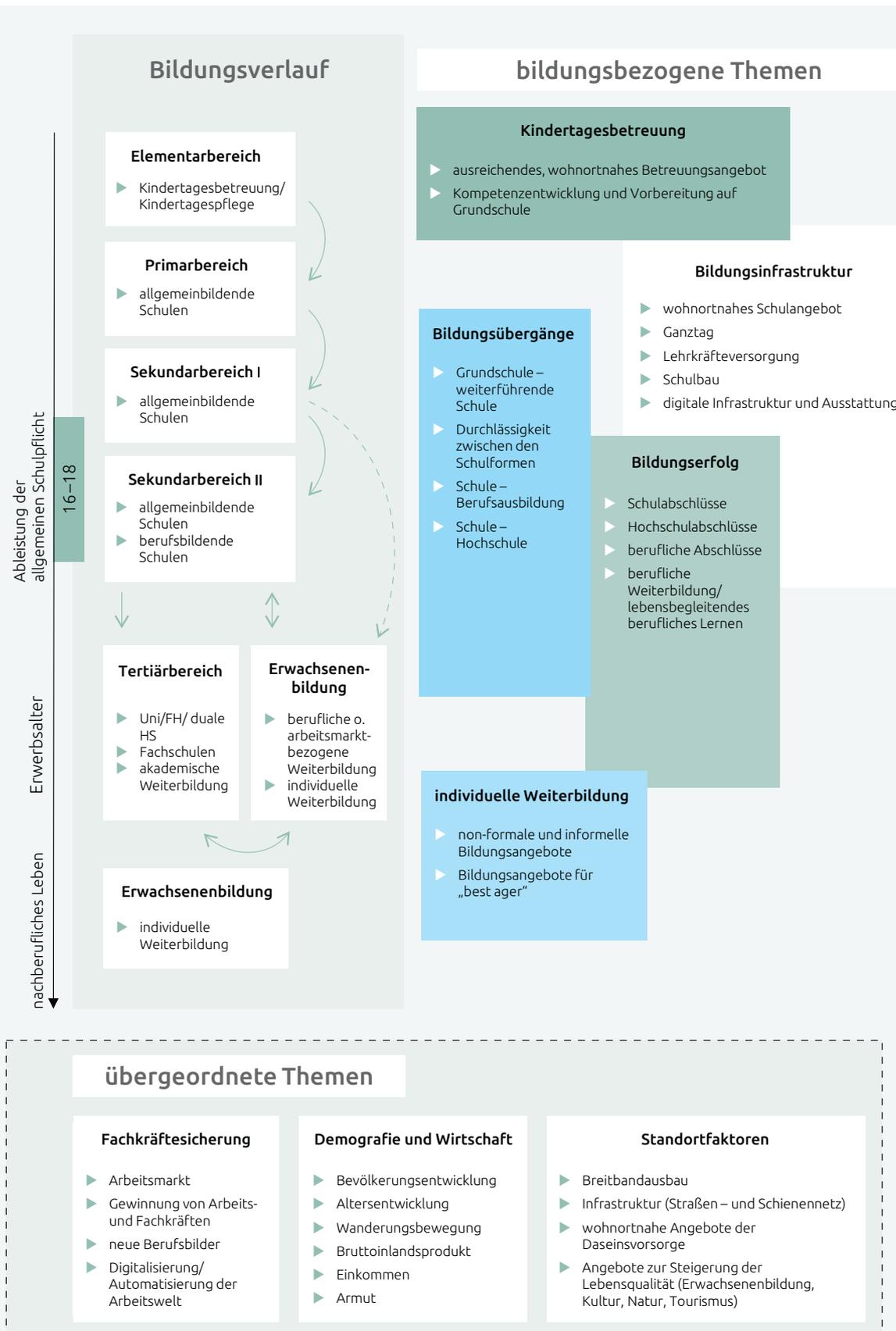
In welchem Maß bestimmen die drei Ds Bildung im Strukturwandel? Die wirtschaftliche Dimension, der Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft, legt den Fokus auf Veränderungsprozesse der beruflichen Aus- und Weiterbildung. „Bildung ist (...) Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, für gute Arbeit und ein sicheres Einkommen“.¹ Die Grundlagen dafür werden bereits im Elementarbereich geschaffen. Jede Station im Bildungsverlauf ist eine Stellschraube, die den Bildungserfolg beeinflusst. Darum ist die Betrachtung des gesamten Bildungsverlaufs sowie der Bildungsübergänge im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens wichtig.

Demografische Veränderungen wirken sich auf die Bildungsbeteiligung einer Gesellschaft aus. Schwankende Geburtenzahlen beeinflussen die Schulentwicklungsplanung, Qualifizierung durch

berufliche Weiterbildung wird im Zuge der Fachkräftesicherung relevanter und nachberufliche Bildung gewinnt durch eine wachsende Zahl agiler älterer Menschen an Bedeutung. Dahingehend muss die Entwicklung aller Altersgruppen in den Blick genommen werden, um bedarfsorientierte Bildungsangebote entwickeln zu können. Voranschreitende Digitalisierung und Automatisierung verändern nicht nur die Art, wie wir lernen und arbeiten, sondern auch, welche Kompetenzen dafür benötigt werden. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten in formalen und non-formalen Bildungseinrichtungen.

Die Einflussfaktoren im Rahmen des Strukturwandels sind vielschichtig. Abbildung 1 zeigt eine Auswahl der komplexen Zusammenhänge bildungsrelevanter Themen entlang des Bildungsverlaufs auf und bildet zudem übergeordnete Themen ab, die für das Monitoring im Rahmen des Strukturwandels ebenfalls bedeutsam sind. Die genannten Themen dienen zunächst als Grundlage, welche BiSMit für den Aufbau des regionalen Bildungsmonitorings nutzt und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Dynamik des Strukturwandelprozesses beeinflusst die Themenrelevanz von Bildung im Strukturwandel, weshalb neue Themen hinzukommen oder andere an Bedeutung verlieren können. Ebenso kann das Themenspektrum zwischen Kommune, Land und Bund aufgrund der jeweiligen Zuständigkeiten und Handlungsspielräume variieren. Grundlage und Ziel auf regionaler Ebene ist es, eine gemeinsame Schnittmenge an Themen für Bildung im Strukturwandel zu beleuchten.

1) <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/bericht/bildung/>



► **Lesehilfe zur Grafik**
Die Pfeile beziehen sich auf die Bildungsübergänge zwischen den einzelnen Bildungsphasen. Sie können mitunter übersprungen werden (gepunkteter Pfeil: keine Berufsausbildung) bzw. es besteht die Möglichkeit der doppelten Durchlässigkeit (Doppelpfeil: Nachholen von Schulabschlüssen, berufliche Weiterbildung nach Hochschulabschluss). Die Themen betreffen die jeweils zugeordneten Bildungsphasen.

Abb. 1: Themenübersicht von Bildung im Strukturwandel (Quelle: eigene Darstellung BiSMit)

1.2 Regionales Bildungsmonitoring

In jedem der drei deutschen Kohlereviere baut ein Netzwerkbüro ein regionales Bildungsmonitoring auf. Die drei Netzwerkbüros bilden gemeinsam das Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel (KoBiS). Die Etablierung eines regionalen Bildungsmonitorings soll „als kontinuierlich nutzbare Datengrundlage zur Gestaltung des Strukturwandels“² dienen. Dafür knüpft BiSMit an die bestehenden kommunalen Entwicklungen im Bildungsmanagement und -monitoring an, die im Rahmen der Transferinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durch Programme wie „Lernen vor Ort“ oder „Bildung integriert“ entstanden sind.

Für das regionale Bildungsmonitoring wird der Blick von der Kommune auf die gesamte Region geweitet. Die regionale Perspektive bietet folgende Mehrwerte:

- ▶ datengestütztes Wissen über eine regionale Bildungslandschaft
- ▶ Region als Raumeinheit (Schaffung eines regionalen Werts)
- ▶ datenbasierte Prozessbegleitung von Bildung im Strukturwandel (Controlling)
- ▶ Gesprächsgrundlage für interkommunalen Austausch oder Gremien (Agenda-Setting)
- ▶ Generieren von Steuerungswissen für die kommunale (Bildungs-)Arbeit
- ▶ regionale Bildungssteuerung: Erkennen von gemeinsamen Schwerpunkten oder Problemlagen und die Möglichkeit zur Schaffung gemeinsamer Lösungsansätze.

Insbesondere Revierkommunen ohne kommunales Bildungsmonitoring können die Daten des regionalen Bildungsmonitorings als Grundlage zum Aufbau eines eigenen Bildungsmonitorings nutzen.

Der Aufbau eines regionalen Bildungsmonitorings ist abhängig von der Zielstellung und der zu erfüllenden Funktion. Jedes Netzwerkbüro des KoBiS entwickelt eine Umsetzung, die der Charakteristik des jeweiligen Reviers entspricht (vgl. KoBiS 2022).

Das Mitteldeutsche Revier hat die Besonderheit, dass es sich über die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erstreckt. Die sich aus dem

föderalen System ergebenden Unterschiede der drei Bundesländer betreffen das Bildungssystem, Förderkulissen und landesgesetzliche Regelungen. Die insgesamt neun Revierkommunen setzen sich aus zwei kreisfreien Städten sowie sieben Landkreisen zusammen. Die kreisfreien Städte bilden das dichtbesiedelte urbane Herz des Reviers, während die Bevölkerungsdichte der umschließenden Landkreise mit zunehmender Entfernung zum Zentrum abnimmt. Dies charakterisiert die sozialräumliche Heterogenität des Reviers und spiegelt sich in der Varianz der Datenanalyse wider. Ein Mittel- bzw. Durchschnittswert für die Raumeinheit „Mitteldeutsches Revier“ gibt daher nicht die konkrete Lage der Region wieder, da er insbesondere durch die Stadt Leipzig stark betont wird.

Ziel des regionalen Bildungsmonitorings von BiSMit ist es, die kommunalspezifischen Positionen in der Gesamtheit des Reviers darzustellen. Durch die Gegenüberstellung kommunaler Daten können revierbezogene Themenschwerpunkte oder Problemlagen erkannt werden, die unter anderem Anstoß zur Gestaltung gemeinsamer Lösungsansätze sein können. In diesem Zusammenhang ist ein Mittelwert für das Mitteldeutsche Revier, der sich aus allen Revierkommunen zusammensetzt, lediglich eine Orientierungsgröße, ebenso wie Durchschnittswerte der Länder sowie des Bundes.

Die zentrale Funktion des regionalen Bildungsmonitorings ist die datenbasierte Prozessbegleitung des Mitteldeutschen Reviers beim Thema Bildung im Strukturwandel. Die Umsetzung erfolgt über zwei zielgruppenspezifische Formate. Der Kennzahlenvergleich ist das Austauschformat mit den neun Revierkommunen. Zentrum jeder Veranstaltung ist die Datenanalyse relevanter Indikatoren zu Bildung im Strukturwandel. Mithilfe datenbezogener Fragestellungen tauschen sich die Teilnehmenden über die kommunale Praxis, individuelle Herausforderungen sowie geplante kommunale Vorhaben aus.

Das zweite Format ist die Themenseite Bildungsmonitoring auf www.bismit.de mit schwerpunktbezogenen Artikeln. Der Stand zu Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland wird darin für eine Fachöffentlichkeit anhand ausgewählter Kennzahlen dargestellt. Themenbezogene Dashboards ermöglichen ein datenbasiertes Big Picture.

2) <https://www.transferinitiative.de/bildung-im-strukturwandel.php>

1.3 Kennzahlenvergleich

Der Kennzahlenvergleich dient der Etablierung eines regionalen Bildungsmonitorings im Mitteldeutschen Revier und ist zudem ein interkommunales Austauschformat über Bildungsdaten. Im Zeitraum zwischen Mai 2021 und Dezember 2022 fanden insgesamt acht Veranstaltungen zum Kennzahlenvergleich statt. Der Teilnehmendenkreis setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der neun Revierkommunen zusammen. Die Teilnehmenden arbeiten auf operativer Ebene in den Kommunalverwaltungen und beschäftigen sich thematisch mit Bildung, Wirtschaft und Strukturwandel. Zu speziellen Themen konnten außerdem Fachkolleginnen und Fachkollegen, auch anderer Einrichtungen, an den Veranstaltungen teilnehmen.

In der Theorie ist ein interkommunaler Kennzahlenvergleich ein datenbasierter, systematischer und kontinuierlicher Vergleich von Eigenschaften zwischen Kommunen mit dem Ziel, erfolgreiche Methoden und Prozesse anderer Kommunen kennenzulernen und zu adaptieren.

In der Praxis geht es beim BiSMit-Kennzahlenvergleich nicht um ein Ranking der Kommunen, sondern darum, das Verhältnis der Kommunen des

Mitteldeutschen Reviers zueinander anhand von Daten darzustellen. So werden Zusammenhänge zwischen kommunalen Entwicklungen sichtbar, wodurch die Teilnehmenden „über Zahlen ins Gespräch kommen“. Außerdem werden kommunale Praxisbeispiele diskutiert.

Nur durch vierteljährliche Veranstaltungen und einen gleichbleibenden Teilnehmendenkreis konnten die Phasen 1 bis 6 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Veranstaltungskoordination des Kennzahlenvergleichs, die Datenanalyse sowie die Prozessdokumentation liegen im Aufgabenbereich von BiSMit. Zentrale Elemente der Datenanalyse sind die interaktive Darstellung der Kennzahlen in thematischen Dashboards sowie begleitende Analyseberichte, die allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt wurden. Mit der Veröffentlichung des Berichts zum Kennzahlenvergleich wird die Phase 7 abgeschlossen. In einer Phase 8 können die gewonnenen Erkenntnisse für die kommunale sowie regionale Bildungsarbeit genutzt werden.

Der Verlauf des Kennzahlenvergleichs (2021–2022) gliederte sich in folgende Phasen (Abb. 2):



Abb. 2:
Verlauf des Kennzahlenvergleichs

1.3.1 Der Kennzahlenvergleich als partizipativer Prozess

Der Kennzahlenvergleich soll den Kommunen des Mitteldeutschen Reviers Grundlagen zur datenbasierten Prozessbegleitung von Bildungsthemen im Rahmen des Strukturwandels bereitstellen. Im Mittelpunkt stehen Kennzahlen, die den Kommunen bei der Bildungsplanung im Rahmen des Strukturwandels notwendiges Steuerungswissen liefern können. Neu ist in diesem Zusammenhang, dass durch die Gegenüberstellung der Daten eine regionale Perspektive entsteht und damit Anknüpfungspunkte für eine regionale Bildungssteuerung geboten werden. Damit die Inhalte des Kennzahlenvergleichs für die Kommunen optimal anwendbar sind, wurden die Teilnehmenden in die Auswahl der Inhalte sowie die Gestaltung des Veranstaltungsformats einbezogen.

Zum einen bestimmten sie die thematische Ausrichtung mit. Dies erfolgte durch die Festlegung der Zielsetzung des Kennzahlenvergleichs und durch die individuelle Kennzahlenauswahl, die jede der neun Revierkommunen anhand des Anwendungsleitfadens zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings (vgl. Brugger/Gawronski/Giar 2020) getroffen hat. Dazu stimmten sich die Teilnehmenden innerhalb ihrer jeweiligen Verwaltung ab, welche Kennzahlen einen Bezug zum Strukturwandel im Mitteldeutschen Re-

vier haben und kommunale Steuerungsrelevanz aufweisen. Das auf dieser Grundlage von BiSMit entwickelte Kennzahlenset wurde final vom Teilnehmendenkreis bestätigt. Die Gliederung des Kennzahlensets in Themenfelder sollte eine vertiefte Datenanalyse ermöglichen.

Die Vorstellung der Datenanalyse durch BiSMit in den Veranstaltungen beinhaltete, dass die Kennzahlenauswahl durch die Teilnehmenden überprüft und auf die kommunalen Bedarfslagen angepasst wurde. Auch die Gestaltung der interaktiven Grafiken sowie des Dashboards wurde unter Rückkopplung der Teilnehmenden weiterentwickelt.

Selbiges betrifft das Veranstaltungsformat sowie die Zielsetzung des Kennzahlenvergleichs. Im Rahmen eines World-Cafés fand eine Zwischenevaluation statt, die Hinweise zur Veranstaltungsplanung, Datenbereitstellung und Prozessdokumentation lieferte.

Die partizipative und transparente Vorgehensweise hat zu einem ergebnisreichen und vertrauensvollen Austausch unter allen Beteiligten geführt. Dies ist für den Kennzahlenvergleich die Grundlage, um Ergebnisse nicht nur für die Akteure, sondern mit den Akteuren gemeinsam zu erarbeiten.

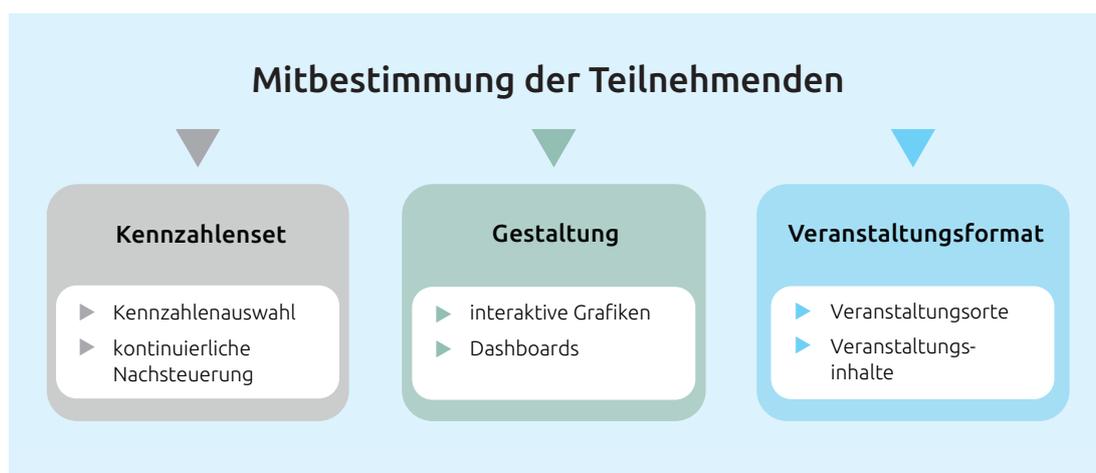


Abb. 3:
Partizipation im
Kennzahlenvergleich

2

Kennzahlenauswahl

2.1 Auswahlprozess und Festlegung des Kennzahlensets

Der Auswahlprozess der Kennzahlen erfolgte systematisch in mehreren Stufen. Die Kennzahlenauswahl soll die Revierkommunen sowie das Mitteldeutsche Revier bei einer datenbasierten Prozessbegleitung zu Bildung im Strukturwandel unterstützen.

- ▶ Industrie 4.0,
- ▶ Schul- und Bildungsangebote nach internationalen und modernsten Standards,
- ▶ Landflucht und demografischem Wandel entgegenwirken.

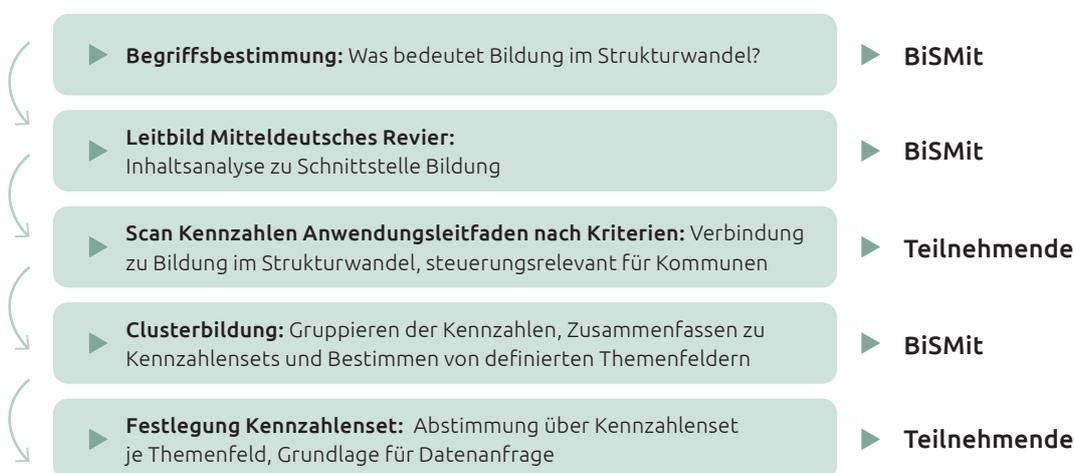


Abb. 4:
Auswahlprozess
und Festlegung des
Kennzahlensets

Zunächst bedurfte es eines gemeinsamen Verständnisses, was Bildung im Strukturwandel umfasst. Da das Kennzahlenset mitunter die Datengrundlage zur Beantragung von Fördermitteln für Bildungsprojekte im Rahmen des Strukturwandels liefern kann, analysierte BiSMit das Leitbild des Mitteldeutschen Reviers, wie es im Strukturstärkungsgesetz aufgenommen wurde, hinsichtlich Schnittstellen zu Bildungsthemen (vgl. BMWI 2019, 26).

Als Querschnittsthema bestehen bei mehreren Leitzielen Bezüge zu Bildung:

Die Übersetzung von „Bildung im Strukturwandel“ in statistische Indikatoren (Kennzahlen) erfolgte anhand des Anwendungsleitfadens zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. Er umfasst standardisierte Indikatoren für das Bildungsmonitoring, sortiert nach Bildungsbereichen.

Anhand der Filterfragen:

- ▶ Welche Kennzahlen stehen in Verbindung mit „Bildung im Strukturwandel“?

- ▶ Welche Kennzahlen sind für Kommunen steuerungsrelevant?

wählten die Teilnehmenden der Revierkommunen, im Austausch mit internen Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzten, Kennzahlen aus. Zudem konnten über den Anwendungsleitfaden hinaus Indikatoren benannt werden, die ebenfalls für das Kennzahlenset relevant sein könnten. Die Kennzahlen, die mehrheitlich von den Kommunen ausgewählt wurden, bildeten das gesamte Kennzahlenset. Des Weiteren mussten sich die Kennzahlen für den interkommunalen Vergleich eignen, weshalb der Fokus auf Quoten und Anteilsverteilungen gelegt wurde.

Um den Analyseprozess der Kennzahlen systematisch zu gestalten, gruppierte BiSMit das Kennzahlenset anhand thematischer Gemeinsamkeiten und bestimmte fünf Themenfelder:

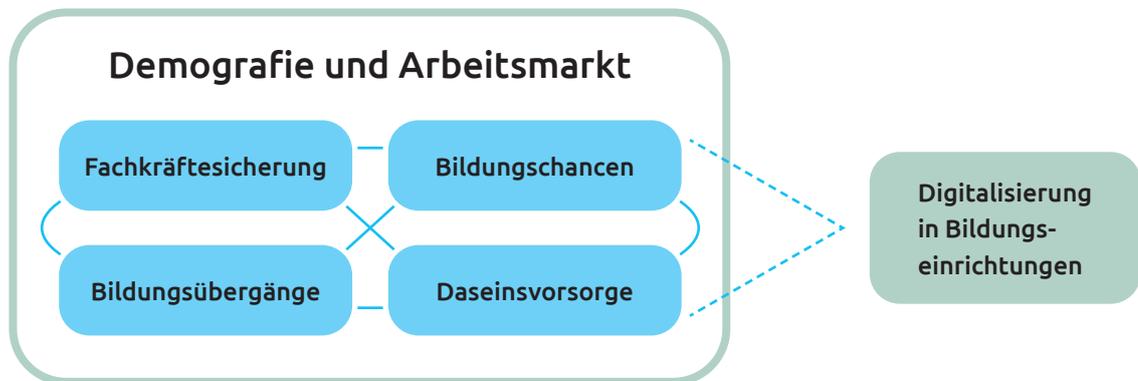
- ▶ Fachkräftesicherung
- ▶ Daseinsvorsorge (Lernen, Gesundheit)

- ▶ Bildungschancen
- ▶ Bildungsübergänge
- ▶ Demografie und Arbeitsmarkt

Die Kennzahlensets der jeweiligen Themenfelder wurden diskutiert, angepasst und schließlich in einem Abstimmungsprozess von den Teilnehmenden bestätigt.

Teilweise haben Themenfelder Schnittmengen oder direkte Zusammenhänge. Eine Sonderrolle nimmt das Themenfeld Demografie und Arbeitsmarkt ein, da es übergreifende Rahmenbedingungen abbildet. Digitalisierung ist ein wesentlicher Begleitfaktor im Strukturwandel, der auch Bildungsprozesse beeinflusst. Bisher gibt es keine standardisierten Erhebungen zu Digitalisierung in Bildungseinrichtungen und auch im Anwendungsleitfaden befinden sich aktuell keine Indikatoren dazu. Aufgrund der Relevanz wurde Digitalisierung dennoch als Themenfeld aufgenommen, mit dem Ziel, gemeinsam über geeignete Indikatoren nachzudenken und sie gegebenenfalls regional zu erheben.³

Abb. 5:
Themenfelder des
Kennzahlensets



2.2 Das Kennzahlenset – Übersicht nach Themenfeldern

Aus der Abstimmung über die Kennzahlensets der Themenfelder ging eine Gesamtzahl von 62 Kennzahlen (SOLL) hervor. Mitunter werden Indikatoren zusammengezählt, wenn sie Anzahl und Anteil des gleichen Gegenstandes sind, wie beispielsweise E12.4 Anzahl neu abgeschlossene Ausbildungs-

verträge und E12.5 Anteil neu abgeschlossene Ausbildungsverträge.⁴ Alle SOLL-Kennzahlen wurden bei den jeweiligen Erhebungsinstituten, den statistischen Landesämtern, der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) angefragt. Die IST-Kennzahlen sind das Ergebnis dieser Anfragen. Nicht für jedes Bundesland konnten Daten der Kennzahlen bereitgestellt werden bzw. sie lagen den angefragten Datenlieferanten nicht vor. Schließlich konnten 47 Kennzahlen in die Analyse des Kennzahlen-

3) Dies konnte im bisherigen Prozess nicht tiefergehend verfolgt werden, wird aber in die Fortsetzung des Kennzahlenvergleichs in den Jahren 2023/24 aufgenommen.

4) Die Nummerierung der Kennzahlen wurde dem Anwendungsleitfaden entnommen, siehe: Brugger, Pia/Gawronski, Katharina/Giar, Katharina 2020.

vergleichs einfließen und gemeinsam diskutiert werden. Die Bezeichnung des Indikators beruht auf der Klassifikation des Anwendungsleitfadens zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. Das Set der IST-Kennzahlen markiert den

Stand des bisherigen Prozesses. Es kann sich aber im dynamischen Verlauf der weiteren Bearbeitung verändern, indem neue Kennzahlen hinzukommen oder bisherige Kennzahlen nicht weiter in Betracht gezogen werden.

Indikator	SOLL – Kennzahlen	Indikator	IST – Kennzahlen
A1.1	Bevölkerungszahl	A1.1	Bevölkerungszahl
A1.2	Altersstruktur	A1.2	Altersstruktur
A1.3	Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung	A1.3	Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung
A1.4	Bevölkerungsdichte	A1.4	Bevölkerungsdichte
A1.5	Wanderungsbewegung	A1.5	Wanderungsbewegung
A1.6	Bevölkerungsvorausberechnung	A1.6	Bevölkerungsvorausberechnung
A2.1	BIP je Einwohner/-in	A2.1	BIP je Einwohner/-in
A3.3	verfügbares Einkommen (der privaten Haushalte) je Einwohner/-in	A3.3	verfügbares Einkommen (der privaten Haushalte) je Einwohner/-in
A2.2	Erwerbstätigenquote	A2.2	Erwerbstätigenquote
A2.3	Beschäftigtenstruktur	A2.3	Beschäftigtenstruktur
A2.4	Arbeitslosenquote	A2.4	Arbeitslosenquote
A3.1	SGB II-Quote	A3.1	SGB II-Quote
D7.1	Anzahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen		Daten nicht in allen drei Bundesländern verfügbar

Demografie und Arbeitsmarkt

B8.2	Bevölkerung nach dem höchsten beruflichen Bildungsabschluss	B8.2	Bevölkerung nach dem höchsten beruflichen Bildungsabschluss
E6.1	Anzahl der beruflichen Schulen	E6.1	Anzahl der beruflichen Schulen
E 12.1	neu eingetretene Schüler/-innen an beruflichen Schulen	E 12.1	neu eingetretene Schüler/-innen an beruflichen Schulen
E7.1	Anzahl der Schüler/-innen an beruflichen Schulen	E7.1	Anzahl der Schüler/-innen an beruflichen Schulen
E15.1	an beruflichen Schulen erworbene Schulabschlüsse	E15.1	an beruflichen Schulen erworbene Schulabschlüsse
E15.2	Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge	E15.2	Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge
E7.6	Anzahl der Auszubildenden	E7.6	Anzahl der Auszubildenden
E7.7	Anteil der Auszubildenden nach Ausbildungsbereichen	E7.7	Anteil der Auszubildenden nach Ausbildungsbereichen
E15.3	Vertragsauflösungsquote	E15.3	Vertragsauflösungsquote
E7.8	Angebots-Nachfragerelation in der dualen Berufsausbildung	E7.8	Angebots-Nachfragerelation in der dualen Berufsausbildung
E12.4/ E12.5	Anzahl/Anteil neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	E12.4/ E12.5	Anzahl/Anteil neu abgeschlossene Ausbildungsverträge
E6.3	Ausbildungsbetriebsquote	E 6.3.	Ausbildungsbetriebsquote
E7.5	Ausbildungsquote	E7.5	Ausbildungsquote
G7.4/ G7.5	Anzahl der Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung/Beteiligungsquote an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung	G7.4/ G7.5	Anzahl der Eintritte in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung/Beteiligungsquote an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung

Fachkräftesicherung

Indikator	SOLL – Kennzahlen	Fachkräftesicherung	Indikator	IST – Kennzahlen
G7.6	Schüler/-innen in Bildungsgängen zur beruflichen Weiterbildung an Fachschulen		G7.6	Schüler/-innen in Bildungsgängen zur beruflichen Weiterbildung an Fachschulen
G12.1	Neueintritte in Bildungsgängen der beruflichen Weiterbildung an Fachschulen		G12.1	Neueintritte in Bildungsgängen der beruflichen Weiterbildung an Fachschulen
G15.2	G15.2 Erfolgsquote in beruflichen Bildungsgängen zur Weiterbildung an Fachschulen		G15.2	G15.2 Erfolgsquote in beruflichen Bildungsgängen zur Weiterbildung an Fachschulen
E15.4	Erfolgsquote in der dualen Berufsausbildung			Daten nicht in allen drei Bundesländern verfügbar

Indikator	SOLL – Kennzahlen	Bildungsübergänge	Indikator	IST – Kennzahlen
D12.1	Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schule		D12.1	Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schule
D12.2	Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II		D12.2	Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II
D 15.1	Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen		D 15.1	Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen
D15.2	Anzahl Schulabgänger/-innen ohne Abschluss		D15.2	Anzahl Schulabgänger/-innen ohne Abschluss
E 7.3	Anteil der Schüler/-innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems		E 7.3	Anteil der Schüler/-innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems
F15.1	Anzahl der Hochschulabsolventinnen/-absolventen		F15.1	Anzahl der Hochschulabsolventinnen/-absolventen
E12.3	Anteil neu eingetretener Schüler/-innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems		Daten nicht in allen drei Bundesländern verfügbar	

Indikator	SOLL – Kennzahlen	Bildungschancen	Indikator	IST – Kennzahlen
B8.1	Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss		B8.1	Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss
D9.1	Ausstattung mit Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen		D9.1	Ausstattung mit Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen
D10.1	Anzahl Schüler/-innen je Klasse an allgemeinbildenden Schulen		D10.1	Anzahl Schüler/-innen je Klasse an allgemeinbildenden Schulen
D13.1	Anzahl/Anteil der Klassenwiederholungen		D13.1	Anzahl/Anteil der Klassenwiederholungen
D13.2	Anzahl/Anteil der Klassenwiederholungen		D13.2	Anzahl/Anteil der Klassenwiederholungen
G7.2	Zahl der Teilnahmefälle an Volkshochschulen je 1.000 Einwohner/-innen		G7.2	Zahl der Teilnahmefälle an Volkshochschulen je 1.000 Einwohner/-innen
G10.1	Zahl der Unterrichtsstunden je 1.000 Einwohner/-innen an Volkshochschulen		G10.1	Zahl der Unterrichtsstunden je 1.000 Einwohner/-innen an Volkshochschulen
B7.1	Bildungsteilnehmer/-innen nach Bildungsbereichen			wird in dieser Form nicht von den statistischen Landesämtern bereitgestellt
k.l.	Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen			siehe SGB II-Quote: nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF-Quote)

Indikator	SOLL – Kennzahlen	Bildungschancen	Indikator	IST – Kennzahlen	
k.I.	Anteil der integrativ beschulten Kinder				wird in dieser Form nicht von den statistischen Landesämtern erhoben
k.I.	Exklusionsquote (Anteil der Schüler/-innen in Förderschulen an der Gesamtschülerzahl)				wird in dieser Form nicht von den statistischen Landesämtern erhoben

Indikator	SOLL – Kennzahlen	Daseinsvorsorge	Indikator	IST – Kennzahlen
C7.2	Besuchs- bzw. Betreuungsquote der Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe		C7.2	Besuchs- bzw. Betreuungsquote der Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe
F7.4	Studienort der Studierenden aus dem Kreisgebiet		F7.4	Studienort der Studierenden aus dem Kreisgebiet
G6.2	Angebotsstruktur der Volkshochschulen		G6.2	Angebotsstruktur der Volkshochschulen
G7.1	Teilnahmequoten an Volkshochschulen		G7.1	Teilnahmequoten an Volkshochschulen
G5.1	Finanzierungsstruktur der Volkshochschule		G5.1	Finanzierungsstruktur der Volkshochschule
G5.2	öffentlicher Zuschuss je Teilnahmefall an Volkshochschulen		G5.2	öffentlicher Zuschuss je Teilnahmefall an Volkshochschulen
E7.4	Anteil der Bildungspendler/-innen an beruflichen Schulen			Daten nicht in allen drei Bundesländern verfügbar
B5.1	Anteil der kommunalen Bildungsausgaben/-auszahlungen (Grundmittel) nach Bildungsbereichen an den kommunalen Gesamtausgaben/-auszahlungen (unmittelbare Ausgaben)			Daten lagen nicht in allen Bundesländern vor bzw. die Berechnung der Ausgaben ist für die statistischen Landesämter mit überdurchschnittlichem Aufwand verbunden.
B5.8	Bildungsinvestitionen je Einwohner/-in			
B5.3	Ausgaben/Auszahlungen je Kind in öffentlichen Kindertageseinrichtungen			
B5.4	Ausgaben/Auszahlungen je Schülerin und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen			
B5.4	Ausgaben/Auszahlungen je Schülerin und Schüler an öffentlichen beruflichen Schulen			
B6.3	Öffentliche Schulbaumaßnahmen je Schülerin und Schüler (3-Jahres-Rhythmus)			
H6.1	Anzahl der Bibliotheken			

Abb.6:
Übersicht Kennzahlenauswahl
(Quelle: eigene Darstellung BiSMit)

5) k.I. = kein Indikator und nicht im Anwendungsleitfaden enthalten

2.3 Methodik der Datenanalyse

Die Daten für das Bildungsmonitoring wurden nicht von BiSMit erhoben, sondern von öffentlichen Datenbanken wie der Kommunalen Bildungsdatenbank oder der Regionaldatenbank Deutschland bezogen. Darüber hinaus stellte BiSMit Datenanfragen an die Bundesagentur für Arbeit, das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung und an die Statistischen Landesämter in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Speziell die Daten der drei Statistischen Landesämter brachten einige Herausforderungen mit sich, die vor der Datenanalyse gelöst werden mussten. Teilweise variierten die Merkmalsausprägungen der übermittelten Daten. Daraus folgte, dass jeweils nur gemeinsame Merkmale für die Auswertung verwendet werden konnten, um sie im interkommunalen Vergleich gegenüberstellen zu können. Durch intensiven Austausch mit den Datenlieferanten sowie eine Recherche zu den jeweiligen Themen konnten zudem datenbezogene Unklarheiten gelöst werden. So erfolgte die Interpretation nicht nur daten-, sondern auch faktengestützt.

Manche erhaltenen Daten unterlagen der Geheimhaltung, zum Teil wurde dies in unterschiedlicher Ausführung umgesetzt. Zur Harmonisierung und Vergleichbarkeit der Daten wurde die Rundungspraxis bei bestimmten Kennzahlen auf alle Bundesländer angewandt. In diesem Zusammenhang wurden die Werte auf ein Vielfaches von drei gerundet und an den jeweiligen Stellen darauf verwiesen.⁶ Dies

erfolgte sowohl in der Analyse während der Veranstaltung als auch in den Dashboards und Berichten. Anfangs wurden die Werte aller drei Bundesländer auf das Vielfache von zehn gerundet, um unmissverständlich zu zeigen, dass es sich nicht mehr um die wahren Zahlen, sondern lediglich um einen Überblick handelt. Nach Rücksprache mit den Kommunen erfolgte der Entschluss, bei späteren Kennzahlen auf das Vielfache von drei zu runden, um möglichst nah bei den wahren Werten zu bleiben.

Schwieriger war der Umgang, wenn Daten aufgrund der Geheimhaltung komplett anonymisiert waren. In solchen Fällen mussten diese aus der Analyse ausgeschlossen werden. Dies kam auch bei Daten der Bundesagentur für Arbeit vielfach vor. Auch in diesen Fällen wurde bei der Analyse der betreffenden Kennzahlen auf die Geheimhaltung und einen etwaigen Einfluss auf die Daten hingewiesen.

Ein weiterer methodischer Hinweis bezieht sich auf die Betrachtungszeiträume der jeweiligen Kennzahlen. Diese werden durch zwei Faktoren bestimmt. Zum einen wünschten sich die Teilnehmenden einen Betrachtungszeitraum von mindestens zehn Jahren, um den Entwicklungsverlauf besser interpretieren zu können. Zum anderen variierte je nach Bezugsquelle die Aktualität der Daten zwischen den Jahren 2019 und 2021. Vom aktuellsten Berichtsjahr ausgehend, wurden die Kennzahlen mindestens zehn Jahre rückwirkend abgebildet.

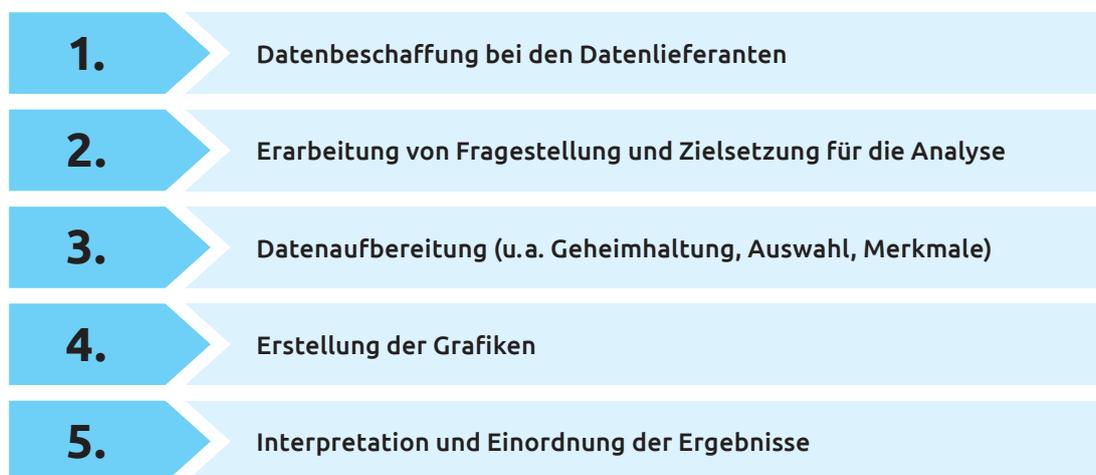


Abb. 7:
Methodik der
Datenanalyse

6) Dieses Verfahren ließ sich mit dem Open-Source-Programm R umsetzen. Dafür wurde die Funktion `plyr::round_any` genutzt. In Excel lassen sich mit der Funktion `VRUNDEN` die gleichen Ergebnisse erzielen.

3

Die Themenfelder des Kennzahlenvergleichs

Die nachfolgende zusammenfassende Analyse der jeweiligen Themenfelder des Kennzahlenvergleichs umfasst eine Auswahl an Kennzahlen, die sich innerhalb des Prozesses als besonders aussagekräftig erwiesen haben. Für die Darstellung innerhalb des Berichts werden nur Grafiken

des letzten Berichtsjahres verwendet. Mithilfe des begleitenden Dashboards zum Bericht werden alle ausgewählten Kennzahlen über einen längeren Betrachtungszeitraum dargestellt. Das Dashboard ermöglicht eine vertiefende Analyse.

3.1 Demografie und Arbeitsmarkt

Das Bildungsmonitoring legt den Fokus auf die kontinuierliche Betrachtung von Bildungsdaten. Um diese genauer deuten zu können, braucht es strukturelle Eckdaten, die kommunale und regionale Rahmenbedingungen darstellen. Für den Kennzahlenvergleich sind dies Basisdaten zu Demografie und Arbeitsmarkt. Darin sind Kennzahlen zusammengefasst, die soziodemografische Entwicklungen abbilden sowie Hinweise zur wirtschaftlichen Lage der Revierkommunen des Mitteldeutschen Reviers liefern.

Das Mitteldeutsche Revier liegt im Zentrum Mitteldeutschlands, bestehend aus neun Kommunen der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dazu zählen die Landkreise Altenburger Land, Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Leipzig, Mansfeld-Südharz, Nordsachsen und der Saalkreis sowie die im Zentrum des Reviers liegenden kreisfreien Städte Halle (Saale) und Leipzig. Das Braunkohlerevier blickt zwar auf eine mehr als 100-jährige Tradition zurück, aktuell gibt es jedoch nur noch

drei aktive Tagebaue in Mansfeld-Südharz, im Burgenlandkreis und im Landkreis Leipzig. Das Revier erstreckt sich auf einer Fläche von 10.432 km², der Landkreis Nordsachsen besitzt davon den größten Flächenanteil. Von den etwas mehr als zwei Millionen Einwohnenden des Mitteldeutschen Reviers leben 40 % in den kreisfreien Städten, welche wiederum nur 4 % der Revierfläche einnehmen. Das dichtbesiedelte urbane Zentrum, der davon nördlich gelegene Flughafen wie auch die mittig durch das Revier verlaufende Nord-Süd-Autobahn A 9 und die West-Ost-Adern A 38 und A 14 charakterisieren das Revier und machen es als Wirtschaftsstandort interessant.

Dem Strukturwandel geht bereits der Strukturbruch der Wendezeit voraus, dessen Nachwirkungen sich auch noch heute im demografischen Wandel abzeichnen (vgl. Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel 2022, 10). Niedrige Geburtenzahlen der 1990er- und frühen 2000er-Jahre sowie die Abwanderung junger Menschen

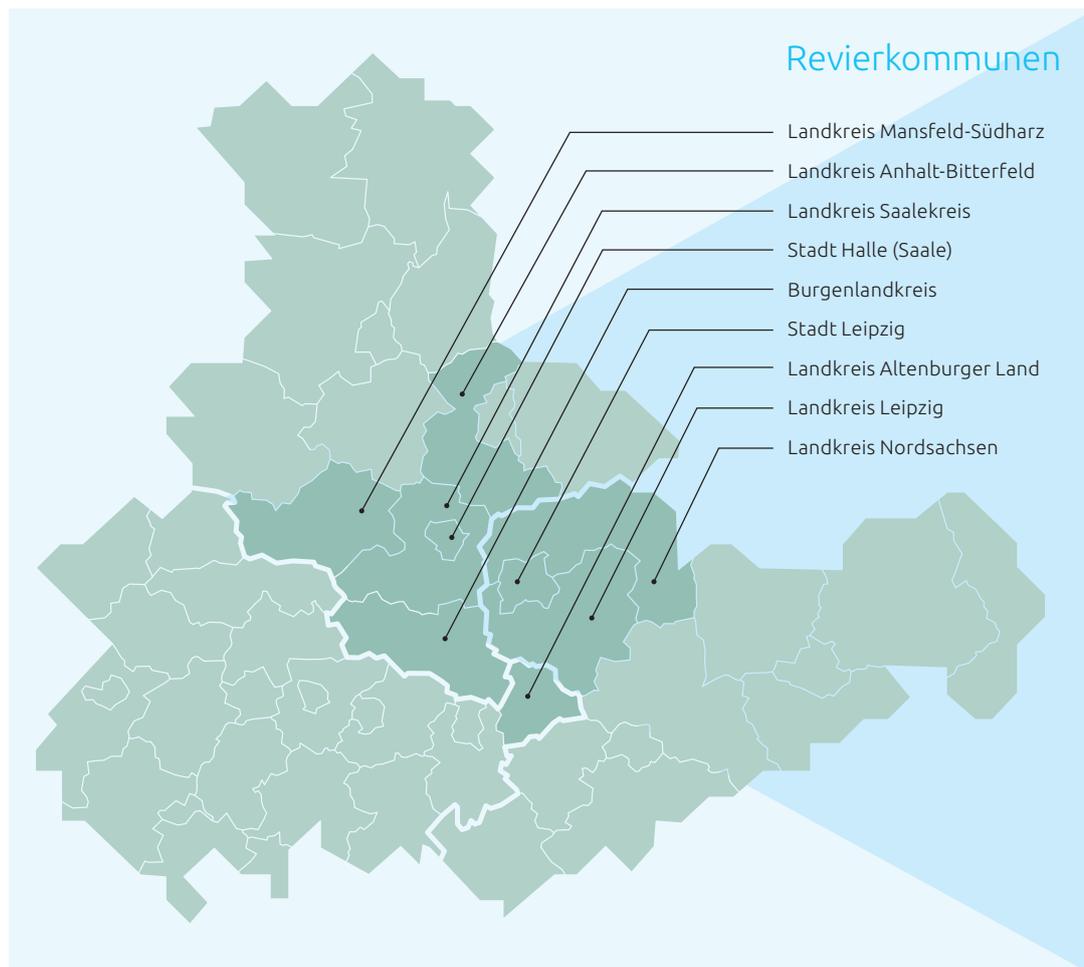


Abb. 8:
Karte des Mitteldeutschen Reviers
(Quelle: eigene Darstellung BiSMit)

aufgrund geringer Jobmöglichkeiten prägen eine immer älter werdende Gesellschaft, besonders im ländlichen Raum. Die Darstellung der Altersstruktur durch den **Anteil jeder Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung** ermöglicht einen Gesamtblick auf die Altersverteilung der jeweiligen Bevölkerung (Abb. 9). Daraus lassen sich unter anderem Informationen zur zielgruppenspezifischen Planung von Bildungsangeboten ableiten.

In den Landkreisen überwiegt der Anteil der 50- bis 70-Jährigen, der einem weitaus geringeren Anteil jüngerer Menschen gegenübersteht. Insbesondere junge Frauen zwischen 20 und 30 Jahren sind in den Landkreisen unterrepräsentiert. In den kreisfreien Städten ist die Bevölkerung durchschnittlich jünger, anteilig sind die 20- bis 40-Jährigen am stärksten in der Bevölkerung vertreten. Als Hochschulstandorte ziehen die Städte besonders junge Menschen an, was einen Gesamteffekt auf die Bevölkerung hat – sie ist durchschnittlich jünger als in den Landkreisen.

Im gesamten Mitteldeutschen Revier blickt man in den vergangenen zehn Jahren auf gestiegene und stabile Geburtenzahlen zurück. In den kreisfreien Städten zeichnete sich diese Entwicklung besonders deutlich ab. Dies sorgte zum einen für eine Entschleunigung des demografischen Wandels. Zum anderen gelangte man in den Kommunen dadurch an räumliche und personelle Kapazitätsgrenzen in den Bildungseinrichtungen. Um kommunale Planungsprozesse passgenauer zu gestalten, erheben Kommunen Bevölkerungsdaten über das Einwohnermeldeamt. Im Saalekreis gibt es beispielsweise ein Demografiemonitoring, das kommunale Demografiedaten bündelt, welche die Grundlage für verschiedene Planungsprozesse sind, wie beispielsweise für die Schulentwicklungs- oder Jugendhilfeplanung.

Trotz der steigenden Geburtenzahlen sinkt die Bevölkerungszahl im Mitteldeutschen Revier. Anhand der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung (siehe Abb. 10) lässt sich sehr gut nachvollziehen, welche Faktoren diesen Rückgang

verursachen. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung berechnet den Saldo aus Sterbefällen und Geburtenzahlen. Werden mehr Menschen geboren als sterben, so steigt die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Werden weniger geboren als sterben, sinkt sie.

Die räumliche Bevölkerungsentwicklung stellt die Wanderungsbewegung aus dem In- und Ausland dar. Anhand des Saldos werden Wegzüge aus der und Zuzüge in die Kommune jeweils gegengerechnet. Ein positiver Saldo steht für einen stärkeren Zuzug, ein negativer Saldo markiert überwiegende Wegzüge.

Aus natürlicher und räumlicher Bevölkerungsentwicklung kann ebenfalls ein Saldo berechnet werden. Ist dieser positiv, drückt er einen Bevölkerungszuwachs aus, ist er negativ sinkt die Bevölkerungszahl. Im Jahr 2019 ist die Bevölkerungsentwicklung nur in den sächsischen Revierkommunen positiv, ersichtlich anhand des Saldos in Abbildung 10. Dies kann insbesondere auf den Anteil Lebendgeborener zurückgeführt werden, der den Anteil Gestorbener übersteigt. In der Stadt Leipzig ist zudem der Zuzug aus dem Ausland ein ausschlaggebender Faktor für das Bevölkerungswachstum. Während Kommunen die natürliche Bevölkerungsentwicklung wenig verändern können, besteht jedoch Handlungsspielraum bei der räumlichen Bevölkerungsentwicklung. Nur durch Zuzug kann die Bevölkerungsentwicklung positiv beeinflusst

werden. Daher sollte man insbesondere auch zuziehende Menschen aus dem Ausland unterstützen und ihre Bleibechancen verbessern. Experten sehen darin auch eine Möglichkeit, um den weiter steigenden Bedarf an Fach- und Arbeitskräften zu bedienen (vgl. IRMD 2021a, 14). Bisher ist im Mitteldeutschen Revier der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Städten mit knapp unter 10 % am größten.⁷ In den Landkreisen liegt dieser Anteil zwischen 2 und 6 %. Im Landkreis Nordsachsen gibt es aufgrund des Logistikbooms rund um den Flughafen Halle (Saale)/Leipzig einen steigenden Bedarf an Arbeits- und Fachkräften. Um die Attraktivität als Arbeits- und Lebensort für ausländische Arbeits- und Fachkräfte zu erhöhen, baut die Wirtschaftsförderung in enger Abstimmung mit ansässigen Unternehmen ein Willkommenscenter auf. Menschen sollen bei der Wohnungssuche, in Behördenangelegenheiten oder der Anmeldung von Schulkindern unterstützt werden.

Mit dem Bildungsmonitoring begegnet man zukünftigen Herausforderungen auf Grundlage des Wissens vergangener Jahre. Prognosedaten schaffen die Möglichkeit, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Verwendung finden diese Daten bereits bei der kommunalen Bildungsplanung. Bevölkerungsentwicklung bedeutet auch Haushaltsentwicklung

7) Zu dieser Personengruppe werden keine Menschen mit Migrationshintergrund gezählt.

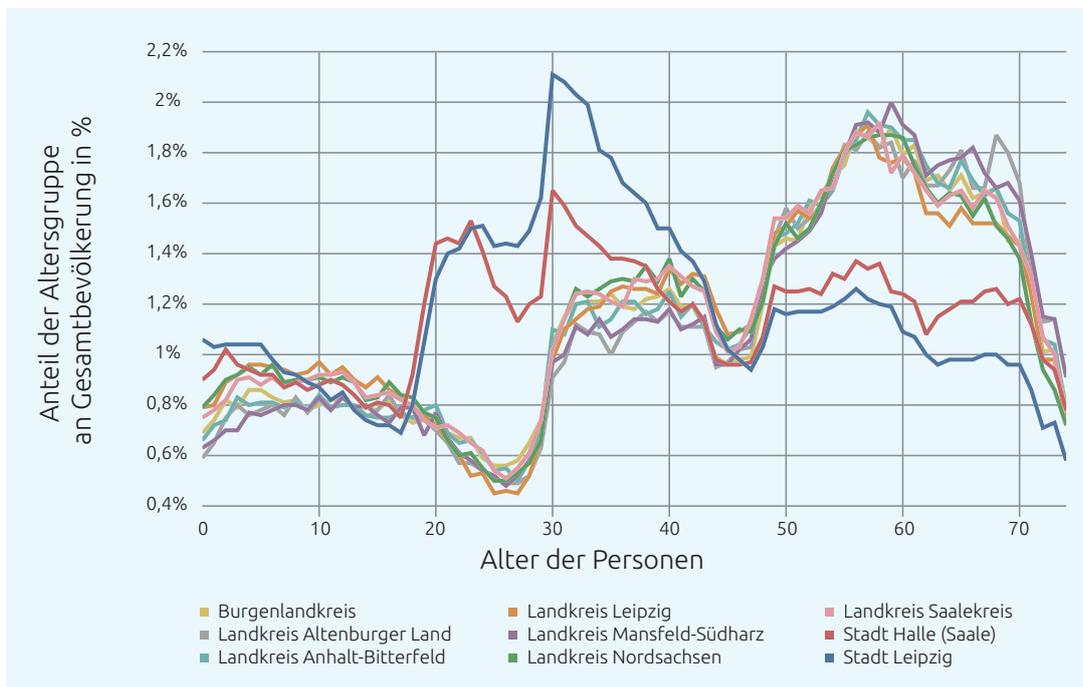
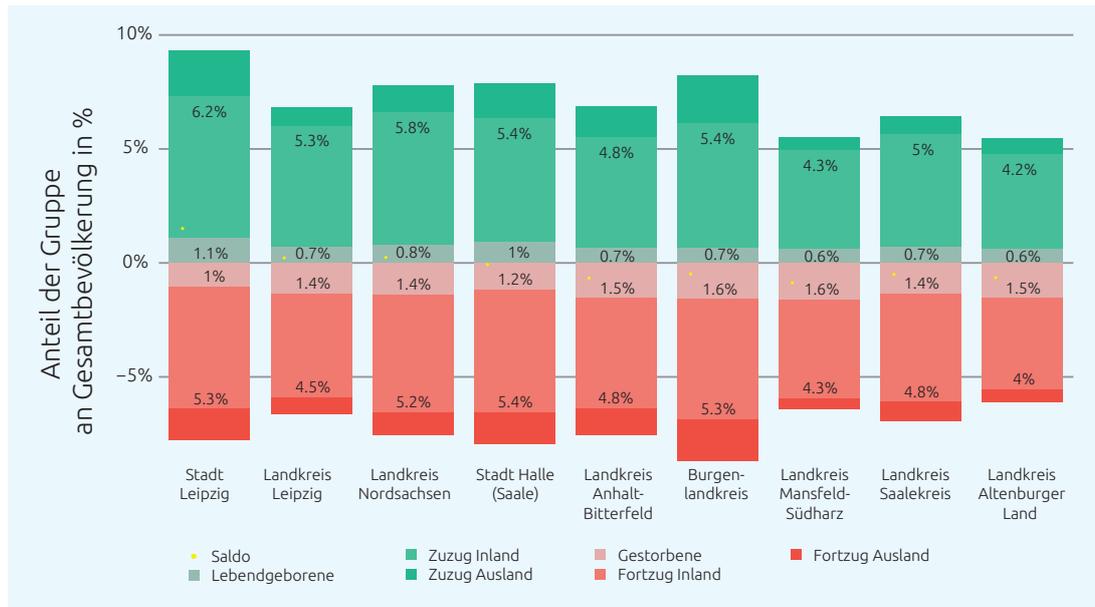


Abb.9: Anteil der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung (2019) (Quelle: Regionaldatenbank Deutschland)

Abb. 10:

Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung (2019)
(Quellen: Regionaldatenbank Deutschland, Kommunale Bildungsdatenbank)



und hat daher auch für die kommunalpolitische Planung Relevanz.

Die Bevölkerungsvorausberechnung basiert auf unterschiedlichen Verfahren. Die regionalisierte Bevölkerungsentwicklung wird von den Ländern berechnet, während die koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung auf nationaler Ebene vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erstellt wird. Von einem Basisjahr aus wird die Bevölkerung mit einem Faktor jährlich hochgerechnet. Grundlage für eine Gegenüberstellung der Bevölkerungsprognosen im Mitteldeutschen Revier ist die **koordinierte Vorausberechnung des BBSR bis zum Jahr 2040** (Abb. 11). Während der Stadt Leipzig ein Bevölkerungszuwachs von bis zu 12 % vorausgesagt wird, müssen sich die anderen Revierkommunen potenziell auf einen Bevölkerungsrückgang einstellen. Die deutlich negative Entwicklung in den Landkreisen in Sachsen-Anhalt und Thüringen ist durch eine geringe Geburtenrate mit zunehmenden Sterbefällen zu erklären, die, wie bereits in der Vergangenheit, nicht durch Zuzug aus dem In- und Ausland ausgeglichen werden kann.

Prognosen sind zugespitzte Zukunftsszenarien. Sie geben Orientierung und ermöglichen einen langfristigen Planungsvorlauf. Kommunen haben die Möglichkeit, durch die kontinuierliche Erhebung der genauen Bevölkerungszahl aus Einwohnermeldedaten die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung nachzuzeichnen. Damit können genauere Zukunftsprognosen erstellt werden. Einige Kommunen wie der Landkreis Mansfeld-Südharz oder die Stadt Leipzig wenden dieses Verfahren an, teilweise mit Unterstützung einer speziellen Software oder durch Fachämter.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Indikator für die Wirtschaftsleistung. Das **BIP je erwerbstätige Person** (Abb. 12), bezogen auf den Arbeitsort, ist ein Maß für die Produktivität und damit für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune.⁸ Ein Region ist für Unternehmen sowie Arbeitnehmende attraktiv, wenn die dortige Wirtschaft eine hohe Wertschöpfung⁹ erbringt und gute Löhne geboten werden.

Insbesondere in den Landkreisen mit Chemie- und Automobilindustrie, Wirtschaftsfelder mit hoher Wertschöpfung, war das BIP je Einwohnerin/Einwohner besonders hoch. Der Saalekreis tritt in diesem Zusammenhang besonders hervor. Auch zukünftig geht man davon aus, dass die Chemieindustrie zur Wertschöpfung der Region einen wesentlichen Beitrag leisten wird (vgl. IRMD 2020, 14). Positiv ist hervorzuheben, dass das BIP je erwerbstätige Person im Jahr 2018 in allen Kommu-

8) Das BIP bezeichnet den Wert aller Waren und Dienstleistungen abzüglich der im Produktionsprozess verbrauchten oder verarbeiteten Vorleistungen, die in einem Jahr und in einer Region hergestellt wurden (vgl. https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-arbeiten/065-Bruttoinlandsprodukt-je-Erwerbstaetigen.html#_gi5zv2xu2).

9) Die Bruttowertschöpfung wird durch Abzug der Vorleistungen von den Produktionswerten errechnet und umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Addiert man dazu die Nettogütersteuern, erhält man das BIP zu Marktpreisen.

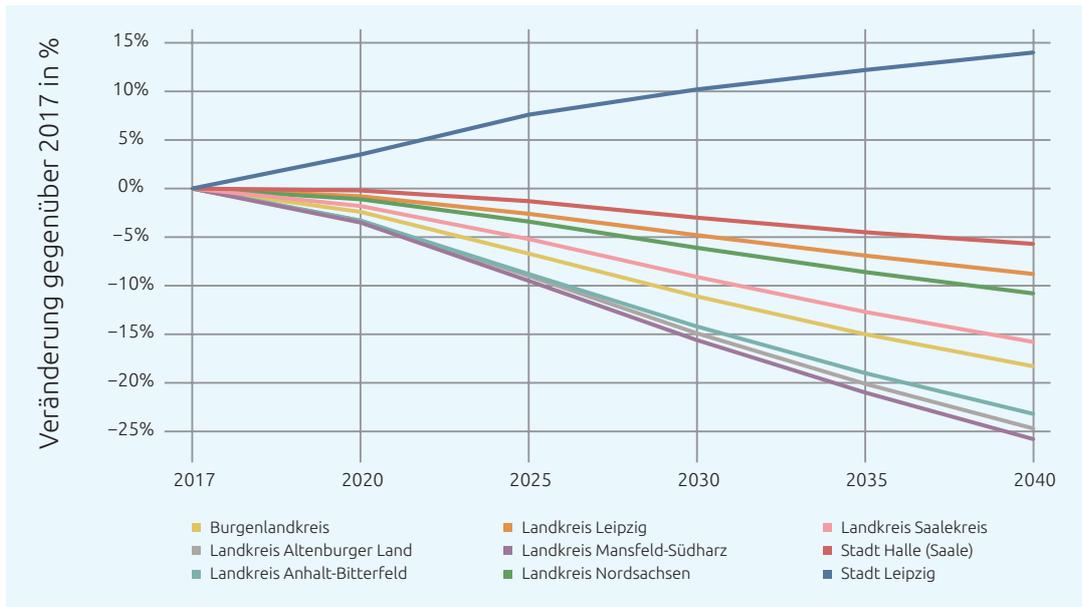


Abb. 11: Relative Bevölkerungsvorausberechnung des BBSR zum Basisjahr 2017 (2017–2040) (Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR))

nen mindestens 18 % höher war als noch im Jahr 2010.

Ein weiterer Wohlstandsindikator ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (siehe Dashboard A3.3). Es umfasst abzüglich aller Lebenshaltungskosten den Betrag, der Personen durchschnittlich am Ende eines Jahres zu Konsumzwecken zur Verfügung steht. Diese Kennzahl ist eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Situation in einer Kommune. Auch für die Region gibt sie Aufschluss darüber, wo Menschen mit gutem Einkommen leben. Ziel der gesamten Förderkulisse zum Strukturwandel ist es, dass die Wertschöpfung sowie das Lohnniveau durch den

Braunkohleausstieg nicht sinken, sondern eher steigen. Bisher liegt das verfügbare Einkommen im Mitteldeutschen Revier unter dem Bundesdurchschnitt. Die Differenz lag im Jahr 2018 zwischen rund 5.000 Euro in der Stadt Halle (Saale) und rund 1.000 Euro im Landkreis Leipzig gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Perspektivisch wird das verfügbare Einkommen wie bisher weiter steigen. Ein stagnierender Trend deutet sich in keiner der Revierkommunen an.

Diese Entwicklung steht im starken Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in den 2010er-Jahren. Unterstrichen wird das mit einer kontinuierlich steigenden Erwerbstätigenquote.

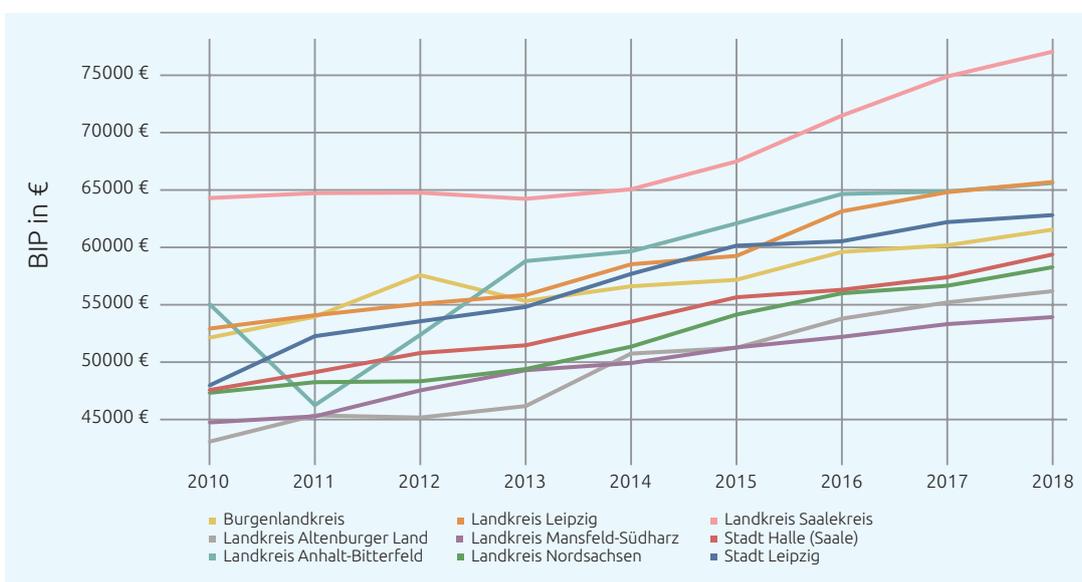


Abb. 12: Bruttoinlandsprodukt (BIP) je erwerbstätige Person (2010–2018) (Quelle: Regionaldatenbank Deutschland)



Abb. 13:
Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (2010–2019)
(Quelle: Regionaldatenbank Deutschland)

Sie spiegelt den Anteil der Beschäftigten gegenüber der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren wider. Da die Berechnung nach dem Arbeitsortkonzept erfolgt, werden auch beruflich Einpendelnde zur Kommune des Arbeitsortes gezählt. In Kommunen mit positivem Pendlersaldo, das betrifft im Mitteldeutschen Revier die Städte Halle (Saale) und Leipzig, ist daher die Erwerbstätigenquote deutlich höher.

Der steigende Fachkräftebedarf wird die Erwerbstätigenquote auch weiterhin steigen lassen. In diesem Zusammenhang ist der **Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung** (Abb. 13) eine weitaus wichtigere Kennzahl. Im Zeitraum von 2010 bis 2019 sank der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, abgesehen von der Stadt Leipzig, um vier bis fünf Prozentpunkte. Auch die IRMD Studie „Sozio-ökonomische Perspektive 2040“ sagt einen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung voraus (vgl. IRMD 2021b, 10). Die regionale Wirtschaft muss sich auf diesen fortschreitenden Prozess und einen damit anhaltenden Fachkräftemangel einstellen. Aus dem Teilnehmerkreis wurde berichtet, dass dies auch die Situation am Arbeitsmarkt verändert und Arbeitnehmende zunehmend die Wahl zwischen Jobangeboten haben werden.¹⁰ Die Lage am Arbeitsmarkt wird aktuell noch durch die Folgen der Corona-Pandemie bestimmt. Während in den Jahren vor der Pandemie die Arbeitslosenquote

kontinuierlich sank, stieg sie erstmalig im Jahr 2020 wieder an. Besonders deutlich war der Anstieg zum Vorjahr in den Städten Halle (Saale) und Leipzig. Einzig im Altenburger Land setzte sich die sinkende Arbeitslosenquote fort, auch wenn der Anteil deutlich geringer ausfiel (siehe Dashboard A2.4).

Trotz der angespannten Wirtschaftslage stieg die SGB II-Quote im Jahr 2020 nicht an, sondern sank wie in den vorherigen Betrachtungsjahren (siehe Dashboard A3.1). Eine mögliche Ursache, so wurde es im Teilnehmerkreis diskutiert, könnte der pandemiebedingt größere Bedarf an Jobs mit einfachem Tätigkeitsprofil im Einzelhandel und in der Logistik sein. Diese Stellen wurden auch durch Grundsicherungsbeziehende besetzt. Insgesamt ist der Anteil der Beziehenden von Grundsicherung in den Landkreisen niedriger als in den kreisfreien Städten.

Besondere Aufmerksamkeit sollte man der **Jugend-arbeitslosenquote** (Abb. 14) widmen. Der Übergang Schule – Beruf markiert eine essenzielle Schwelle, die für die Beteiligten zu einer wachsenden Herausforderung wird. Den jungen Menschen lastet teilweise seitens der Unternehmensperspektive das Image an, den Anforderungen der Arbeitswelt nicht zu entsprechen. Oftmals werden die ungenügende schulische Vorbildung, das Fehlen von Grundkompetenzen sowie von Kenntnissen über den Ausbildungsberuf bemängelt. Eine steigende Jugendarbeitslosenquote ist ein Signal für Probleme am Ausbildungsmarkt. Wenn Auszubilden-

¹⁰) siehe auch: [https://www.haufe.de/personal/hr-management/fachkraefte-ken-
nen-ihren-marktwert-und-gehen-auf-jobsuche_80_553898.html](https://www.haufe.de/personal/hr-management/fachkraefte-ken-
nen-ihren-marktwert-und-gehen-auf-jobsuche_80_553898.html)

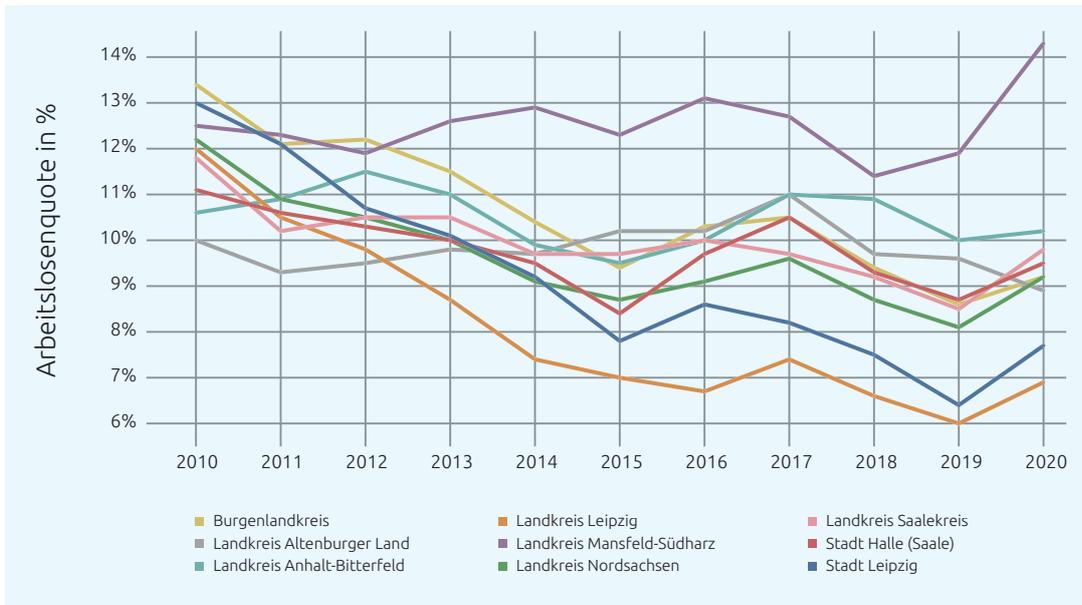


Abb. 14: Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (2010–2020) (Quelle: Kommunale Bildungsdatenbank)

de und Unternehmen aufgrund abweichender Vorstellungen nicht zusammenfinden, spricht man vom Ausbildungs-Mismatch, was langfristig zu Fachkräfteengpässen führen kann (vgl. Gronau/Fütterer/Meisel 2016, 48). Ziel sollte es jedoch sein, diese zu ergründen und mit geeigneten Maßnahmen gegenzusteuern.¹¹

Im Jahr 2020 steigt der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen in fast allen Kommunen an, vergleichbar zur Arbeitslosenquote insgesamt. Zwar steigt die Jugendarbeitslosenquote in den Revierkommunen maximal um zwei Prozentpunkte zum Vorjahr an, dennoch ist dies ein Zeichen dafür, dass der Übergang von der Schule in den Beruf mehr jungen Menschen nicht gelungen ist. Grund dafür könnte pandemiebedingt der fehlende Kontakt zwischen Unternehmen und jungen Menschen sein, den beispielsweise die kommunalen und regionalen Berufsmessen zuvor boten. In einigen Kommunen versuchte man, mit digitalen Berufsmessen oder digitalen Kontaktbörsen diese beiden Zielgruppen zu verbinden. Bereits im Jahr 2022 fanden viele kommunale Berufsmessen wieder in Präsenz statt, an denen man auch zukünftig festhalten möchte.

Die sozioökonomische Herkunft junger Menschen bestimmt nach wie vor den Übergang von der Schule in das Berufsleben. „In kaum einem anderen OECD-Land ist der Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Herkunft und dem Bildungserfolg der Kinder so ausgeprägt wie in Deutschland“ (Anger/Plünnecke/Seyda 2006, 9; siehe auch:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung 2022; Autor:innengruppe Bildungsbericht-erstattung 2022, 46 ff.). In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „Bildungsarmut“ geprägt. „Als bildungsarm kann der Anteil der Personen bezeichnet werden, der keinen höheren Sekundarabschluss (keine abgeschlossene Berufsausbildung) aufweist oder nach dem PISA-Test zur Risikogruppe gehört.“¹² Kinder, deren Eltern Leistungen zur Grundsicherung beziehen, sind zum einen stärker von Armut betroffen und sie sind gefährdet, niedrigere Bildungsabschlüsse zu erlangen. In den meisten Fällen beziehen sie ebenfalls Grundsicherung und zählen in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit als nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)¹³. Mit der **NEF-Quote**¹⁴ (Abb. 15) wird der Anteil leistungsbeziehender Kinder einer bestimmten Altersgruppe gegenüber allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe angezeigt. Der Verlauf der NEF-Quote zeigt seit 2010 eine sehr durchwachsene Entwicklung im Mitteldeutschen Revier.

11) Lösungsansätze für die Gewinnung von Fachkräften durch die berufliche Ausbildung werden in der Prognos-Studie Fachkräfteentwicklung 2025+ für das Mitteldeutsche Revier dargelegt (vgl. IRMD 2021a, 9).

12) <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30383/bildungsarmut-auswirkungen-ursachen-massnahmen/#footnote-target-7>

13) Erweiterte Definition der Bundesagentur für Arbeit: Innerhalb der Grundsicherungsstatistik SGB II werden Personen nur dann als NEF ausgewiesen, wenn sie Bürgergeld für NEF beziehen. In Abgrenzung zu den NEF nach dem SGB II erhalten die nicht erwerbsfähigen Personen außerhalb des SGB II Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe gem. SGB XII.

14) Die NEF-Quote ist ein Indikator für Kinderarmut.

Seit 2018 sinkt die Quote in allen Revierkommunen und erreicht 2020 die niedrigsten Werte seit 2010. Insgesamt ist die Quote grundsicherungsbeziehender Kinder in den Landkreisen tendenziell niedriger als in den kreisfreien Städten. Die Spanne erstreckt sich im Jahr 2020 von 8 % im Landkreis Leipzig bis 27 % in der Stadt Halle. In den kreisfreien Städten

ist demnach das Potenzial für Kinder- und Bildungsarmut höher. Alle Kommunen sollten sich jedoch ernsthaft mit der Thematik auseinandersetzen. Studien haben bereits Unterstützungsansätze eruiert, wie durch frühe Bildungs- und Ganztagsangebote der Bildungsarmut entgegengewirkt werden kann (vgl. Anger/Plünnecke/Seyda 2006, 113).

► **Lesehilfe zur Grafik:**
Der Wert der NEF-Quote insgesamt steht über den Balken. Innerhalb der Balken wird für die jeweilige NEF-Quote die prozentuale Verteilung nach Altersgruppe in % angegeben.

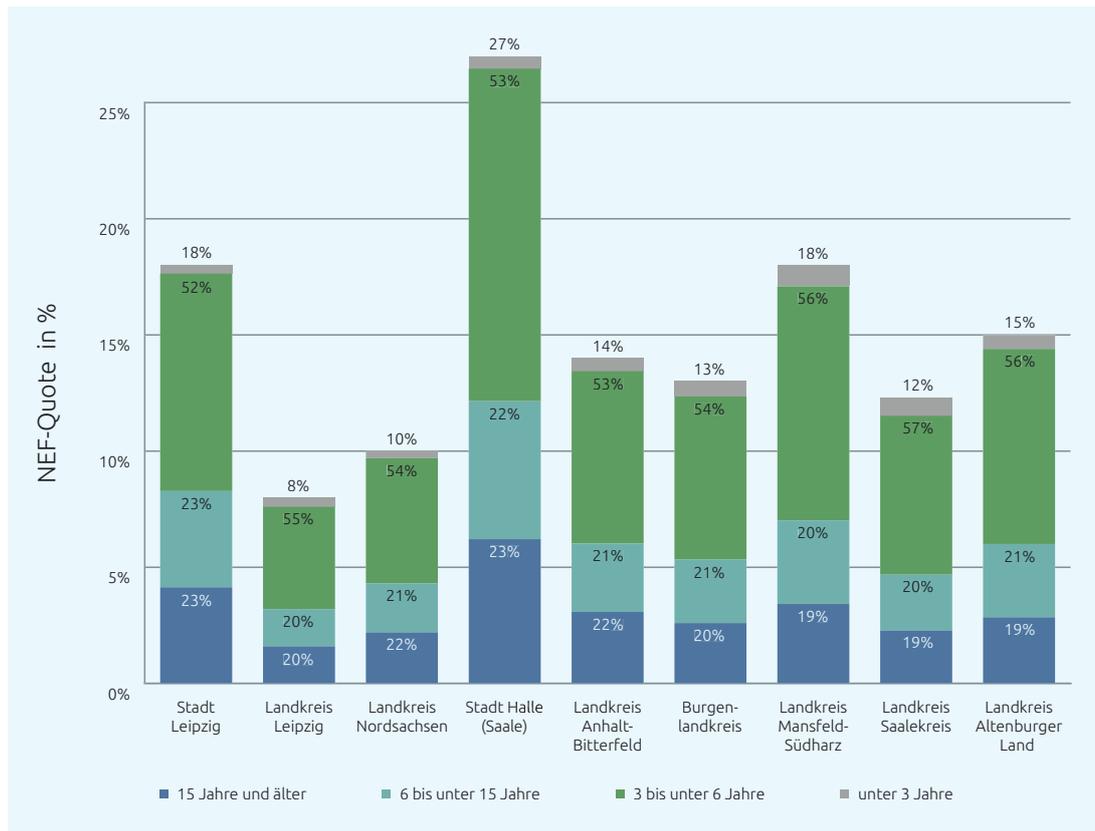


Abb. 15:
Quote der nicht-erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) (2010–2020)
(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

3.2 Fachkräftesicherung

Dieses Themenfeld befasst sich mit Kennzahlen, die Erkenntnisse über die Fachkräftesicherung im Rahmen des Strukturwandels liefern können. Darin enthalten sind Daten zur beruflichen Bildung, zum Ausbildungsmarkt sowie zur beruflichen Weiterbildung. Ein zentraler Weg zur Fachkräftegewinnung ist die berufliche Ausbildung. Der Fokus der Datenanalyse ist daher auf die berufliche Bildung und den Ausbildungsmarkt gerichtet. Durch die wirtschaftliche Transformation weg von der Braunkohle sowie durch stetigen technologischen Wandel in der Arbeitswelt gewinnt die berufliche Weiterbildung zudem immer stärker an Bedeutung. Standardisierte und einheitliche bzw.

vergleichbare Daten liegen dazu in einem geringen Umfang vor. Ursache dafür ist unter anderem das breite Spektrum von beruflichen Weiterbildungsangeboten der Kammern und Innungen sowie von privaten Bildungsträgern. Es gibt bislang keine zentrale Schnittstelle, die Daten zur beruflichen Weiterbildung aller Bildungsträger, privat und öffentlich, erfasst. Ein Exkurs zur Datenlage in Bezug auf das Thema berufsbezogene Weiterbildung wurde in einer entsprechenden qualitativen Analyse durch BiSMit aufgenommen – „Berufsbezogene Weiterbildung im Strukturwandel. Ein Blick ins Mitteldeutsche Revier“ (vgl. BiSMit 2023).

Das schulische Angebot der beruflichen Bildung ist vielschichtig und umfasst laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) Bildungsgänge zur Berufsausbildungsvorbereitung (Übergangssystem), Berufsausbildung, berufliche Fortbildung und berufliche Umschulung. Zudem kann man in studienqualifizierenden Bildungsgängen die Fach- oder Hochschulzugangsberechtigung erlangen. Die Abbildung 16 zeigt die verschiedenen Schularten, die als berufliche Schulen zusammengefasst werden. Die einzelnen Schularten unterscheiden sich hinsichtlich der Aufnahmevoraussetzungen, der Dauer der Bildungsgänge, des Umfangs der praktischen Ausbildung und der zu erwerbenden Abschlüsse.

Sie können zudem nach verschiedenen Bildungsgängen oder Fachrichtungen gegliedert sein. Innerhalb der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen tragen die beruflichen Schularten trotz gleicher Bildungsabschlüsse teilweise unterschiedliche Titel.

Kommunen sind meist Schulträger der beruflichen Schulen, mitunter liegen sie auch in freier Trägerschaft.¹⁵ Die schulfachliche Kompetenz¹⁶ berufsbildender Schulen haben die Bundesländer, die unter anderem über die Verteilung der Fachklassen oder wie in Sachsen über die Schulnetzplanung bestimmen.

Das hat mitunter zur Folge, dass bestimmte Ausbildungsberufe nicht an der Berufsschule vor Ort angeboten werden und Auszubildende weitere Wege auf sich nehmen müssen. Potenziell kann das ein Grund sein, warum Lehrstellen unbesetzt bleiben. Diesbezüglich spielt auch die infrastrukturelle Anbindung eine große Rolle. Berufsschulen sollten gut in das kommunale ÖPNV-Netz integriert sein, bestenfalls sogar auf regionaler Ebene.

Letzteres wäre besonders vorteilhaft, da nicht jede berufsbildende Schulart in den Kommunen angeboten wird. Besonders vielfältig ist das berufliche Bildungsangebot in den urbanen Zentren. Betrachtet man die Anzahl der beruflichen Schularten in allen Revierkommunen, dann sticht der hohe Anteil an Berufsfachschulen heraus. Sie bieten Vollzeitausbildungsgänge eines Berufs oder mehrerer Berufe an. Lediglich die Mindestklassengröße von 16 Personen muss erfüllt sein. Öffentliche berufliche Schulen bündeln mehrere Schularten und gelten als berufliches Schulzentrum oder berufsbildende Schulen. Ihre Mindestschülerzahl liegt bei 500 Vollzeitschülerinnen und -schülern (Sachsen-Anhalt und Thüringen) oder 550 Schülerinnen und Schülern (Sachsen).

15) Berufliche Schulen in freier Trägerschaft benötigen eine staatliche Anerkennung. Sie tragen oftmals auch die Titel Bildungswerk oder Berufsförderungswerk.

16) Sie genehmigen in Abstimmung mit und auf Antrag der Schulträger – im Zweifel aber eigenverantwortlich – die Art der Bildungsgänge (Regionalfachklasse, Landesfachklasse, länderübergreifende Fachklasse).

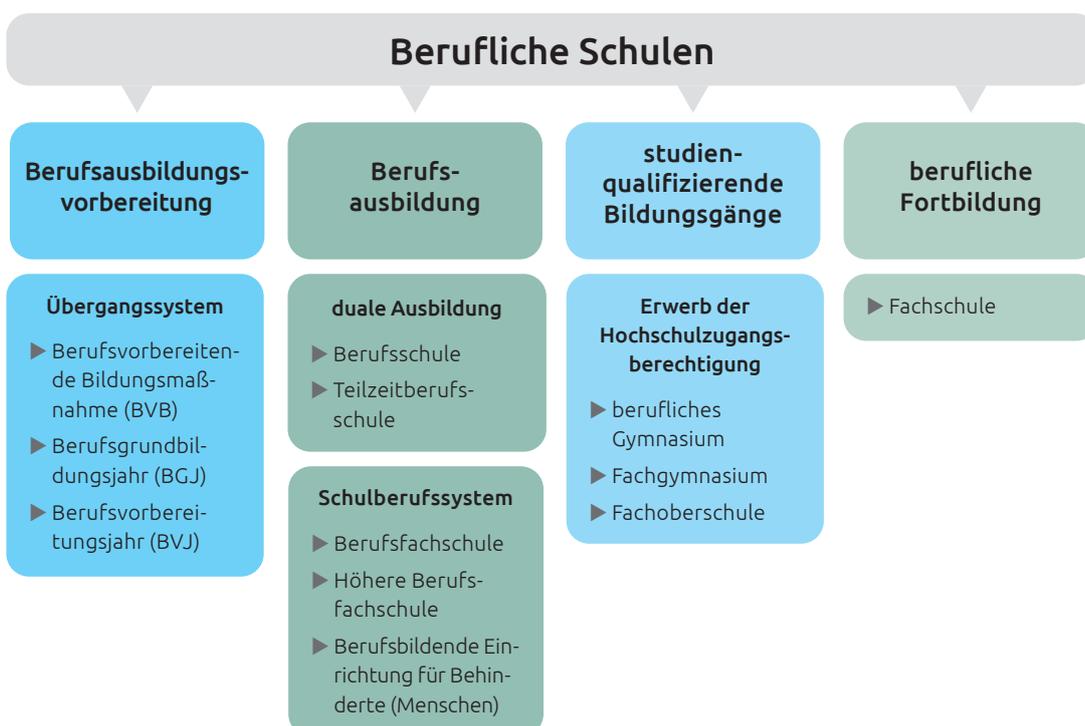


Abb. 16: Schularten der beruflichen Schulen (Quelle: eigene Darstellung BiSMit)

Zwischen den Jahren 2010 und 2020 ist die **Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen** im Mitteldeutschen Revier um 18 % gesunken. Dennoch gewann die berufliche Fortbildung an Bedeutung, denn die Schülerzahlen der Fachschulen stiegen zwischen 2010 und 2020 leicht an. Einen Zuwachs an Schülerinnen und Schülern gab es in dieser Zeit auch in den studienqualifizierenden Bildungsgängen des beruflichen Gymnasiums und der Fachoberschule. In den Revierkommunen Sachsens war der Zuwachs besonders groß, im Landkreis Leipzig stieg die Schülerzahl an beruflichen Gymnasien um 35 %. Ursache dafür könnte sein, dass man in Sachsen nach dem Realschulabschluss das berufliche Gymnasium als weiterführende Schule empfiehlt, um das Abitur zu erreichen. Zunehmend mehr junge Menschen streben nach dem Realschulabschluss das Abitur an. Insgesamt stieg im Mitteldeutschen Revier der Stellenwert des Erwerbs höherer schulischer und beruflicher Abschlüsse an beruflichen Schulen.

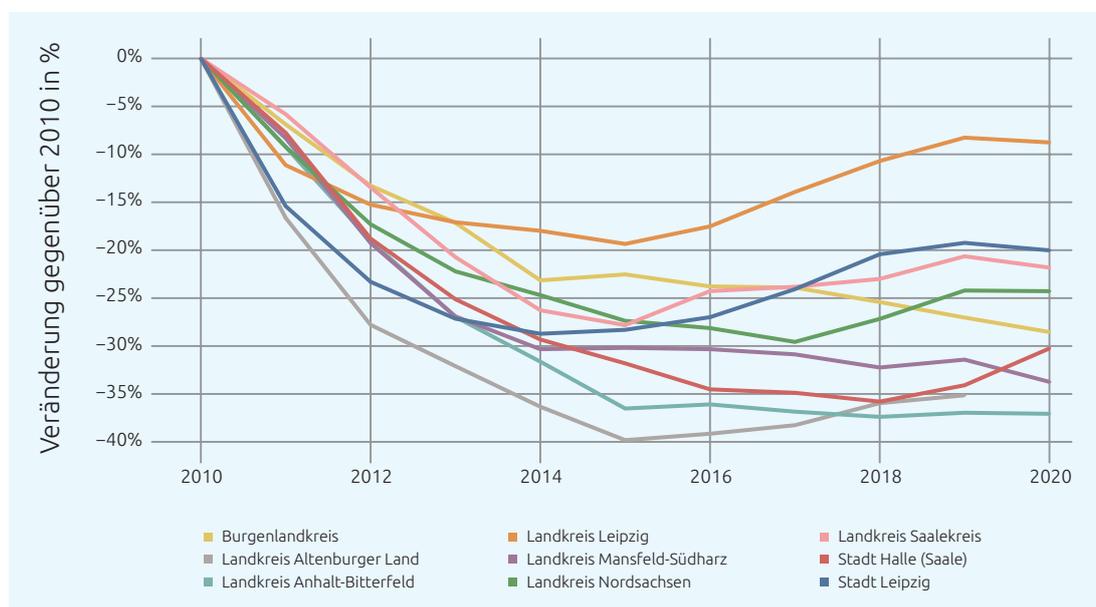
Der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen befindet sich in der Berufsschule, fast jede/jeder Zweite besucht einen Bildungsgang der dualen Berufsausbildung. Der Rückgang der Schülerzahlen an beruflichen Schulen betrifft die Berufsschulen am stärksten. Im gesamten Mitteldeutschen Revier hat sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an den Berufsschulen zwischen den Jahren 2010 und 2020 um 22 % verringert, im Burgenlandkreis waren es sogar 35 % weniger Schülerinnen und Schüler (siehe

Dashboard E7.1). Somit sinkt die Anzahl deutlich stärker als die Zahl der Schülerinnen und Schüler insgesamt. Im Zuge sinkender Schülerzahlen sollte darauf geachtet werden, dass das kommunale berufliche Bildungsangebot, insbesondere der Berufsschulen, vielfältig und gut erreichbar bestehen bleibt.

Die sinkenden Schülerzahlen an der Berufsschule stehen im Zusammenhang mit der **Anzahl der Auszubildenden** (Abb. 17). Am 31.12. eines Berichtsjahres werden diejenigen als Auszubildende gezählt, die einen Ausbildungsvertrag bei einem ansässigen Betrieb besitzen. Im Zeitverlauf 2010 bis 2020 zeigen sich zwei wesentliche Entwicklungen. Zunächst erfahren alle Kommunen des Mitteldeutschen Reviers massive Verluste an Auszubildenden. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Entwicklung zum Basisjahr 2010 betrachtet. Die zweite deutliche Erkenntnis, die aus der Grafik hervorgeht, ist die positive Entwicklung der Auszubildendenzahlen ab dem Jahr 2015.

Das Jahr 2015 stellt für nahezu alle Revierkommunen einen Wendepunkt in der Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Mitteldeutschen Revier dar, da ab diesem Zeitpunkt die Zahl der Auszubildenden weniger stark sank und stattdessen stagnierte oder sogar anstieg. Im Jahr 2015 ist die Anzahl der Auszubildenden gegenüber dem Basisjahr 2010 um 25 % gesunken. Allein durch diese Entwicklung stehen dem Revier bereits 7.908 weniger potenzielle Fachkräfte zur Verfügung. Zwar konnte

Abb. 17:
Veränderung der
Anzahl von Auszubildenden seit 2010
(2010–2020)
(Quelle: Kommunale
Bildungsdatenbank)



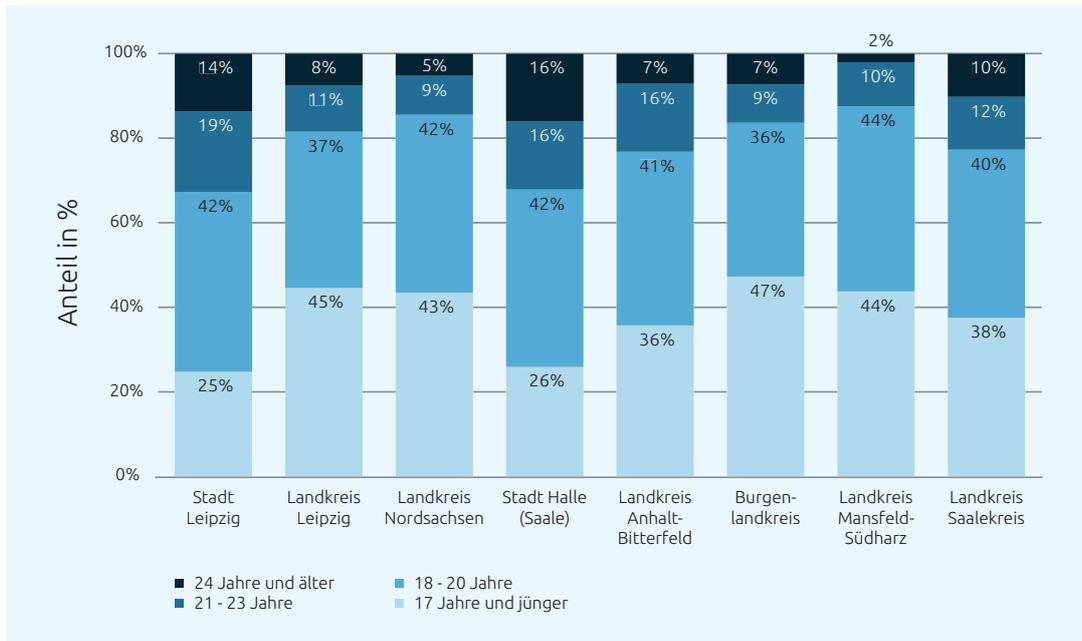


Abb. 18: Anteil neu abgeschlossener Ausbildungsverträge nach Altersgruppen (2020) (Quelle: Statistische Landesämter (SN/ST/TH))

dem sinkenden Trend ab dem Jahr 2015 durch die steigende Zahl der Auszubildenden nichtdeutscher Staatsbürgerschaft entgegengewirkt werden. Dennoch lag ihr Anteil an allen Auszubildenden in allen Revierkommunen unter 10 %.

Welche Ursachen gibt es für diese Entwicklung? Zum einen ist die gesunkene Anzahl junger Menschen aufgrund des Geburtenknicks der 1990er-Jahre ein natürlicher Entwicklungsgrund für den Rückgang. Dies führte zunehmend zu einem Paradigmenwechsel am Ausbildungsmarkt. Der Zahl der Ausbildungsstellen steht nunmehr eine geringere Zahl an Ausbildungsinteressierten gegenüber. Dies liegt unter anderem auch daran, dass sich die potenzielle Zielgruppe verjüngt. Die Abbildung 18 zeigt den **Anteil neu abgeschlossener Ausbildungsverträge nach Altersgruppen**. Innerhalb der letzten Betrachtungsjahre stieg der Anteil der Auszubildenden unter 18 Jahren an. In den Landkreisen des Reviers war 2020 mindestens jeder dritte Auszubildende 17 Jahre oder jünger. In den kreisfreien Städten gibt es wiederum einen höheren Anteil älterer Auszubildender. Jeder dritte neue Auszubildende in Halle (Saale) und Leipzig ist 21 Jahre oder älter.

Die Wirtschaft des Mitteldeutschen Reviers ist durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geprägt. Kleinunternehmen sind die tragende Säule der regionalen Wirtschaft. Im Jahr 2021 sind rund drei Viertel aller Betriebe Kleinunternehmen,

allerdings mit rückläufiger Entwicklung gegenüber den Vorjahren. Der Anteil mittlerer Unternehmen und Großbetriebe stieg. Ihre Anzahl erhöhte sich im gesamten Mitteldeutschen Revier zwischen 2010 und 2021 um 244 mittlere Unternehmen und 145 Großbetriebe. Zirka 40 % der Großbetriebe waren 2021 in der Stadt Leipzig angesiedelt.

Was Betriebe aller Betriebsgrößen vereint, ist die Gewinnung von Nachwuchsfachkräften für die duale Berufsausbildung. Dabei agieren Betriebe gleichermaßen am Ausbildungsmarkt. Nur Betriebe mit mindestens einem Auszubildenden werden in der Statistik – durch die Ausbildungsbetriebsquote – erfasst bzw. abgebildet.¹⁷ Dazu können schließlich nur diejenigen Betriebe gezählt werden, die ihre Ausbildungsplätze auch besetzen. Das Werben um Auszubildende ist für Betriebe aufwendiger geworden, da weitaus mehr Ausbildungsangebote als Nachfragende existieren. Die Betriebsgröße beeinflusst mitunter die Ressourcen, um sich am Ausbildungsmarkt zu beteiligen. Es braucht beispielsweise ausreichend personelle Kapazitäten, um sich auf Messen und Portalen um die Nachwuchsgewinnung zu kümmern. Kleinunternehmen haben es an dieser Stelle schwerer. Zudem bilden sie meist nach Bedarf und nicht jährlich aus.

17) Genaue Definitionen zu E6.3 Ausbildungsbetriebsquote befinden sich im Dashboard unter „weitere Informationen“ (linker unterer Seitenrand).

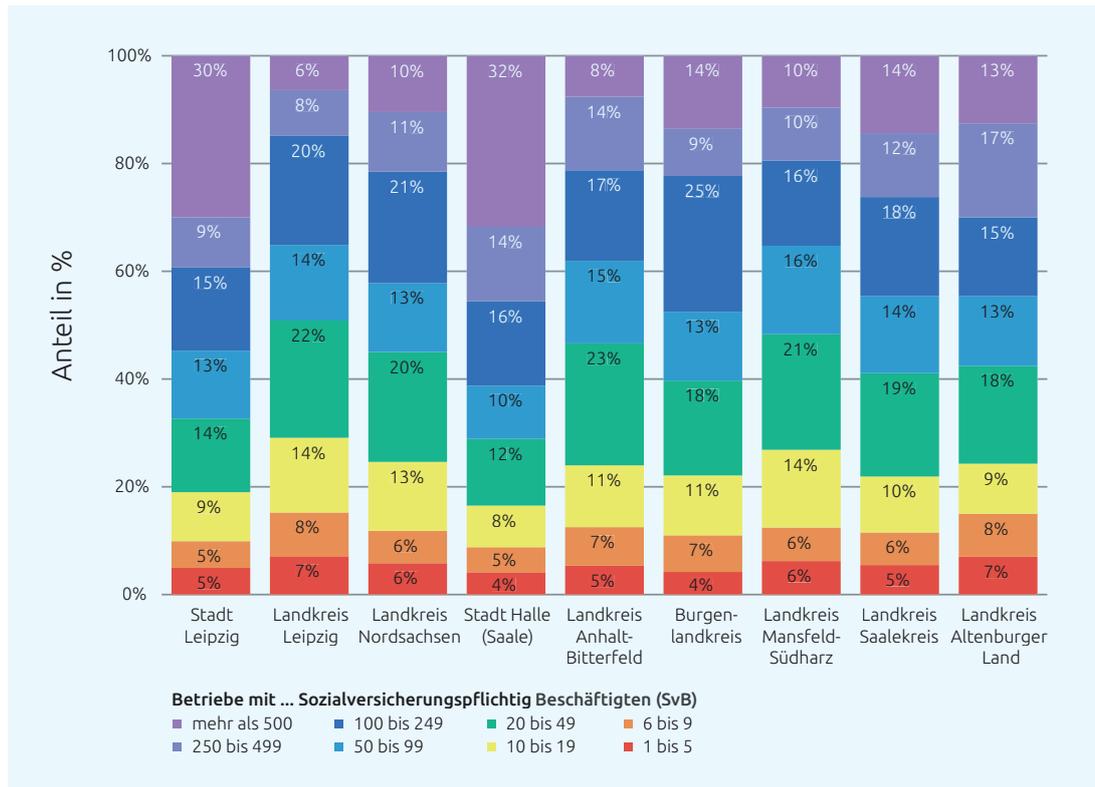


Abb. 19:
Anteilverteilung der Auszubildenden nach Betriebsgröße (2021)
(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Die Verteilung der Auszubildenden im Jahr 2021 zeigt, dass weniger als 50 % eine Ausbildung in einem KMU mit weniger als 50 Mitarbeitenden absolvieren. Der überwiegende Teil der Auszubildenden lernt bei einem mittleren Unternehmen oder Großbetrieb. In den kreisfreien Städten ist dies besonders deutlich. Insbesondere der gestiegene Anteil der Auszubildenden in Großunternehmen gegenüber den Vorjahren ist ein Trend, der sich in allen Revierkommunen zeigt. Dies deutet auf die wachsende Rolle von Großunternehmen am Ausbildungsmarkt des Mitteldeutschen Reviers hin. Dementsprechend wird es für KMU schwieriger, sich am Ausbildungsmarkt zu behaupten. Die Wahrnehmung eines Rückgangs der Ausbildungsbetriebe wurde aus Sicht der Teilnehmenden des Kennzahlenvergleichs bestätigt. Dies liegt vorwiegend an der Dichte an KMU. Viele Betriebe haben teilweise nur ein bis zwei Beschäftigte und können eine Ausbildung nicht gewährleisten. Dies liegt unter anderem an den Kosten sowie dem Zeitaufwand. Damit Stellen in kleineren Betrieben nicht dauerhaft unbesetzt bleiben, bedürfen sie einer stärkeren Unterstützung bei der Gewinnung von Auszubildenden.

Bisher war die **Angebots-Nachfrage-Relation** ein Indikator für die Lage am Ausbildungsmarkt. In diesem Zusammenhang muss konkretisiert werden, wer dafür in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) gegenübergestellt wird. Betriebe können ihre freien Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit melden. Gleiches betrifft die Nachfragenden, die sich bei der BA als suchend melden können.¹⁸ Sowohl für Betriebe als auch für junge Menschen, die nach einer Ausbildung suchen, ist die BA nicht mehr die einzige Anlaufstelle. Zahlreiche Ausbildungs- und Jobportale im Internet haben an Relevanz gewonnen. Aufgrund dessen wird das Vermittlungsangebot der BA von beiden Seiten weniger genutzt, was Teilnehmende des Kennzahlenvergleichs bestätigten. Die Angebots-Nachfrage-Relation bietet zwar einen Überblick über die Lage am Ausbildungsmarkt, die genaue Realität bildet sie jedoch nicht ab.

Seit einigen Jahren zeichnet am Ausbildungsmarkt ab, dass die **Zahl an unbesetzten Ausbildungsstellen einer wachsenden Zahl unversorgter Bewerberinnen und Bewerber** gegenübersteht. Seit 2016 ist die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen gestiegen, in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 noch einmal zunehmend (siehe Abb. 20). Trotz der Tatsache, dass im Mitteldeutschen Revier

18) Es besteht für Unternehmen sowie auch für Ausbildungssuchende keine Meldepflicht bei der BA. Ausbildungssuchende melden sich mitunter nur bei der BA, damit sie leistungsberechtigt sind, falls sie keine Ausbildungsstelle finden.

das bei der BA gemeldete Ausbildungsangebot die Ausbildungsnachfrage übersteigt, gibt es eine Zahl an unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern. Deren Anzahl ist in den kreisfreien Städten und den Revierkommunen Sachsens am größten. Ihr Verbleib ist von besonderem kommunalen Interesse, da die tatsächliche Zahl junger Menschen ohne Ausbildungsstelle noch viel höher geschätzt wird.

Das beschriebene Verhältnis zwischen Anbietenden und Nachfragenden deutet auf Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt hin. In diesem Zusammenhang spricht man auch von Mismatch. Ursachen dafür liegen auf beiden Seiten. Es spielen die Attraktivität des Berufs, des Unternehmens und/oder eine schlechte Vergütung eine Rolle. Mitunter gehen aber auch die Berufswünsche junger Menschen am Ausbildungsangebot vorbei oder es fehlen gar konkrete Vorstellungen von der beruflichen Zukunft. Teilnehmende berichteten, dass mitunter die Meinung kommunaler Betriebe gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern nicht sehr positiv ausfällt und zudem die schulische Vorbildung nicht den Anforderungen der Betriebe entspricht. Nur können Schulnoten dahingehend nicht das alleinige Maß für die Auswahl sein.¹⁹ Praktische Fähigkeiten lassen sich am besten mit Probearbeiten, unter anderem während eines Praktikums, überprüfen. Diesbezüglich sollte leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern der Förderschulen oder Geflüch-

teten bessere Möglichkeiten für eine berufliche Ausbildung eingeräumt werden. Darauf weist auch die IRMD-Studie „Fachkräfteentwicklung 2025+“ hin (vgl. IRMD 2021a, 9).

In der Diskussion zum Übergang Schule – Beruf äußerten viele Teilnehmende des Kennzahlenvergleichs ein starkes Interesse an Daten zum individuellen Bildungsverlauf, um die Verlaufswege nach dem Schulabschluss besser nachvollziehen und mit geeigneten Maßnahmen unterfüttern zu können. Auf kommunaler Ebene wird dies nicht standardisiert erhoben. Kommunen müssen an dieser Stelle selbst aktiv werden. Im Jahr 2022 wurde vom Landkreis Altenburger Land eine Absolventenstudie durchgeführt, die diesbezüglich Erkenntnisse liefern soll. Anhand dessen versucht man nun, in kommunalen Gremien des Altenburger Lands kommunale Maßnahmen zu entwickeln.

Ein weiteres Warnsignal für Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt ist die **Vertragslösungsquote**, auch Lösungsquote genannt (Abb.21). Damit wird der Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge in Relation zu allen neu begonnenen Ausbildungsverträgen beschrieben. Vertragslösung beschreibt die Auflösung eines bestehenden Ausbildungsvertrags zwischen einem oder einer Auszubildenden

19) <https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/passungsprobleme-gedanken-zu-einem-azubi-dilemma-213662/>

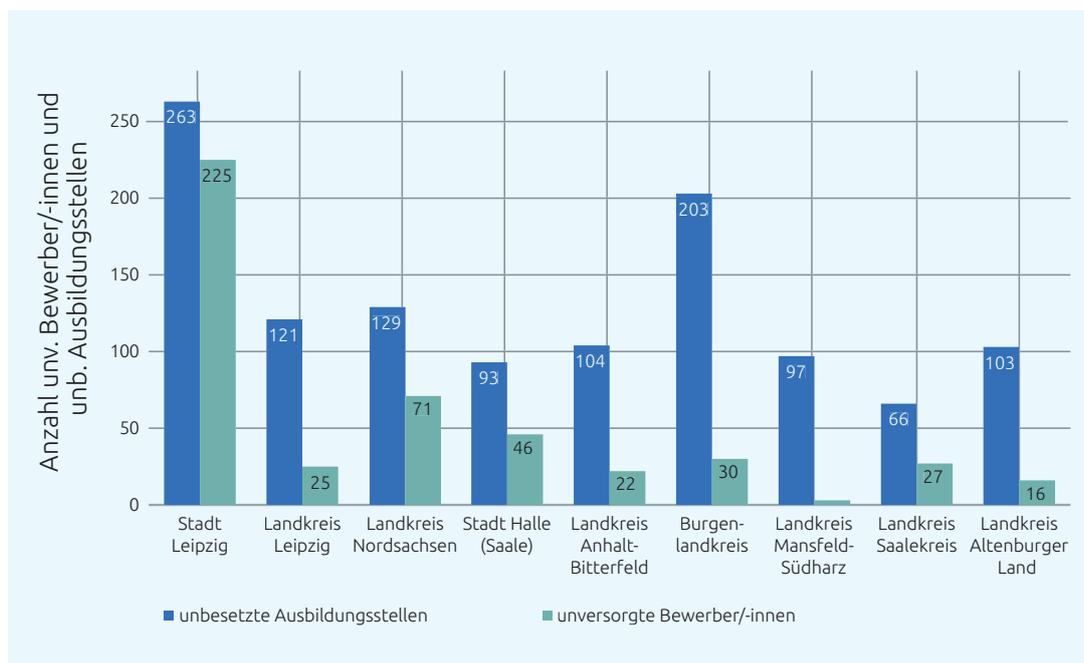


Abb. 20: Anzahl unversorgter Bewerber/-innen und unbesetzter betrieblicher Ausbildungsstellen (2021) (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

erholt. Eine Korrelation zwischen Arbeitsmarkt und Vertragslösungen wird auch in der IAB-Studie von 2016 festgestellt. In Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit stellte man auch eine erhöhte Vertragsauflösungsquote fest und umgekehrt (vgl. Sujata/Weyh 2016, 22 ff.).

Für die Kommunen ist die Vertragslösungsquote weiterhin ein Signal für Handlungsbedarf am Ausbildungsmarkt. Doch ist es oftmals schwierig, hier mit Maßnahmen gegenzusteuern, da man nicht nach dem Gießkannenprinzip verfahren kann. Darum sind Befragungen zu den Gründen der Vertragslösungen ein Weg, um die genaueren Motive sowie die weiteren Pläne der Vertragslösenden zu beleuchten.

Auch Berufsorientierung und Berufsberatung spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Darüber können beispielsweise verstärkt Berufserprobungen in Unternehmen arrangiert werden. So werden konkrete Arbeitsinhalte der Berufe frühzeitig vermittelt. Ziel sollte nicht primär die Absenkung der Quote sein, sondern die Lösung von Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt.

Nach erfolgreichem Abschluss einer beruflichen Ausbildung besteht die Möglichkeit, sich durch berufliche Weiterbildung weiter zu qualifizieren. Diese Möglichkeit bieten Fachschulen, die Teil des beruflichen Schulsystems sind.²²

Fachschulen führen zu qualifizierten Abschlüssen der beruflichen Weiterbildung und haben zum Ziel, Fachkräfte mit beruflicher Erfahrung zu befähigen, Führungsaufgaben in Betrieben, Unternehmen, Verwaltungen und Einrichtungen zu übernehmen und/oder selbstständig verantwortungsvolle Tätigkeiten auszuführen.²³ Daher ist in allen drei Bundesländern die primäre Zugangsvoraussetzung eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine teilweise mehrjährige Berufspraxis.

Fachschulen bieten Qualifizierungsangebote in den Fachbereichen Sozialwesen, Technik, Wirtschaft, Agrarwirtschaft und Gestaltung an. In jeder Revierkommune gibt es mindestens eine Fachschule. Der fachliche Schwerpunkt der Fachschulen liegt überwiegend im Sozialwesen. Nur in vier Revierkommunen gibt es Angebote in den Fachbereichen Wirtschaft oder Technik. Fachschulen im Mitteldeutschen Revier sind überwiegend in freier Trägerschaft.

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an Fachschulen ist zwischen 2010 bis 2020 in nahezu allen Revierkommunen angestiegen, wenn auch mit leichten jährlichen Schwankungen. Die Schülerschaft ist überwiegend weiblich, was am fachlichen

22) Für das Bundesland Thüringen konnten keine Daten zu Fachschulen übermittelt werden.

23) <https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/ilr-BBiSchulVS-T2015rahmen>

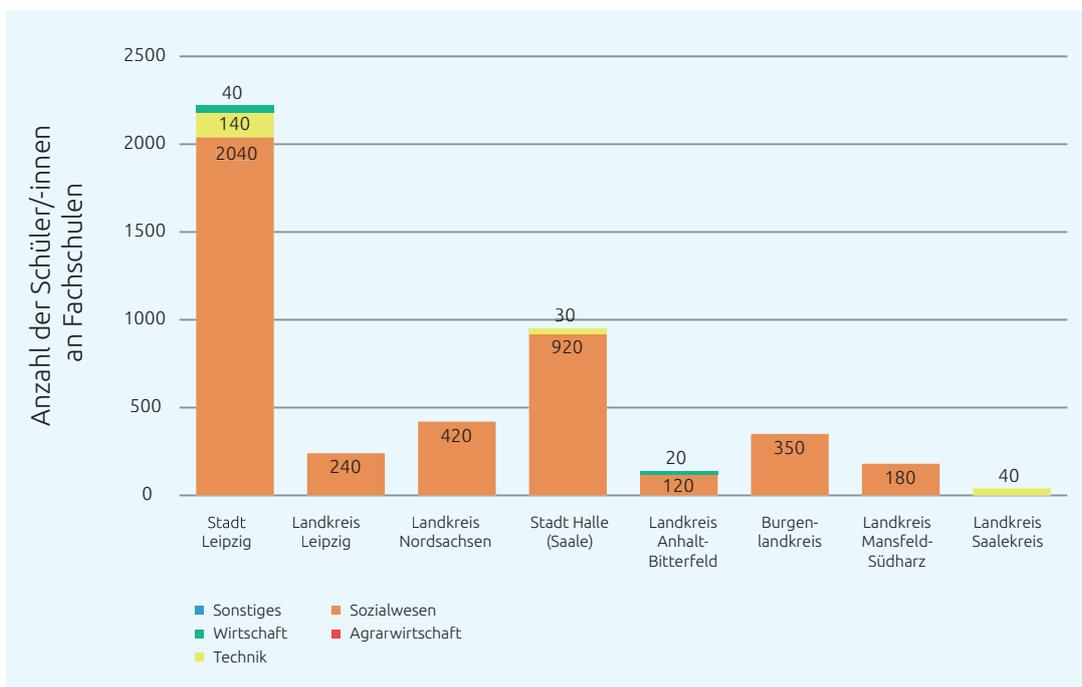


Abb. 22: Anzahl der Schüler/-innen in Bildungsgängen zur beruflichen Weiterbildung an Fachschulen nach Fachbereich (2020)
(Quelle: Statistische Landesämter (SN/ST))

Schwerpunkt des Sozialwesens liegen kann. Für die Fachbereiche Technik und Wirtschaft besteht entweder eine geringere Nachfrage oder ein weitaus größeres Weiterbildungsangebot, wie beispielsweise durch die Kammern IHK und HWK, was das geringere Fachschulangebot erklärt.

Die Erfolgsquote der Bildungsgänge im Fachbereich Sozialwesen ist sehr hoch. Sie lag bei fast 100 %. Im Fachbereich Sozialwesen erworbene Abschlüsse, wie beispielsweise Sozialpädago-

gik, Heilerziehungspflege sowie Heilpädagogik, werden in kommunalen Bildungseinrichtungen wie der Kindertagesbetreuung (Kitas, Hort), Behinderteneinrichtungen, Schulen (Förderschulen) sowie auch in der Kinder- und Jugendarbeit (Freizeiteinrichtungen, Schulsozialarbeit) nachgefragt. Fachkräfte im Sozialwesen, insbesondere mit Fachqualifikation, werden kontinuierlich benötigt. Demzufolge sollte das kommunale Angebot an Fachschulen in diesem Fachbereich auch weiterhin gewährleistet werden.

3.3 Bildungsübergänge

Die Darstellung der quantitativen Verteilung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Phasen des Bildungswesens ist essenziell für die kommunale Steuerung. So kann die Anzahl der Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen beispielsweise für die Schulnetzplanung herangezogen werden. Darüber hinaus können bei der Betrachtung von Bildungsübergängen auch Voraussetzungen und Bedingungen für gute Übergänge zwischen den Bildungsphasen oder in die Arbeitswelt erfasst werden. Dabei können Problemlagen festgestellt werden, auf die mit geeigneten Maßnahmen reagiert werden muss. Ein Beispiel dafür wäre eine hohe Abgangsquote von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss. Im Rahmen des Strukturwandels steht vor allem der Übergang von der Schule in die berufliche Bildung sowie in das anknüpfende Berufsleben im

Vordergrund. Auch die Frage, wie vermieden werden kann, dass junge Menschen an dieser Schwelle verlorengelassen, ist von besonderer Relevanz. Dazu bedarf es innerhalb der regionalen Bildungslandschaft einer ganzheitlichen Betrachtung des Übergangsgeschehens.

Die **Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schulen** ist nicht nur relevant im Hinblick auf die Qualifizierung zukünftiger Arbeitskräfte. Sie ist unerlässlich für die Schulentwicklungsplanung.²⁴ Daran sind Entscheidungen gebunden, ob Schulen geschlossen oder weitergeführt werden. Mit dieser Kennzahl können Prognosen zur Nachfrage der jeweiligen Schularten kalkuliert werden.

Die Tabelle (Abb. 23), übernommen aus dem Sachstandsbericht des Deutschen Bundestages, zeigt die unterschiedlichen Voraussetzungen beim Übergang auf das Gymnasium zwischen den

24) Für die Schulentwicklungsplanung spielen weitere Kennzahlen eine wichtige Rolle, Geburtenzahlen sowie der Wanderungssaldo.

Abb. 23:
Voraussetzungen zwischen den Bundesländern beim Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium (Quelle: eigene Darstellung BiSMit)

Bundesland	Notendurchschnitt für Gymnasialempfehlung	Elternwille entscheidet	Aufnahmeprüfung Gymnasium	Probezeit Gymnasium
Sachsen	In Mathe, Deutsch und Sachkunde max. 2,0	Ja	Ohne Empfehlung schriftliche Eignungsprüfung	Nein
Sachsen-Anhalt	Nein, mehrere Faktoren zählen, u.a. Leistungsstand, Leistungsentwicklung, Arbeitshaltung	Ja	Nein	Nein
Thüringen	In Mathe, Deutsch und Sachkunde max. 2,0	Nein	Ohne Empfehlung drei Tage Probeunterricht	Nein

Bundesländern auf (vgl. Deutscher Bundestag Wissenschaftliche Dienste 2021, 6). Die Dauer der Grundschule beträgt in allen drei Bundesländern des Mitteldeutschen Reviers in der Regel vier Jahre. In Sachsen-Anhalt ist bei der Wahl der weiterführenden Schule der Elternwille entscheidend, in Sachsen spielt er ebenfalls eine Rolle. In Sachsen wie auch Thüringen ist ein bestimmter Notendurchschnitt Voraussetzung und die daran geknüpfte Gymnasialempfehlung durch die Schule entscheidend. Bis zum Schuljahr 2016/17 war die Bildungsempfehlung in Sachsen verpflichtend (vgl. Bischof/Uhrig 2022, 96). Kinder, die den Notendurchschnitt nicht erreicht haben, können auf Wunsch ihrer Erziehungsberechtigten eine schriftliche Eignungsprüfung ablegen. In Thüringen steht die Bildungsempfehlung der Grundschule über dem Elternwillen. Trotzdem können die Erziehungsberechtigten ihr Kind zum Probeunterricht an einer anderen weiterführenden Schule anmelden. Besteht das Kind diesen Probeunterricht nicht, dann gilt die Empfehlung der Grundschule (vgl. Deutscher Bundestag Wissenschaftliche Dienste 2021, 5).

Die Schulwahl hängt beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule auch von der sozialen Herkunft der Erziehungsberechtigten ab (vgl. Helbig/Jähnen 2015, 541). Erziehungsberechtigte mit höherer Bildung würden ihre Kinder beispielsweise mit höherer Wahrscheinlichkeit auf ein Gymnasium schicken, während bei den Erziehungsberechtigten mit niedriger Bildung die Entscheidung häufig gegen das Gymnasium getroffen wird (vgl. Helbig/Jähnen 2015, 545). Daher gibt es die These, dass eine verbindliche, auf Schulleistungen basierte Übergangsregelung dazu beitragen kann, soziale Unterschiede zu minimieren (vgl. Helbig/Jähnen 2015, 541).²⁵

Aber auch das Image der Ober-, Sekundar- und Regelschulen²⁶ und die Länge der Schulwege spielt eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für die weiterführende Schule. In den Veranstaltungen des Kennzahlenvergleichs wurde berichtet, dass in Sachsen-Anhalt die Entscheidung der Eltern auch dann für das Gymnasium fällt, wenn die Lernvoraussetzungen der Kinder nicht optimal dafür sind. Aus Revierkommunen in Sachsen-Anhalt wurde berichtet, dass diese Wahl auch aufgrund der relativ hohen Lehrkräfteversorgung

an Gymnasien getroffen wird. Das führt zu überlaufenen Gymnasien, die an ihre Raumkapazitäten gelangen.

Die Kinder, die die Leistungsanforderungen des Gymnasiums nicht erfüllen können, wechseln im späteren Bildungsverlauf an Oberschulen/Sekundarschulen/Regelschulen. Deshalb werden auch die höheren Klassenstufen der Ober-, Sekundar- und Regelschulen voller.

In den Landkreisen des Reviers war der Anteil von Schülerinnen und Schülern in den Ober-, Sekundar- und Regelschulen im betrachteten Zeitraum von 2010 bis 2020 am höchsten. In den kreisfreien Städten Leipzig und Halle (Saale) besuchte der größte Anteil der Fünftklässlerinnen und Fünftklässler das Gymnasium. Mit der Einführung der Gesamtschule in Sachsen-Anhalt zum Schuljahr 2013/2014 stieg der Anteil der Schülerinnen und Schüler jährlich an. Generell gilt: Je mehr Schularten angeboten werden, desto diverser ist die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schularten, wie beispielsweise in der Stadt Halle (Saale). Dort machte die Schülerschaft der fünften Klasse an den Gesamtschulen im Jahr 2020 30 % aus, 18 % mehr als an Sekundarschulen. Die Sekundarschule verliert also bei steigender Vielfalt des Angebots an Schularten an Attraktivität. Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen weiterführender Schulen stieg im betrachteten Zeitraum in der Stadt Leipzig besonders stark aufgrund der Geburtenentwicklung und durch Zuwanderung an. Im Landkreis Mansfeld-Südharz, Anhalt-Bitterfeld sowie dem Altenburger Land ging die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den fünften Klassen im gleichen Zeitraum leicht zurück. In den restlichen Kommunen kam es zu leichten Anstiegen.

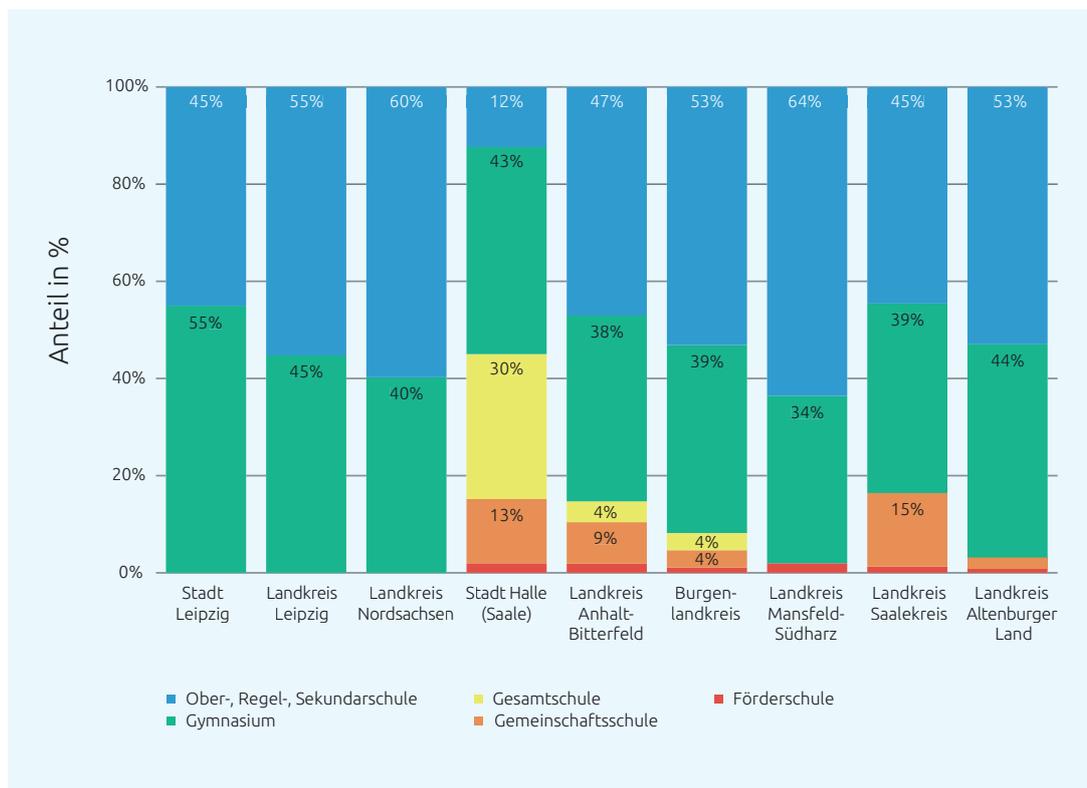
Allerdings ist der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule nicht der einzige Zeitpunkt im Schulverlauf, an dem die Möglichkeit zum Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses besteht. Zwischen den Schularten der drei Bundesländer besteht eine formale Durchlässigkeit –

25) Die Betrachtung des Übergangs von der Grundschule auf die weiterführende Schule kann auch als sozialräumlicher Indikator genutzt werden.

26) In Sachsen gibt es die Oberschule, in Thüringen die Regelschule und in Sachsen-Anhalt die Sekundarschule. Alle drei verfolgen das gleiche Bildungsziel und bezeichnen die gleiche Schulart.

Abb. 24:

Anteil der Schüler/-innen in den Eingangsklassen weiterführender Schulen nach Schulart (2020) (Quellen: Statistische Landesämter (SN/ST/TH), Kommunale Bildungsdatenbank)



das betrifft sowohl die Aufwärts- wie auch die Abwärtsmobilität gleichermaßen. Die **Übergangsquote von Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II** (Abb. 25) gibt einen Überblick über die Bildungsorientierung der Bevölkerung (vgl. Brugger/Gawronski/Giar 2020, 117). Prinzipiell ist es in den drei Bundesländern des Reviers mit einem bestimmten Notendurchschnitt möglich, nach dem mittleren Schulabschluss auf ein Gymnasium oder berufliches Gymnasium zu wechseln, um das Abitur zu erwerben.

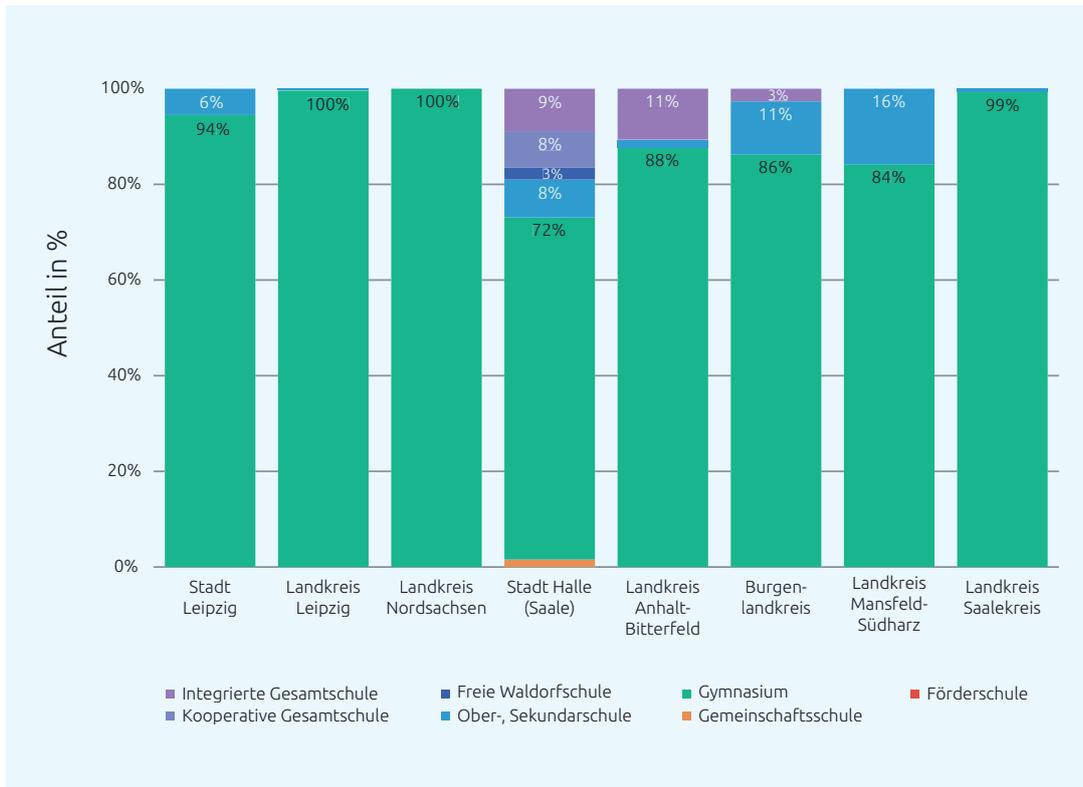
In Sachsen-Anhalt erhalten Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums mit Bestehen der zehnten Klasse einen dem erweiterten Realschulabschluss gleichgesetzten Abschluss, ohne eine Abschlussprüfung ablegen zu müssen. In Sachsen und Thüringen gibt es die besondere Leistungsfeststellung in Form einer Prüfung. So sind die Schülerinnen und Schüler mit einem Schulabschluss abgesichert, falls sie die Sekundarstufe II verlassen, ohne das Abitur zu machen.

In den Revierkommunen Sachsen-Anhalts und der Stadt Leipzig wechseln einige Personen von der Sekundar- oder der Oberschule ans Gymnasium, um das Abitur zu machen. In Sachsen wird allgemein empfohlen, zum Erwerb des Abiturs nach

dem Abschluss der Oberschule an das berufliche Gymnasium zu wechseln. In der Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II wird in Sachsen der Übergang an das berufliche Gymnasium nicht statistisch erfasst. In Sachsen-Anhalt fließen die Übergänge an das berufliche Gymnasium in die Übergangsquote ein.

Außer in Sachsen kann man mit Bestehen der elften Klasse den schulischen Teil der Fachhochschulreife erreichen. Aus diesem Grund verlassen manche Schülerinnen und Schüler strategisch nach der elften Klasse das Gymnasium. In der kreisfreien Stadt Halle (Saale), wo es eine große Vielfalt an Schularten gibt, wechseln ebenso viele Personen von der Sekundarschule ans Gymnasium wie von der Kooperativen oder der Integrierten Gesamtschule. Einige wenige gehen von der Gemeinschaftsschule oder der Freien Waldorfschule in die Sekundarstufe II über.

Die **Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen** (Abb. 27) liefert Aufschluss über das Potenzial an erworbenem Wissen, das der Region zur Verfügung steht, sowie über die Qualität des Bildungssystems (vgl. Brugger/Gawronski/Giar 2020, 124). Ziel des formalen Bildungssystems ist, dass die Schülerinnen und Schüler dieses mit



► **Lesehilfe zur Grafik:** Das Balkendiagramm stellt dar, aus welcher Herkunftsschule jene stammen, die die Sekundarstufe II (ab 11. Klasse) besuchen und wie hoch ihr Anteil ist. Nur in den Kommunen Sachsen-Anhalts werden in der Sekundarstufe II diejenigen statistisch erfasst, die die Sekundarstufe II auch an beruflichen Gymnasien besuchen.

Abb. 25: Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II – Anteil in der Sekundarstufe II nach Herkunftsschule (2020) (Quelle: Statistische Landesämter (SN/ST/TH))

einem Schulabschluss verlassen. Zwischen den drei betrachteten Bundesländern gibt es kleinere Unterschiede, was die Möglichkeiten des Erwerbs von Abschlüssen angeht (siehe Abb. 26).

Besonders ist die Individuelle Abschlussphase (IAP) in Thüringen, bei der man die neunte Klasse zum Erwerb des Hauptschulabschlusses in zwei Jahre aufteilen kann.

Den größten Anteil aller Schulabschlüsse bildeten die mittleren Abschlüsse. Dazu zählen die Real-schulabschlüsse, der schulische Teil der Fachschulreife und gleichwertige Bildungsabschlüsse. In den kreisfreien Städten lagen die Anteile der mittleren Abschlüsse im Jahr 2020 bei ca. 40 %, in den Landkreisen bei 50 %. Danach folgten anteilmäßig diejenigen mit allgemeiner Hochschulreife (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) und je nach Kommune entweder die Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Hauptschulabschluss. Auch Personen mit Abgangs- und Abschlusszeugnissen der Förderschule mit Schwerpunkt Lernen oder geistige Entwicklung werden statistisch zur Gruppe der Personen ohne Hauptschulabschluss gezählt. Im Vergleich zu 2010 wurden im Jahr 2020 deutlich mehr höhere Bildungsabschlüsse erzielt. Der Akademisierungstrend, der sich aufgrund des

gestiegenen Anteils höherer Bildungsabschlüsse vermuten lässt, sei laut den Teilnehmenden des Kennzahlenvergleichs in den Landkreisen noch nicht spürbar. Das Anforderungsniveau für höhere Bildungsabschlüsse sei ihrer Aussage nach nicht gesunken, stattdessen seien die Lehrpläne sogar umfangreicher geworden.

Da der mittlere Bildungsabschluss oftmals die Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung ist, zeigt der hohe Anteil an Absolventinnen und Absolventen mit mittlerem Bildungsabschluss, dass gute Voraussetzungen zur Gewinnung von Nachwuchskräften im Revier vorherrschen. Allerdings besteht dennoch ein hoher Anteil an unbesetzten Ausbildungsstellen. Daher liegt der Schluss nahe, dass andere Ursachen ausschlaggebend für unbesetzte Ausbildungsstellen sind, wie beispielsweise das Matching am Ausbildungsmarkt.

Der Anteil von Personen ohne Abschluss ist über den Betrachtungszeitraum von 2010 bis 2020 gesunken. Einen zwischenzeitlichen Anstieg an dieser Personengruppe gab es nach dem Jahr 2016. Dies könnte an den im Kontext von Flucht und Migration neu zugewanderten Personen liegen. Aufgrund der Schulpflicht wurden diese direkt in das Schulsystem integriert, wo sie wegen

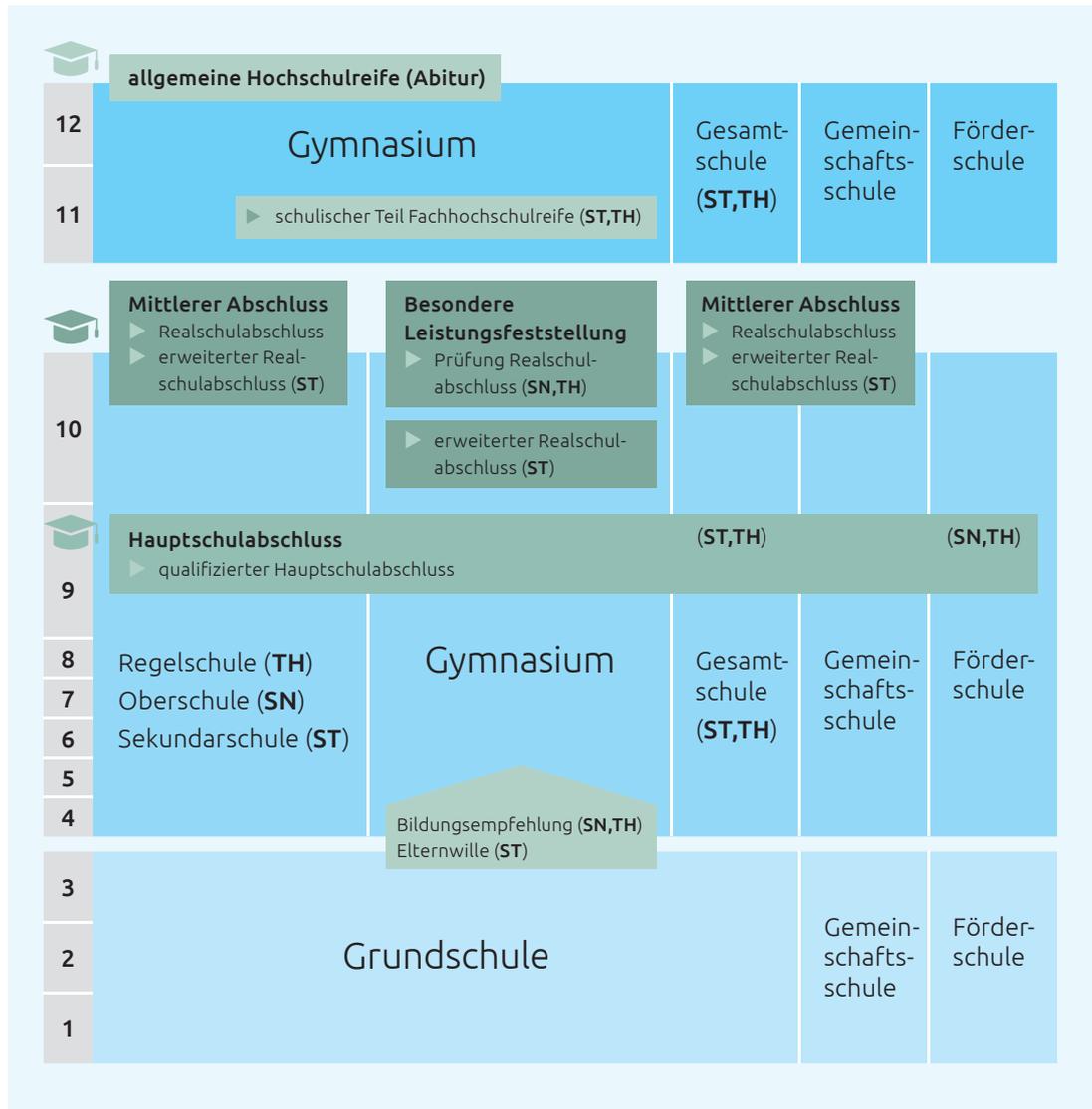


Abb. 26: Übersicht der Schularten und Schulabschlüsse (Quelle: eigene Darstellung BISMit)

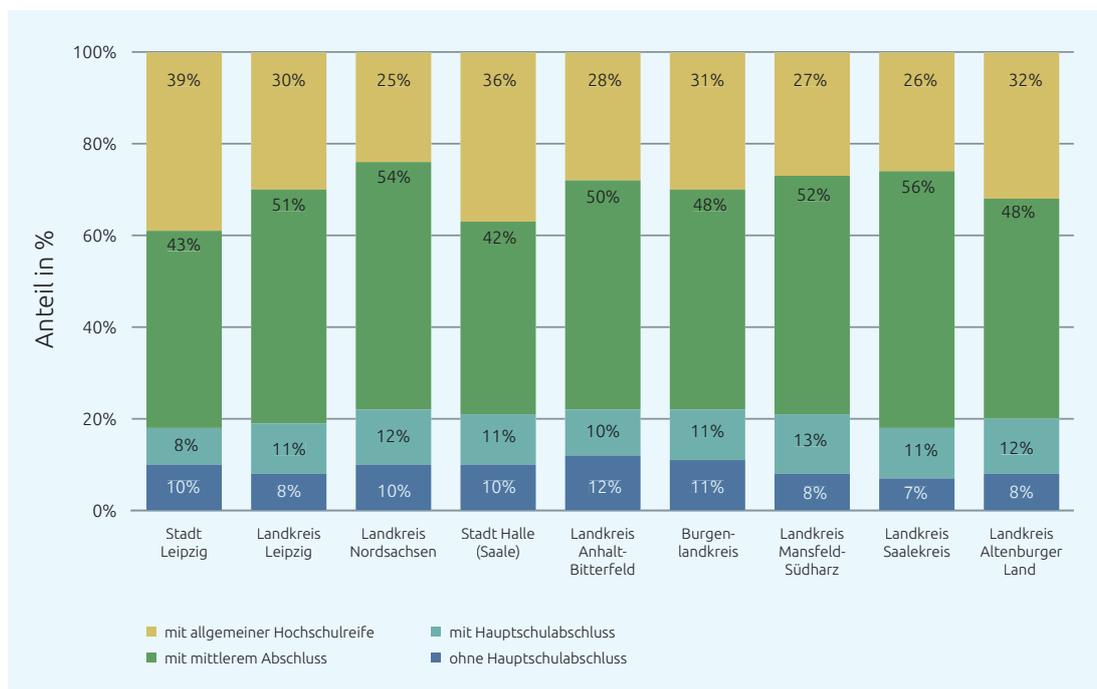


Abb. 27: Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen (2020) (Quellen: Statistische Landesämter (SN/ST), Kommunale Bildungsdatenbank)

großer Sprachschwierigkeiten in den folgenden Jahren teilweise ohne Abschluss von der Schule gegangen sind.

In der Diskussion über Schulabschlüsse berichteten die Teilnehmenden, dass Sachsen-Anhalt im nationalen Vergleich den höchsten Anteil an Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Schulabschluss vorweist. Ein Grund hierfür ist die höhere Zahl an Förderschulen, insbesondere Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. In Sachsen und Thüringen besteht die Möglichkeit, an diesen Förderschulen einen anerkannten Schulabschluss zu erreichen. In Sachsen-Anhalt benötigt es zum Erwerb des Hauptschulabschlusses einen Schulortwechsel in die neunte Klasse einer Sekundar-, Gemeinschafts- oder Gesamtschule. Dass Personen an Förderschulen keinen anerkannten Schulabschluss erhalten, führt zu einer strukturellen Benachteiligung in Sachsen-Anhalt. Personen ohne Schulabschluss haben weniger gute Ausgangschancen für den Berufseinstieg. Im Zuge der Fachkräftesicherung wird die Aktivierung und Förderung der Gruppe der Förderschülerinnen und Förderschüler wichtiger. Darauf weist auch die Studie der IRMD „Fachkräfteentwicklung 2025+“ hin (vgl. Innovationsregion Mitteldeutschland 1 2021, 7).

Bei einer Betrachtung nach Herkunftsschule innerhalb der Kommunen können gezielte Maßnahmen entwickelt werden, um der Zahl der tatsächlichen Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher entgegenzuwirken. Meist sind multiple Problemlagen Ursache für den Schulabbruch. Dem geht oft eine Phase von Schulabsentismus voraus. Im Landkreis Mansfeld-Südharz hat man flächendeckend Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingesetzt,²⁷ um die Zahl an Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern erfolgreich zu verringern. Seitdem verzeichnet der Landkreis eine sinkende Zahl an Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss.

Ein weiterer Bildungsübergang von der Ausbildung in die Berufswelt erfolgt nach der Hochschulausbildung. Die **Anzahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen** – von Universitäten und Fachhochschulen – (Abb. 28) gibt einen Überblick darüber, wie viele Studierende ihr Hochschulstudium erfolgreich abschließen, in welchen Fächergruppen sowie über ihre

Geschlechterverteilung. Damit erhalten Kommunen eine Übersicht darüber, wie groß die Zahl der akademischen Fachkräfte ist, auf die Betriebe der Region verschiedener Branchen zurückgreifen können. Die Zuordnung von Studienfächern zu Fachbereichen der nationalen Hochschulstatistik befindet sich stetig im Wandel. Die letzte größere Änderung fand zum Wintersemester 2015/16 statt. Sie beinhaltete teilweise Veränderungen der Titel der Studienfächer sowie Veränderungen bei der Zuordnung zu Fachbereichen. Eine gesunkene Anzahl an Studierenden in bestimmten Fachbereichen bedeutet also nicht automatisch, dass es weniger Absolventinnen und Absolventen in einzelnen Studiengängen gibt, sondern kann auch ein Hinweis auf eine Neusortierung von größeren Studiengängen, wie beispielsweise Erziehungswissenschaften, Psychologie oder Informatik, sein. Für die Interpretation der Daten ist hervorzuheben, dass in diesem Zusammenhang einige Studienfächer der vormals Geisteswissenschaften ab dem Wintersemester 2015/16 dem Fachbereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zugeordnet wurden. Genauere Informationen dazu lassen sich beim Bundesamt für Statistik²⁸ einholen.

Die Erfassung der Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Alumni) im Mitteldeutschen Revier erfolgt nur in den Revierkommunen, welche auch eine Hochschule beheimaten. In den Städten Leipzig und Halle (Saale) gibt es Universitäten sowie weitere Hochschulen. In Landkreis Anhalt-Bitterfeld befindet sich in Bernburg ein Standort der Hochschule Anhalt und im Saalekreis existiert die Hochschule Merseburg, beides Fachhochschulen. Aufgrund des vielfältigeren Studienangebots in den kreisfreien Städten ist deren Zahl der Alumni deutlich höher als in den Landkreisen. Die meisten Alumni gab es in Halle (Saale) und Leipzig im Fachbereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. In Leipzig gab es zudem eine große Zahl an Alumni in den Ingenieur- und Geisteswissenschaften. Der überwiegende Anteil der Alumni der städtischen Hochschulen ist weiblich. In den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld und dem Saalekreis studieren etwas mehr Männer. Hier ist ein Zusammen-

27) https://www.schulerfolg-sichern.de/fileadmin/user_upload/schulerfolg-sichern/PublicContent/Regionale_Netzwerkstellen/Mansfeld-Suedharz/20210715_ProjektsammlungMSH.pdf

28) <https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Bildung/studenten-pruefungsstatistik.html>

hang mit den dort angebotenen Studiengängen zu erkennen. Auch im Jahr 2020 gibt es weiterhin eine geschlechterspezifische Studienfachwahl. Frauen erwerben besonders häufig Abschlüsse in Studiengängen der Fachbereiche Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (vor 2016 in Geisteswissenschaften), wohingegen die meisten Männer Abschlüsse in den Ingenieurwissenschaften erzielen. Vier von fünf der Studienabsolventinnen und Studienabsolventen der Ingenieurwissenschaften in der Stadt Leipzig sind Männer. Die zweitmeisten Abschlüsse erzielen Männer in den Geisteswissenschaften.

Hochschulstandorte erhalten durch Zuzüge einen Bevölkerungszuwachs und profitieren von gut ausgebildeten Fachkräften für den lokalen Arbeitsmarkt. Die Studierenden werden laut Aussage der

Kommunen häufig bereits im Studium von Recruiterinnen und Recruitern anderer Regionen, die höhere Löhne bieten können, abgeworben. Das führt zu unbesetzten Stellen im Mitteldeutschen Revier. So berichteten Teilnehmende des Kennzahlenvergleichs beispielsweise von vielen unbesetzten Stellen in Ingenieursberufen im Landkreis Leipzig. Daher ist es wichtig, bereits während des Studiums Verbindungen zwischen lokalen Betrieben und Studierenden aufzubauen. Vor allem gut ausgebildete Frauen können im Mitteldeutschen Revier für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Diese sind in vermeintlichen Männerberufen weiterhin unterrepräsentiert. Bereits in der Schule könnten Schülerinnen durch die Förderung in MINT-Fächern oder mithilfe passender Berufsorientierungsangebote in technischen oder naturwissenschaftlichen Berufen begeistert werden.

3.4 Bildungschancen

Chancengleichheit bezogen auf Bildung ist besonders wichtig, da Bildung sich auf den sozioökonomischen Status von Menschen auswirkt und damit die individuellen Zukunftschancen beeinflussen kann. In Deutschland ist im Artikel 14 des Grundgesetzes das Recht auf Bildung verankert. Jedoch zeigen Studien der vergangenen Jahre (u. a. PISA, IGLU, IQB), dass Bildungsteilhabe und der Zugang zu Bildung stark von der sozioökonomischen Herkunft eines Menschen beeinflusst werden und so die Teilhabe- und Zugangschancen ungleich verteilt und ungleich gegeben sind. Chancengleichheit bedeutet, dass alle Menschen die gleichen Zugangsvoraussetzungen zu Bildung und zur Bildungsteilhabe erhalten – unabhängig von der sozioökonomischen Herkunft.

Relevante Kennzahlen, die Indikatoren für Chancengleichheit sein können, sollten bestenfalls über alle Bildungsphasen hinweg betrachtet werden. Über den Verlauf der Bildungsbiografie können wichtige Stellschrauben erkannt und Steuerungsmöglichkeiten für Chancengleichheit eruiert werden, die dazu beitragen, den Bildungserfolg unabhängig von der sozialen Herkunft zu fördern. Bildungserfolg – das Erreichen von Bildungs- oder Berufsabschlüssen – ist eine Grundlage für die Fachkräftesicherung und damit für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region.

Eine Kennzahl, die in einer vergleichsweise frühen Bildungsetappe Aufschluss über gelingende Bildungsverläufe geben kann, ist die **Anzahl der Klassenwiederholungen**. Klassenwiederholungen werden im Allgemeinen problematisiert. Eine hohe Anzahl von Klassenwiederholungen lässt unter Umständen darauf schließen, dass die Qualität bestimmter Bildungszweige mangelhaft ist. Individuelle multiple Problemlagen, die teilweise nichts mit Schule direkt zu tun haben müssen, können auch zu Klassenwiederholungen führen. Die Zahl der Klassenwiederholungen kann daher unter anderem auch als sozialräumlicher Indikator für das Bildungsniveau der Bevölkerung herangezogen werden.

Zwei Gründe sind entscheidend, weshalb eine Klasse wiederholt wird: Entweder werden Schülerinnen und Schüler nicht versetzt, weil sie das festgelegte Bildungsziel der Klassenstufe nicht erreichen oder sie entscheiden sich für eine freiwillige Wiederholung des Schuljahres. Das Ziel von Klassenwiederholungen ist es, dass die Bildungsvoraussetzungen der betroffenen Personen verbessert werden und ihre Leistungen der jeweiligen Schulform und Klassenstufe entsprechen. Während des Kennzahlenvergleichs wurde in diesem Zusammenhang angebracht, dass Schülerinnen und Schüler höherer Klassenstufen an den Gym-

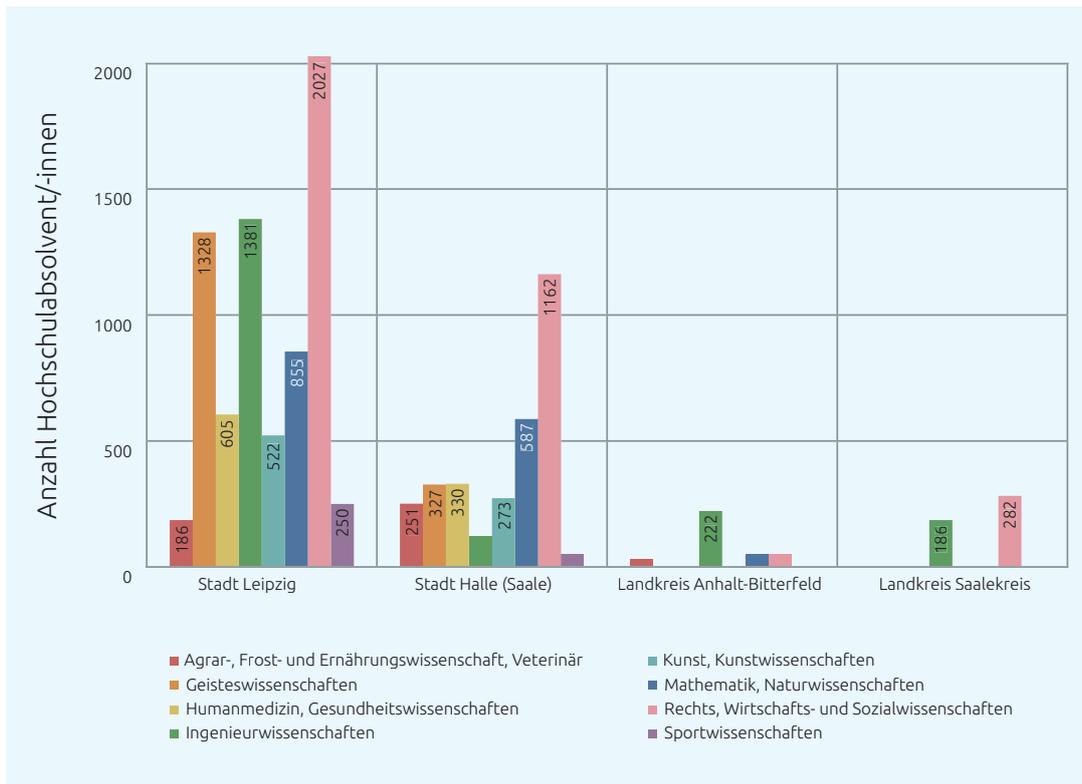


Abb. 28: Anzahl der Hochschulabsolventinnen/-absolventen nach Fachbereich (2020)²⁹ (Quelle: Kommunale Bildungsdatenbank)

nasien teilweise strategisch eine Klassenstufe wiederholen, um beispielsweise einen bestimmten Notendurchschnitt im Abitur für einen Studienplatz zu erreichen.

Die absolute Anzahl der Klassenwiederholungen ist in bevölkerungsreichen Kommunen größer, was sich durch die größere Zahl der Schülerschaft erklären lässt. So gibt es in der Stadt Leipzig, der bevölkerungsreichsten Kommune des Mitteldeutschen Reviers, die meisten Wiederholungen.

Die Anzahl der Klassenwiederholungen stieg in den Jahren 2016 und 2017 stark an. Im Kennzahlenvergleich wurde ein Zusammenhang zur großen Zahl an Schülerinnen und Schülern hergestellt, die ab dem Jahr 2015 nach Flucht und Migration in deutsche Klassen kamen und der Schulpflicht unterlagen. Viele dieser Schülerinnen und Schüler hatten vermutlich Probleme, dem Unterricht aufgrund von Sprachschwierigkeiten zu folgen und mussten die Klasse wiederholen.

Während der Corona-Pandemie im Jahr 2020 gingen die Klassenwiederholungen tatsächlich zurück. Die Schulschließungen hatten Auswirkungen auf die reguläre Leistungsfeststellung. Zum Teil führte dies zu einem kulanteren Umgang bei

Klassenwiederholungen. Zudem durften Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis die jeweilige Klassenstufe wiederholen, ein Angebot, das kaum in Anspruch genommen wurde.

Mit der Kennzahl der **Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss** (Abb. 29) wird ein sozialräumlicher Überblick zum Bildungsniveau der Bevölkerung ermöglicht. In der Stadt Halle (Saale) nutzt man diese Kennzahl in der Sozialplanung. Die Erhebung erfolgt neben vielen anderen Items im Rahmen der alle zwei bis fünf Jahre stattfindenden Einwohnerumfrage der Stadt Halle (Saale).

Die Kennzahl zur Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss basiert auf Daten des Mikrozensus. Der Mikrozensus arbeitet mit Stichprobenbefragungen. Die Ergebnisse der Befragungen werden dann auf die Bevölkerung hochgerechnet. Die Zahlen bilden somit nicht die Wirklichkeit ab, sondern sind eine Annäherung an diese. Da sich die Fragebögen zur Erhebung in den letzten zehn Jahren häufig änderten,

²⁹⁾ Landkreis Leipzig, Landkreis Nordsachsen, Landkreis Mansfeld-Südharz, der Burgenlandkreis sowie der Landkreis Altenburger Land sind in der Grafik nicht dargestellt, da sie keine Hochschulstandorte haben.

liegen in vergleichbarer Form nur die Jahre 2016 bis 2019 vor. Im Jahr 2020 kamen noch weitere aussagekräftige Merkmalsausprägungen hinzu, über die zuvor keine Aussage getroffen werden konnten: „Noch in schulischer Ausbildung“ sowie „Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss“. Zukünftig werden Mikrozensusdaten also einen noch besseren Überblick über die Verteilung der Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss geben.

In den betrachteten vier Jahren geht der Anteil von Personen mit Haupt-/ (Volks-) Schulabschluss in allen Kommunen, bis auf den Burgenlandkreis, leicht zurück oder bleibt annähernd gleich. Es muss beachtet werden, dass es sich gerade in den Landkreisen nur um sehr geringe – hochgerechnete und daher nicht komplett verlässliche – Zahlen handelt. In den Landkreisen leben mehr Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss, wobei dazu die Personen mit Realschulabschluss und die mit einem Abschluss der Polytechnischen Oberschule der DDR zählen. Letzterer ist mit dem heutigen Realschulabschluss gleichzusetzen. In den Städten leben hingegen mehr Personen mit höheren Bildungsabschlüssen. Dabei sind die Anteile von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen in den

Städten teilweise doppelt so groß wie in den Landkreisen. Für das Mitteldeutsche Revier bedeutet es, dass Menschen mit höherem Bildungsabschluss bevorzugt in Städten leben und sich dort zunehmend das Bildungsniveau der Bevölkerung erhöht. Dies kann unter anderem ein Standortfaktor sein, der Unternehmensansiedlungen in urbanen Räumen begünstigt. Höhere Wohnkosten, der Mangel an Wohnraum generell sowie die Vorstellung von einer besseren Lebensqualität auf dem Land macht Landkreise in Stadtnähe interessant. Spürbar ist dies nach Aussagen der Teilnehmenden des Kennzahlenvergleichs in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Saalekreis. Gute Infrastrukturanbindungen können sich in diesem Zusammenhang auch positiv auf die anderen Landkreise des Mitteldeutschen Reviers auswirken und den Zuzug von Menschen mit höherem Bildungsabschluss begünstigen.

Auch nach dem Erreichen eines Schul- oder Berufsabschlusses können sich Bürgerinnen und Bürger weiterqualifizieren, um damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern oder ihre Interessen und Fähigkeiten zu erweitern. Die Volkshochschulen (VHS) sind die zentrale Bildungseinrichtung der Erwachsenenbildung in den Kommunen.

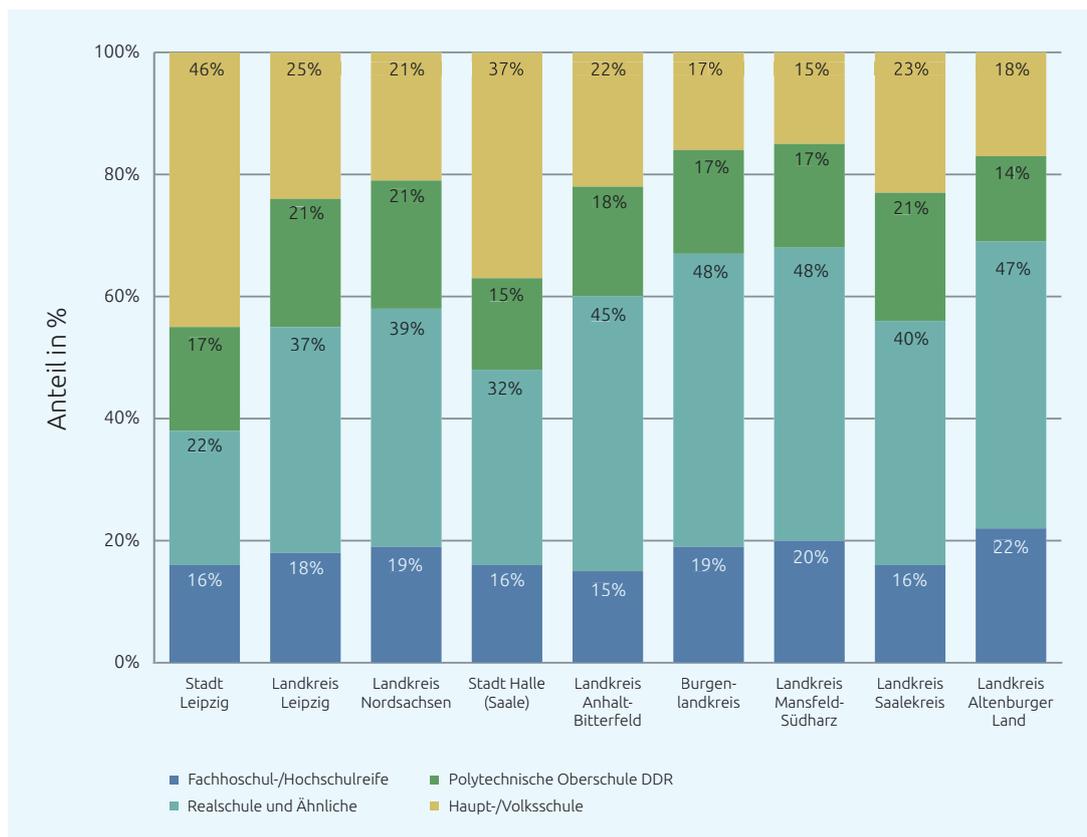


Abb. 29:
Verteilung der Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss (2019)
(Quelle: Statistische Landesämter (SN/ST/TH))

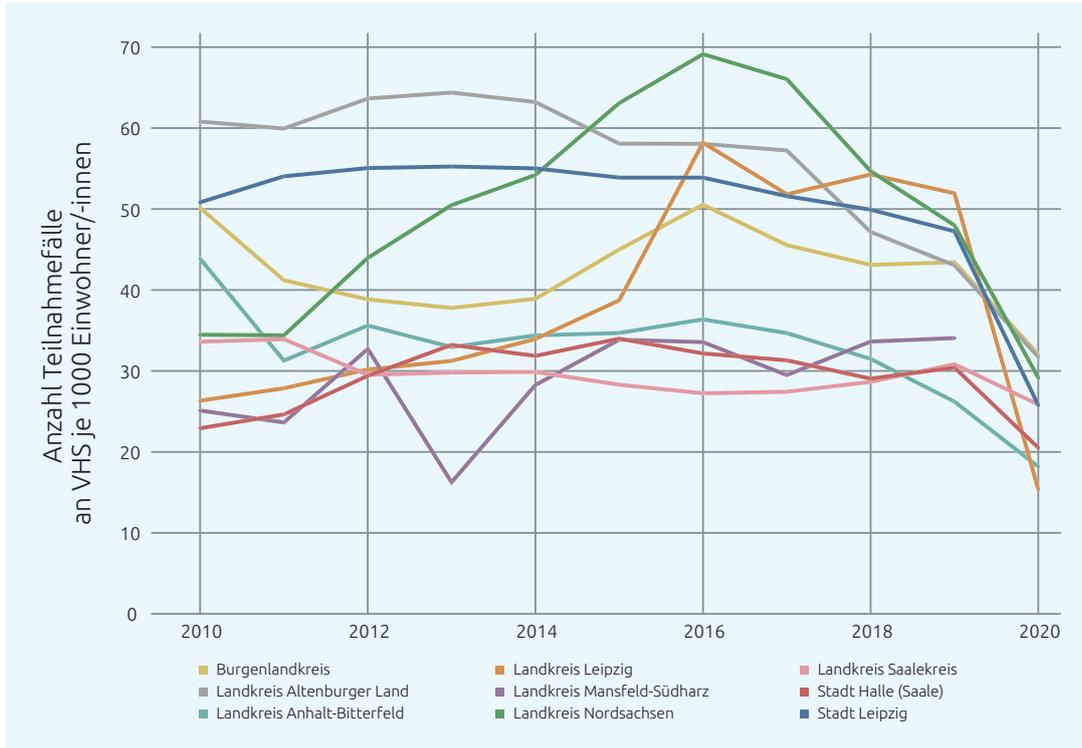


Abb. 30: Zahl der Teilnahmefälle an Volkshochschulen je 1.000 Einwohner/-innen (2010–2020) (Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

Sie tragen damit ihren Teil zu einem breit gefächerten Bildungsangebot bei. Dabei werden Kurse aus verschiedenen Themengebieten angeboten. Darunter befinden sich Kurse zu den Themen: Grundbildung, Schulabschlüsse, Qualifikationen, Sprachen, Gesundheit, Kultur und Gestalten sowie Politik, Gesellschaft und Umwelt.

Die Zahl der **Teilnahmefälle an Volkshochschulen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern**³⁰ (Abb. 30) lässt Rückschlüsse auf die Reichweite der VHS in den jeweiligen Kommunen zu. Um ungefähre Vergleichsgrößen zu nennen: Die Teilnahmequote an Volkshochschulen ist im bundesweiten Vergleich mit 11,3 % an der Bevölkerung am größten in Baden-Württemberg und 11,2 % in Bayern. In Thüringen liegt sie bei 4,7 %, die höchste Quote aller ostdeutschen Bundesländer.³¹ Das zeigt, dass die Bildungsbeteiligung an Volkshochschulen in ostdeutschen Bundesländern im Schnitt weitaus geringer sind, als im beispielsweise in Süddeutschland. Die vorliegende Kennzahl misst nicht den Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern, sondern die Teilnahmen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

In allen Kommunen des Mitteldeutschen Reviers gingen die Teilnahmefälle je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2020 gegenüber den

Vorjahren stark zurück – in der Stadt Leipzig und in Nordsachsen halbierten sich die Zahlen, in anderen blieben 2020 weniger als ein Drittel der Teilnahmefälle gegenüber dem Jahr 2010 übrig, wie im Landkreis Leipzig. In der Stadt Halle (Saale) sowie im Burgenlandkreis sanken die Teilnahmefälle nur um ein Drittel. Gründe für die sinkenden Teilnahmefälle sind die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen. Während dieser Zeit durften in den VHS keine Präsenzkurse stattfinden. Aus diesem Grund sanken die Teilnehmerzahlen drastisch. In manchen Kommunen, wie beispielsweise in der Stadt Halle (Saale), wurde an einem Online-Angebot gearbeitet, welches dem Sinken der Teilnehmerzahlen entgegenwirkte. Darüber hinaus trugen die Online-Kurse dazu bei, dass einige der Dozierenden trotz der geschlossenen VHS weiter beschäftigt werden konnten. Nach Lockerung der Kontakteinschränkungen kehrten viele Dozierende nicht mehr an die VHS zurück. Mitunter führte dies zu einem noch anhaltenden Mangel an Dozierenden, der Städte und Landkreise gleichermaßen betrifft.

30) Die vorliegenden Daten stammen vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Für das Jahr 2020 sind dort leider keine Zahlen für den Landkreis Mansfeld-Südharz erhältlich, daher beschränkt sich die Betrachtung für Mansfeld-Südharz auf das Jahr 2019.

31) <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61675/volkshochschulen-vhs/>

Einige der Kommunen konnten aufgrund fehlender Ressourcen keine Online-Kurse während der Pandemie und darüber hinaus bereitstellen, da die nötigen Ressourcen, technisch und personell, nicht vorhanden waren. Online-Kurse sind langfristig ein gutes Mittel, da ein neuer Teilnehmendenkreis erschlossen werden kann, auch über kommunale Grenzen hinweg. Zudem können Ressourcen eingespart werden. Volkshochschulen

sind angehalten, ressourceneffizient und wirtschaftlich zu agieren. Eine hohe Zahl Teilnehmer der gewährleistet Einnahmen durch Kursbeiträge. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist die VHS hingegen viel mehr als nur Weiterbildung, sie ist ebenfalls ein Begegnungsort. Aus diesem Grund sollten – neben der Entwicklung hybrider Formate – Kurse in Präsenz weiterhin fester Bestandteil der Volkshochschulen bleiben.

3.5 Daseinsvorsorge

Arbeitsplätze sind nicht alleinig ausschlaggebend, um potenzielle Fachkräfte in einer Region zu halten und neue anzuziehen. Darüber hinaus müssen attraktive Lebensbedingungen für Einzelpersonen und Familien gewährleistet werden. Eine gute kommunale Daseinsvorsorge beinhaltet ein stabiles Netz an öffentlichen Dienstleistungen. Dazu gehören beispielsweise Kitaplätze, Ganztagsangebote, wohnortnahe Schulangebote, ein vielseitiges Angebot an Volkshochschulen, gute ÖPNV-Anbindung und vieles mehr.

Ein gutes Angebot an Kitaplätzen kann dazu beitragen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen, die häufiger und länger Elternzeit nehmen als Männer, erleichtert wird.³² Damit beide Elternteile erwerbstätig sein können, braucht es eine Kindertagesbetreuung in guter Reichweite und Betreuungszeiten, die mit der Arbeitszeit vereinbar sind. Diese Faktoren begünstigen es ebenfalls, dass alleinerziehende Elternteile Familie und Beruf vereinen können. Neben Familienfreundlichkeit trägt die Kindertagesbetreuung dazu bei, dass Kinder auf das Lernen in der Schule vorbereitet werden.

Um ein ganzheitliches Bild der Kindertagesbetreuung zu erhalten, sollten Kommunen zusätzlich zur Betreuungsquote den Betreuungsbedarf hinzu-

32) <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/elternzeit.html>

33) In Sachsen-Anhalt besteht der Betreuungsanspruch ab der Geburt (3 KiFöG LSA).

Bundesland	AG 0–3	AG 3–6	AG 6–14
Sachsen	Unter Einjährige Anspruch auf Platz in Kita unter bestimmten Bedingungen	Ab vollendetem dritten Lebensjahr bis Schuleintritt Anspruch auf Förderung in Kita (§ 24 Abs. 3 SGB VIII, seit 1996)	Ab Schuleintritt bis Vollendung der vierten Klasse Anspruch auf Betreuung (§ 1, Abs. 4, Sächsisches Gesetz Kitas)
Sachsen-Anhalt ³³	Nach Vollendung des ersten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung (§ 24 Abs. 2 SGB VIII, seit 1.8.13)		Ab Schuleintritt bis Alter von 14 Jahren Anspruch auf Betreuung (§ 3, Abs. 1, KiFöG)
Thüringen			Ab Schuleintritt bis Vollendung der vierten Klasse Anspruch auf Betreuung (§ 2, Abs. 2 ThürKitaG)

Abb. 31:
Übersicht des rechtlichen Betreuungsanspruchs der Kindertagesbetreuung
(Quelle: eigene Darstellung BiSMit)

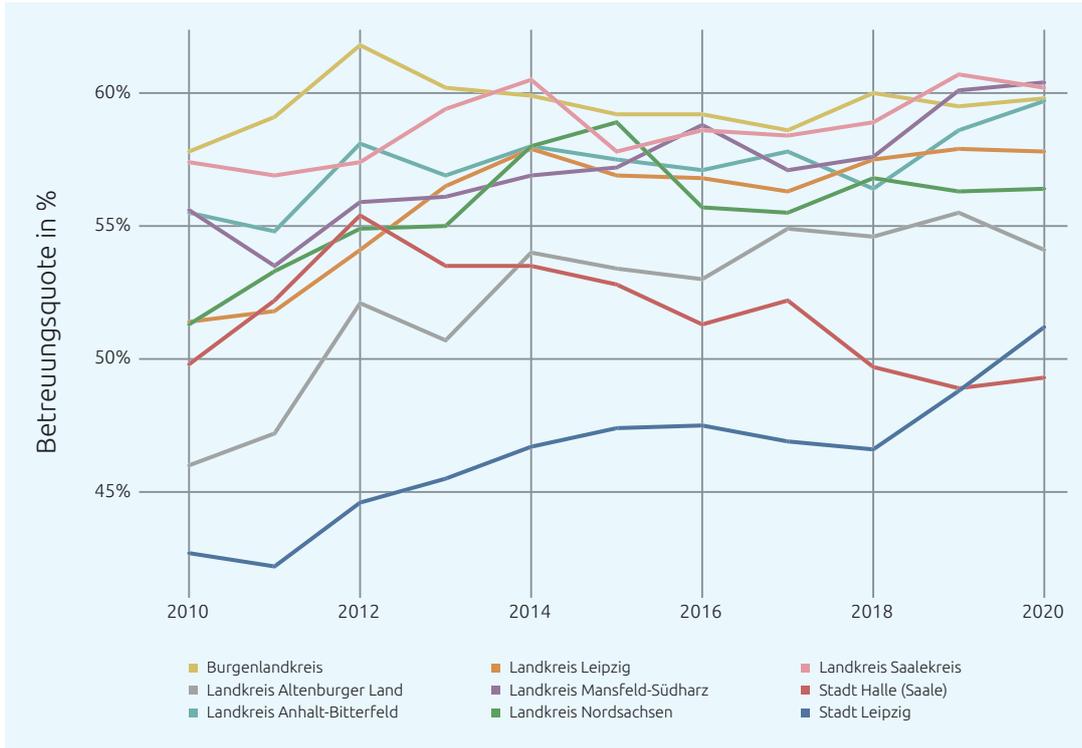


Abb. 32: Betreuungquote der Kindertagesbetreuung 0- bis unter 3-Jährigen (2010–2020) (Quelle: Kommunale Bildungsdatenbank)

ziehen. Damit lässt sich die Betreuungslücke berechnen, die aufzeigt, ob das Betreuungsangebot ausreichend ist.

Welche Altersgruppen Anspruch auf eine gesetzlich festgelegte Kindertagesbetreuung haben, unterliegt den jeweiligen Landesgesetzen. Für die verschiedenen Altersgruppen gibt es Rechtsansprüche auf Betreuungsangebote. In allen drei Bundesländern gelten diese beispielsweise für die Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren (siehe Abb. 31).

Da der berufliche Wiedereinstieg der Elternteile, insbesondere Frauen betreffend, nach der Geburt des Kindes besonders relevant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, liegt der Fokus in der Analyse auf der **Betreuungsquote der 0- bis unter 3-Jährigen** (Abb. 32). Die Betreuungquote berechnet sich aus der Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung oder Tagespflege, die zur gesamten Anzahl der Kinder im jeweiligen Alter ins Verhältnis gesetzt werden. Die niedrigste Betreuungquote gab es in der Stadt Leipzig – mit einem Tiefpunkt im Jahr 2011 bei 42,2 % – und der Stadt Halle (Saale) sowie dem Landkreis Altenburger Land. Im Altenburger Land stieg die Betreuungquote kontinuierlich an, in Halle (Saale) sank sie ab dem Jahr 2012. Die Betreuungs-

quote in der Stadt Leipzig erhöhte sich ab dem Jahr 2011, dennoch ist sie in Leipzig im Verhältnis zu den anderen Revierkommunen in jedem Jahr, außer 2020, am niedrigsten.³⁴

Im Jahr 2020 ist die Betreuungquote der 0- bis unter 3-Jährigen nur in der Stadt Halle (Saale) niedriger. Mit einer Betreuungquote von 49,3 % ist somit nur jedes zweite Kind in dieser Altersgruppe betreut. Da nur die Betreuungquote vorliegt, kann nicht abschließend geklärt werden, ob das Angebot in den Städten des Reviers vergleichsweise so gering ist oder ob Eltern ihre Kinder bevorzugt selbst betreuen. In diesem Zusammenhang kann der Wert der Betreuungslücke Aufschluss geben.

Die höchsten Betreuungsraten gab es zwischen 2010 bis 2020 in den Landkreisen Burgenlandkreis und Saalekreis mit Werten von 61,8 % im Jahr 2012 im Burgenlandkreis und 60,7 % im Jahr 2019 im Saalekreis. Die Betreuungsraten der 0- bis

³⁴ In der Stadt Leipzig wendet man die Betrachtung der Betreuungsraten nach Altersjahren an. Dadurch wurde erkennbar, dass nur ein geringer Anteil (weniger als 5 %) der unter 1-jährigen Kinder betreut werden. Der Betreuungsanteil der 1- bis unter 3-jährigen Kinder liegt hingegen deutlich über 80 %. Eine weitere Erklärung für die niedrigere Betreuungsraten könnte der vergleichsweise hohe Anteil nicht deutscher Familien sein, die ihre Kinder meist selbst betreuen, insbesondere in den ersten Lebensjahren des Kindes.

unter 3-Jährigen ist im Vergleich zur Betreuungsquote höherer Altersgruppen niedriger, da Eltern aufgrund der Elternzeit Kinder in den ersten drei Lebensjahren selbst betreuen. Von den Teilnehmenden wurde in der Diskussion angemerkt, dass die Betrachtung der Betreuungsquote der 0- bis unter 3-Jährigen aufgeschlüsselt nach Altersjahren noch erkenntnisreicher für die kommunale Planung wäre.³⁵

Ein gutes kommunales Betreuungsangebot kann nur durch genügend Betreuungskräfte gewährleistet werden. Hohe Betreuungsquoten allein sind nicht ausreichend für ein gutes Angebot der Daseinsvorsorge, auch die Betreuungsqualität ist entscheidend. Eine quantitative Größe, die hier Aufschluss geben könnte, ist der Betreuungsschlüssel, der über die jeweiligen Landesgesetze bestimmt wird. Ebenso relevant könnten Daten zum Krankenstand des Personals sein, um eine optimale und sichere Planung der Ressourcen in den Kommunen vornehmen zu können, vor allem

bei Langzeiterkrankungen. Teilnehmende des Kennzahlenvergleichs berichteten von Kitaschließungen im Winter 2022 aufgrund von Personalausfall. Die anfallende Betreuung durch die Eltern kann zum Arbeitsausfall führen. Dieser wirkt sich wiederum auf die wirtschaftliche Produktivität aus. Eine stabile Wirtschaft braucht demnach ein stabiles Betreuungsangebot. In Sachsen-Anhalt wurde 2022 eine Befragung des Landes zum Thema Ausfallstunden in Kitas durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass der Anteil von Ausfallstunden von früher 7 % auf 12 % angestiegen ist. Auch die Zahl der Langzeitkranken Erzieherinnen und Erzieher ist gestiegen.

Zudem steigen durch Inflation sowie Lohnanpassungen die Kosten in der Betreuung von Kindertageseinrichtungen. Diese müssen teilweise durch höhere Monatsbeiträge der Eltern kompensiert werden. Zukünftig könnte es für einige Eltern zu einer noch stärkeren Geldfrage werden, wie lange sie ihr Kind in eine Kindertagesbetreuung schicken können. Dadurch würden in letzter Konsequenz Fachkräfte wegfallen, die ihr Kind selbst betreuen müssen oder aufgrund des Betreuungsangebots umziehen. Für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen würde damit der Zugang zu Bildung erschwert werden

35) Was die Planung von Kitas vereinfachen könnte, wäre eine frühzeitige Befragung der Eltern zum Betreuungsbedarf, wie es in der Stadt Dresden durchgeführt wird. Dort wurden Eltern gefragt, in welchem Zeitraum sie ihr Kind in eine Kindertagesbetreuung geben möchten. Darüber wird das Betreuungsangebot geplant, um wenig Betreuungslücken entstehen zu lassen.

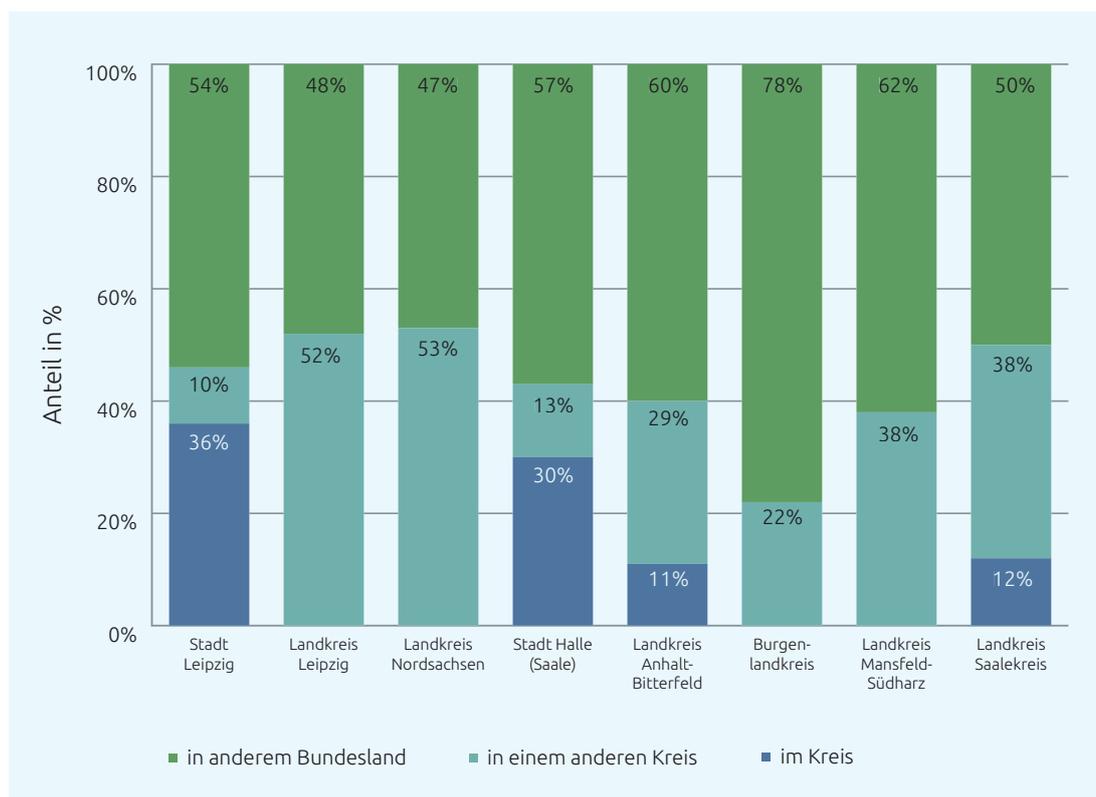


Abb. 33:
Anteil der Studierenden aus dem Kreisgebiet nach Studienort (2019)
(Quelle: Kommunale Bildungsdatenbank)

und könnte langfristig Auswirkungen auf ihren Bildungserfolg haben.³⁶

Auch ein wohnortnahes Studium sowie eine gute Anbindung zu Studienorten sind Teil der Daseinsvorsorge. Wenn Personen für ihr Studium aus der Region wegziehen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie auch ihren Berufseinstieg dort antreten (vgl. Brugger/Gawronski/Giar 2020, 156). Die Kennzahl **Studienort der Studierenden aus dem Kreisgebiet** (Abb. 33) kann einen Überblick darüber geben, ob wohnortnah studiert wird. Als Studierende gelten alle Personen, die für ein Hochschulstudium eingeschrieben sind, alle Semester einbezogen. Es wird erfasst, ob Studierende im Kreis, in einem anderen Kreis oder in einem anderen Bundesland studieren. Dabei ist nicht ihr Wohnort die Bezugsgröße, sondern der Ort ihrer Hochschulzugangsberechtigung (HZB). Eine Aussage über außerhalb von Deutschland studierende Personen kann hier nicht getroffen werden. Wichtig ist dabei, dass Studierende aus unterschiedlichen Gründen außerhalb des Kreises studieren. Einer der häufigsten dürfte sein, dass das Wunschstudienfach in der Region nicht angeboten wird. So hat die Universität Leipzig beispielsweise einen sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt und weniger Angebote für technische Studiengänge. Die Bestimmung des Studienangebots ist Ländersache, daher besitzen die Kommunen diesbezüglich keinerlei Steuerungsmöglichkeiten. Teilnehmende des Kennzahlenvergleich teilten mit, dass auch der NC einen Ausschlag dafür geben könnte, ob Personen im Kreis oder außerhalb studieren. An der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig beispielsweise benötigt man für das Studium der Sozialen Arbeit einen Notendurchschnitt von 1,0. An der Hochschule Merseburg liegt der NC für jenes Studienfach bei 2,2. In den Städten des Mitteldeutschen Reviers seien die Zugangsvoraussetzungen für viele Studiengänge generell höher als im Umland, was für die Attraktivität der Studienorte insgesamt spricht. Das könnten die Fachhochschulen im eher ländlichen Raum für sich nutzen.

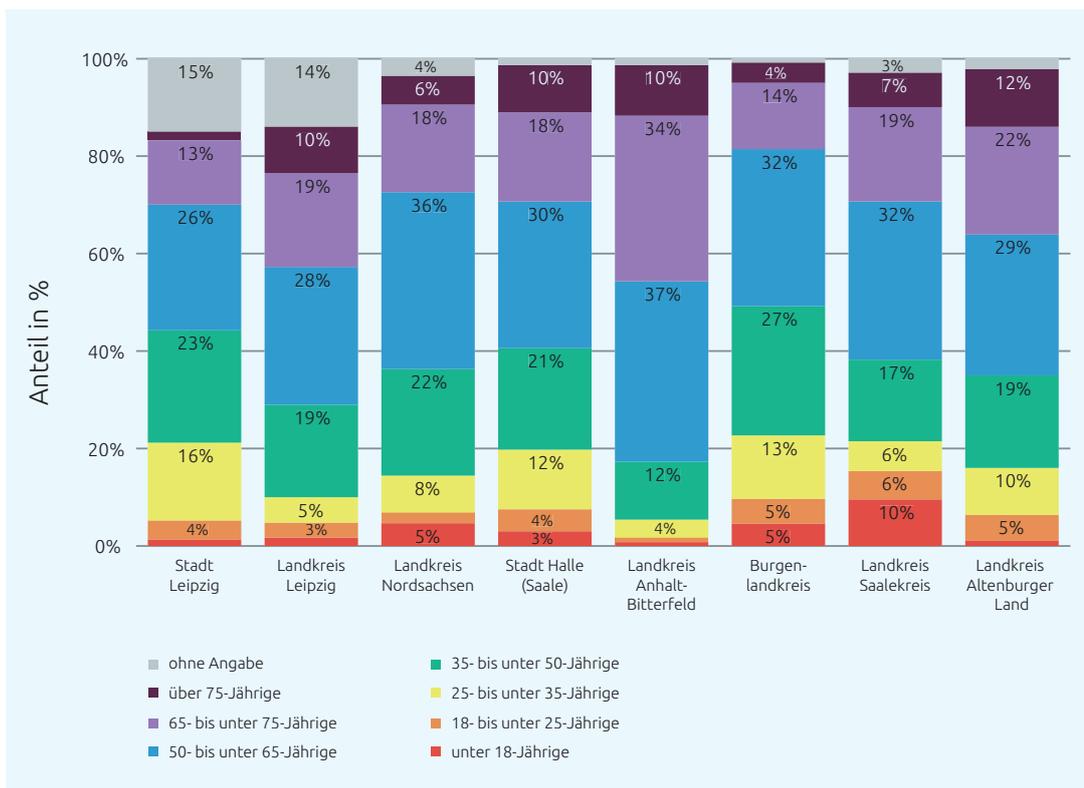
Ein großer Teil der Studierenden aus dem Kreisgebiet wählte den Studienort in einem anderen Bundesland. Besonders groß ist der Anteil jener Studierender im Burgenlandkreis und im Altenburger Land. Dies lässt sich mit der geografischen Lage der beiden Kommunen begründen. Sie ha-

ben selbst keine eigene Hochschule, aber liegen dicht an den Universitätsstädten Jena, Leipzig und Halle (Saale). In den sächsischen Landkreisen entschieden sich noch mehr als die Hälfte der Studierenden aus dem Kreisgebiet, im Freistaat Sachsen zu studieren. In den Städten verblieben im Jahr 2019 zirka ein Drittel der Studierenden aus dem Kreisgebiet, um ein Studium „zu Hause“ zu beginnen. In den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld und Saalekreis verbleiben im selben Jahr nur 13 % und 12 % der Studierenden aus dem Kreisgebiet. Dieser Unterschied lässt sich womöglich mit dem vielfältigeren Studienangebot in den Städten erklären sowie anderen Standortfaktoren einer Großstadt. Im betrachteten Zeitraum von 2010 bis 2020 gingen insgesamt in allen Kommunen die Anteile derer, die im Kreis oder in einem anderen Kreis studierten zurück. Die Anzahl derer, die zum Studieren nicht nur die Kommune, sondern auch das Bundesland verlassen, ist gestiegen.

Hochschulen des Mitteldeutschen Reviers können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die Abiturientinnen und Abiturienten der Region auch das Studienangebot der nächstgelegenen Hochschule wahrnehmen. Es ist wichtig, sich mit Kriterien auseinanderzusetzen, die die Attraktivität der Hochschulen, auch für ausländische Studierende, bestimmen. Studierende können beispielsweise unterstützt werden, indem eine gute ÖPNV-Anbindung von und zu den Hochschulen bereitgestellt wird. Im Saalekreis gibt es beispielsweise eine solche Hochschullinie mit barrierefreier Haltestelle an der Hochschule Merseburg.

Die Volkshochschulen, als kommunale Einrichtungen der Erwachsenenbildung, tragen mit ihrem Angebot ebenfalls zur Daseinsvorsorge bei. Die Volkshochschulen bieten mit dem Auftrag des lebenslangen Lernens ein großes Angebot an Kursen an, welche vorrangig von Erwachsenen genutzt werden. Dabei kann es für die Kommunen relevant sein, ihre Zielgruppe genauer zu kennen – nicht zuletzt, um die Nachfrage der Bildungsangebote einordnen zu können oder Bildungsangebo-

36) Für Familien unter einer bestimmten Einkommensgrenze besteht die Möglichkeit einer Beitragsbefreiung. Die Beitragssteigerungen treffen demnach vor allem Familien, die knapp über der Bemessungsgrenze liegen. Eine weitere finanzielle Erleichterung ist aktuell in Sachsen-Anhalt durch die sogenannte Geschwisterermäßigung gesetzlich im § 13 Abs. 4 KiFöG LSA verankert. Diese kommt entsprechend insbesondere Mehrkindfamilien (unabhängig vom Haushaltseinkommen) zugute.

**Abb. 34:**

Teilnahmequoten an Volkshochschulen nach Altersgruppen (2019)
(Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

te zielgruppenentsprechend zu gestalten. Eines der Ziele der VHS ist, Bildungsbenachteiligung abzubauen (vgl. Brugger/Gawronski/Giar 2020, 171). Durch eine Betrachtung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kann ermittelt werden, wer das Bildungsangebot in Anspruch nimmt und welche Zielgruppen weniger erreicht werden.

Bei den Teilnahmequoten an Volkshochschulen nach Geschlecht zeichnet sich ein eindeutiges Bild ab, über alle Betrachtungsjahre hinweg: In allen Revierkommunen nehmen vor allem Frauen VHS-Kurse wahr. Im Durchschnitt ist nur jede vierte Person in den Kursen männlich. Eine Ausnahme bildet hier die VHS in Mansfeld-Südharz. Seit dem Jahr 2015 lag der Anteil männlicher Teilnehmer bei über 40 %.

Betrachtet man die **Teilnahmequoten an den Volkshochschulen nach Altersgruppen** (Abb. 34), dann wird ein weiteres Merkmal der Teilnehmer-schaft sichtbar: Sie ist 50 Jahre und älter.

Den größten Anteil an Teilnehmerinnen und Teilnehmern³⁷ machten in den Kommunen die 50- bis unter 65-Jährigen Personen mit im Jahr 2019 zwischen 23 % und 38 % aus. Die Gruppe der 35- bis unter 50-Jährigen ist fast genauso stark vertreten. Innerhalb des Teilnehmendenkreises des Kennzahlenvergleichs wurde als mögliche Erklärung in Betracht gezogen, dass vor allem Frauen im Alter von über 35 Jahren an VHS-Kursen teilnehmen, um sich nach der Familienplanung weiterzuqualifizieren oder persönlich weiterzuentwickeln. Diese Zielgruppe kann an den VHS mit weiteren Kursen unterstützt werden.

Alle jüngeren Altersgruppen bis zum Alter der 35-Jährigen machen nur einen verhältnismäßig geringen Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus. Ihr aggregierter Teilnahmeanteil lag in den Revierkommunen im Betrachtungszeitraum von 2010 bis 2019 unter 30 %.³⁸ Die geringe Teilnahme dieser Altersgruppe, so wurde es aus kommunaler Perspektive gespiegelt, könnte damit begründet werden, dass sie die Bildungsangebote der VHS

37) Bezüglich der Altersgruppen muss vorangestellt werden, dass es im Jahr 2018 zu einer Revision in vielen der Datenerhebungen der VHS kam. Auch bei den Altersgruppen kam es zu kleinen Änderungen, welche die Vergleichbarkeit über die Jahre hinweg teilweise beeinflussen. So gab es vor dem Jahr 2018 die Altersgruppe „über 65-Jährige“. Diese wurde nach der Revision aufgeteilt in „65- bis unter 75-Jährige“ sowie „über 75-Jährige“.

38) Zum Jahr 2016 steigt der Anteil der unter 35-Jährigen. Das lässt sich mit einer Vielzahl junger Menschen erklären, die im Kontext von Flucht und Migration in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland kamen und an den VHS Sprachkurse besuchten (vgl. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265710/demografie-von-asylsuchenden-in-deutschland/>).

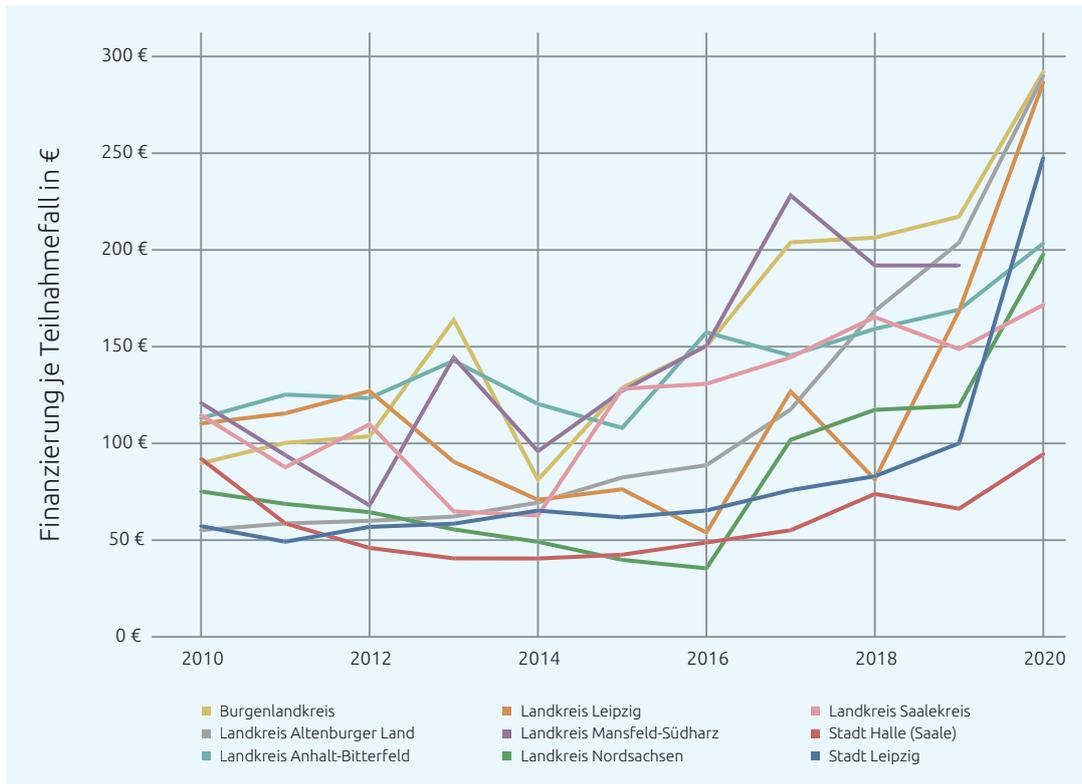


Abb. 35: Öffentliche Finanzierung insgesamt je Teilnahmefall an Volkshochschulen in Euro (2010–2020) (Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

entweder nicht kennen oder nicht ansprechend finden bzw. andere Angebote, wie beispielsweise Sprach- oder Sportkurse der Universitäten, wahrnehmen. Bildungsangebote für diese Zielgruppe können perspektivisch ausgebaut werden.

Volkshochschulen finanzieren sich zu einem großen Teil durch öffentliche Zuschüsse aus verschiedenen Quellen, wie beispielsweise durch Bundesmittel, durch das Land, Kreise und die Gemeinde. Die Kennzahl **Öffentlicher Zuschuss je Teilnahmefall an Volkshochschulen** (Abb. 35) gibt Anhaltspunkte für das Ausmaß der Wirtschaftlichkeit der VHS (vgl. Brugger/Gawronski/Giar 2020, 167). So steigen die kommunalen Investitionen beispielsweise bei sinkenden Teilnahmezahlen. Daher ist eine Analyse der Zielgruppen unabdingbar. Nicht nur das Ansprechen von bisher vernachlässigten Teilnehmerkreisen kann die Kosten senken, auch das Beibehalten eines guten Angebots oder dessen Erweiterung kann die Kosten für die Kommunen niedrig halten. Eine weitere Möglichkeit sind Online-Kurse, die beispielsweise die VHS Halle (Saale) anbietet. Online-Angebote halten die Kosten je Teilnahmefall niedrig.

In Abbildung 35 zeigt sich deutlich, dass die Summe der Zuschüsse und damit die Kosten je

Teilnahmefall in dem betrachteten Zeitraum deutlich stiegen,³⁹ und zwar auf das Drei- bis Fünffache. Zum Jahr 2017 stiegen die Kosten erstmalig sichtlich an. Eine Ausnahme bildete in diesem Jahr der Landkreis Anhalt-Bitterfeld, hier sanken die Kosten je Teilnahmefall. Erklärbar ist diese Tendenz durch die gestiegene Anzahl an Sprachkurse, die für Neuzugewanderte kostenlos waren. Hier fehlten also Einnahmen durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die fehlenden Einnahmen mussten durch öffentliche Zuschüsse kompensiert werden. Der zweite große Anstieg erfolgte im Jahr 2020. Dieser lässt sich auf die durch die Pandemie ausbleibenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer und damit auf fehlende Teilnehmerentgelte zurückführen. Es wird deutlich, welche Kosten zur Gewährleistung des VHS-Angebots trotz ausfallender Kurse anfielen. Nur durch eine Verteilung dieser Kosten auf Kommune, Land und Bund kann ein lokales sowie vielfältiges und bezahlbares Bildungsangebot der Erwachsenenbildung bestehen bleiben.

³⁹ Die vorliegenden Daten stammen vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Für das Jahr 2020 sind dort leider keine Zahlen für den Landkreis Mansfeld-Südharz erhältlich, daher beschränkt sich die Betrachtung für Mansfeld-Südharz auf das Jahr 2019.

4

Zusammenfassung und Ausblick

4.1 Zusammenfassung

Ziel der Etablierung eines regionalen Bildungsmonitorings ist es, dass die jeweiligen Reviere daraus Handlungsstrategien für ihre Bildungslandschaft ableiten können. Dafür braucht es nicht nur die Bereitstellung von Daten, sondern auch den Austausch mit den Revierkommunen. Der Kennzahlenvergleich hat als interkommunales Austauschformat dazu beigetragen, einen datenbezogenen Blick auf die vergangenen Bildungsprozesse des Mitteldeutschen Reviers zu werfen, ohne dass die Revierkommunen diesbezüglich in einem Ranking stehen. Der themenbasierte Austausch über Daten gewann durch Hintergrundfragen und Beiträge zur kommunalen Lage an Kontur und half bei der Interpretation der Daten. Zudem konnten sich Mitarbeitende der Kreisverwaltungen länderübergreifend austauschen und vernetzen, was aktuell kein weiteres Gremium für die operative Ebene bietet.

Bei der Entwicklung des Kennzahlensets zu Bildung im Strukturwandel konnte im ersten Prozess sehr gut sondiert werden, in welcher Form sich die Indikatoren des Anwendungsleitfadens zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings eignen. Eine datenbasierte Grundlage, die sich über alle Bildungsphasen erstreckt, konnte somit geschaffen werden. Allen Revierkommunen liegt damit eine Analyse vor, die zum einen ihre eigene Entwicklung darstellt und zugleich eine Orientierung innerhalb des Mitteldeutschen Reviers liefert. Alle Daten können für die kommunale Arbeit genutzt werden. Das Kennzahlenset ist nicht auf die bisher ausgewerteten 47 Kennzahlen festgelegt,

sondern soll im fortgesetzten Prozess weiter angepasst werden. Eine partizipative Umsetzung und Veranstaltungen in Präsenz werden auch weiterhin das Format prägen.

Welchen Beitrag zu Bildung im Strukturwandel konnte die Analyse des Kennzahlenvergleichs bisher leisten? Das Mitteldeutsche Revier zeichnet sich durch eine sehr heterogene Struktur aus. Dies wurde evidenzbasiert abgebildet. Stadt ist nicht gleich Stadt und Landkreis nicht gleich Landkreis. Die einzelne Darstellung der kommunalen Daten macht bestimmte Zusammenhänge zwischen den Revierkommunen sichtbar, strukturelle Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede werden deutlich. Aus der Datenanalyse geht besonders hervor, dass der zentrale Treiber im Mitteldeutsche Revier bisher der demografische Wandel ist. In diesem Zusammenhang spielt die räumliche Nähe zu den kreisfreien Städten eine zentrale Rolle. Je mehr eine Kommune vom urbanen Zentrum des Reviers entfernt liegt, desto mehr ist sie vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Dieser hat maßgeblich Einfluss auf die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft und die Wirtschaft gleichermaßen. Zudem wird die Bevölkerung der Landkreise älter, aber auch agiler. Für diese Zielgruppe sollte es gute Bildungs- und Kulturangebote geben sowie ein zentrales Netz der Daseinsvorsorge geschaffen werden. Der Motor des Mitteldeutschen Reviers ist die Stadt Leipzig. Zuletzt galt sie als die am schnellsten wachsende Großstadt Deutschlands (Rink/Haase/Leibert/Wolff 2022, 16). Leipzig

ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Von dieser Strahlkraft kann das gesamte Revier profitieren. In vielen Bereichen bestehen Notwendigkeiten für das Mitteldeutsche Revier, als Region zu agieren. Gemeinsam blicken die Kommunen des Mitteldeutschen Reviers einer sinkenden Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung entgegen, was den

Arbeitskräftemangel in Zukunft noch verschärfen wird. Auf regionaler Ebene ist die Betrachtung des Ausbildungs- sowie Arbeitsmarktes daher besonders sinnvoll, da akuten Engpässen somit besser entgegengewirkt werden kann. Die Daten des regionalen Bildungsmonitorings können dazu bereits erste Erkenntnisse beitragen.

4.2 Ausblick

Der Kennzahlenprozess wird durch BiSMit bis Ende 2024 fortgesetzt. Stand in der vergangenen Umsetzung die quantitative Analyse im Vordergrund, soll es folglich um die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kennzahlen gehen. Was bedeutet eigentlich der Begriff Steuerungsrelevanz? Wie sehr eignen sich Kennzahlen zur Steuerung regionaler und auch kommunaler Prozesse? Welche Handlungsspielräume sind den kommunalen Verwaltungen diesbezüglich gegeben oder braucht es dabei Unterstützung von anderen Ebenen? Diese Fragen werden bei der Weiterentwicklung des Formats Kennzahlenvergleich im Zentrum stehen. Die Ebene der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger soll verstärkt in den Prozess einbezogen werden. In dieser Form wird der interkommunale Austausch ausgeweitet. Weiterhin wird auf die Arbeit mit den Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltungen der operativen Ebene

gesetzt. Zukünftig bietet das Veranstaltungsformat mehr Raum für den interkommunalen kollegialen Austausch.

Das bisherige Kennzahlenset liefert die Ausgangsposition für die Fortsetzung des Prozesses. BiSMit, die kommunalen Teilnehmenden sowie Expertinnen und Experten verschiedener Themengebiete werden gemeinsam das Kennzahlenset weiterentwickeln. Ziel ist es, als Prozessabschluss einen Kennzahlenkatalog zusammenzustellen, der genau definiert, welche Aussagekraft Kennzahlen zu Bildung im Strukturwandel leisten und wie sie auf regionaler respektive kommunaler Ebene genutzt werden können. Ein solcher Kennzahlenkatalog kann ebenso eine Grundlage für die regionale datenbasierte Zusammenarbeit sowie eine künftige regionale Bildungssteuerung durch entsprechende verantwortliche Institutionen sein.





Hinweise zur Nutzung des Dashboards

1



Dashboard zum Bericht des Kennzahlenvergleichs

Für den Kennzahlenvergleich 2021 bis 2022 waren die thematischen Dashboards die essenzielle Darstellungsform für die komplexe deskriptive Datenanalyse. Zum vorliegenden Bericht gehört nun auch ein Dashboard mit den im Bericht genannten Kennzahlen zu den jeweiligen Themenfeldern. Erstmals umfasst es in komprimierter Form alle Themenfelder. Durch das Dashboard ergibt sich die Möglichkeit, gesamte Zeitverläufe einzusehen und zusätzliche Informationen durch Infokästen (Mouseover) oder eine Infoseite zu erhalten.

2

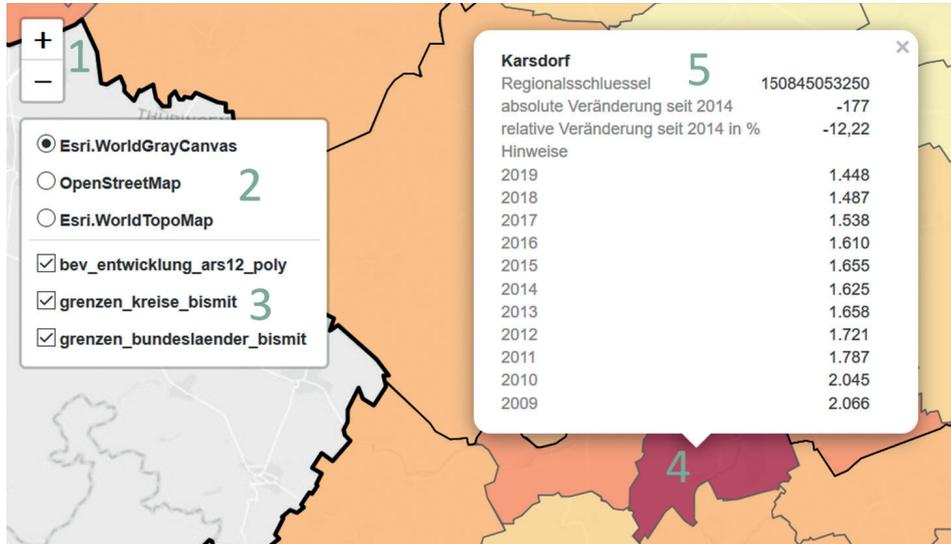


Bedienungshinweise zum Dashboard

Das Dashboard kann mit jedem beliebigen Internetbrowser (z. B. Firefox, Chrome, Edge) geöffnet werden. Eine Verbindung zum Internet ist nicht nötig. In der Kopfzeile des Dashboards sind die Themenfelder aufgelistet, darunter befinden sich die Kennzahlen. Durch das Anklicken der jeweiligen Kennzahl gelangt man zu den entsprechenden interaktiven Abbildungen. Im Dashboard befinden sich zwei Arten von Abbildungen (Karten und Diagramme), die unterschiedlich bedient werden können. Über die Einstellung der Schriftgröße des Browserfensters kann das Format zusätzlich geregelt werden.

3 Karten

Bei Kartendarstellungen besteht die Möglichkeit zu zoomen (1), die Darstellungen zu verändern (2–3) und sich weitere Informationen (4–5) anzeigen zu lassen.



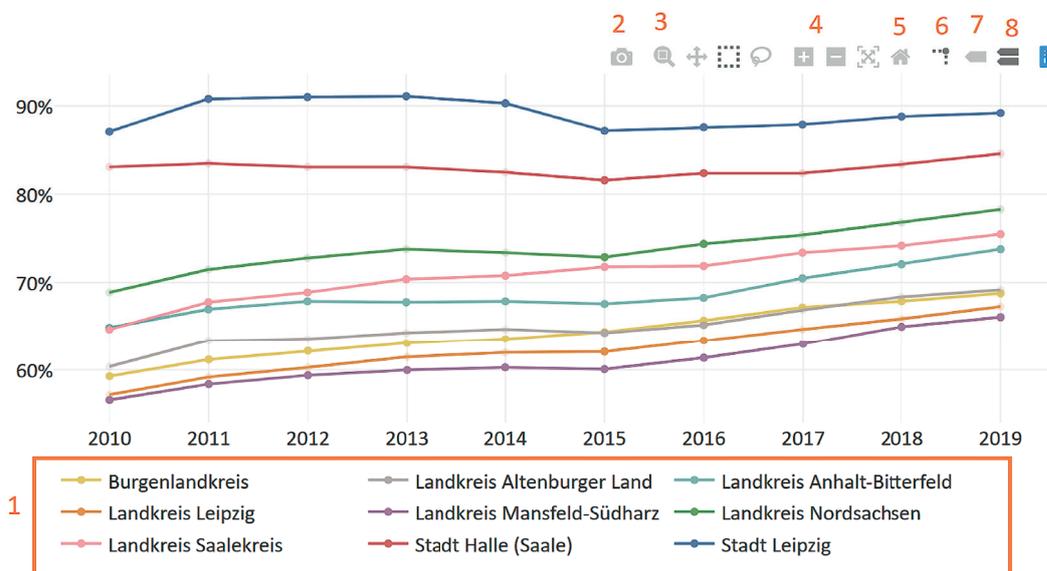
- ▶ **Im Bereich 1**
können über die Symbole + und – Kartenausschnitte vergrößert oder verkleinert werden. Alternativ kann hierfür auch das Mausrad benutzt werden.
- ▶ **Im Bereich 2**
können alternative Kartenhintergründe genutzt werden, sofern eine Verbindung zum Internet besteht.
- ▶ **Im Bereich 3**
können die angezeigten Informationen (Kartenbereiche und Grenzen) ein- und ausgeblendet werden.
- ▶ **Bereich 4**
stellt beispielhaft einen Kartenbereich dar, der angeklickt werden kann. Nach dem Anklick werden weitere Informationen im Pop-up (Bereich 5) angezeigt, sofern hier weitere Informationen hinterlegt sind.

4

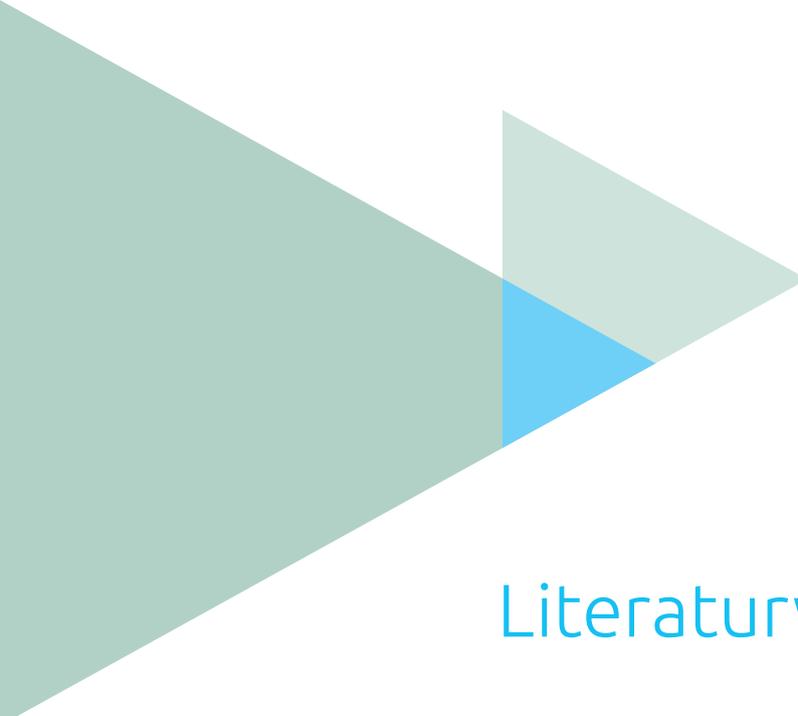


Diagramme

Bei den interaktiven Diagrammen ist es möglich die angezeigten Graphen auszuwählen (Bereich 1) oder die Darstellungsform zu ändern (Bereich 2–8).



- ▶ Im **Bereich 1 (Legende)** können die einzelnen Graphen der neun Revierkommunen ein- und ausgeblendet werden. Durch einen Doppelklick auf eine Kommune im Legendenbereich wird nur diese angezeigt. Ein erneuter Doppelklick auf die einzeln ausgewählte Kommune führt zur ursprünglichen Einblendung aller Kommunen. Falls die untere Legende die Jahreszahlen überlappt, reguliert sich die Ansicht, indem man den Graphen einer Kommune durch einfaches Klicken ein und wieder ausblendet.
- ▶ Im oberen **Bereich (2–8)** der Abbildung besteht die Möglichkeit, die aktuelle Darstellung als Bild im svg-Format zu speichern (**Bereich 2**).
- ▶ Durch den **Button 3** ist es möglich, einzelne Abschnitte der Abbildung zu betrachten. Alternativ können hierfür auch die Symbole + und – (**Bereich 4**) benutzt werden.
- ▶ Der **Button 5** setzt die Zoomstufe auf den Ausgangswert zurück. Falls Sie irgendetwas verstellt haben, einfach diesen Button drücken.
- ▶ Der **Button 6** zeigt die Schnittmenge der x und y-Achsen eines ausgewählten Punktes an.
- ▶ Ist **Button 7** aktiviert, werden Pop-ups zu einem Punkt angezeigt, während bei **Button 8** Pop-ups zu allen Punkten auf der x- und y-Achsen angezeigt werden.



Literaturverzeichnis

Anger, Christina/Plünnecke, Axel/Seyda, Susanne (2006):

Bildungsarmut und Humankapital-schwäche in Deutschland. In Analysen – Forschungsberichte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 18. Köln

Autor:innengruppe Bildungs-berichterstattung (2022):

Bildung in Deutschland 2022 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal. <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022.pdf> (08.06.2023)

Bischof, Mario/Uhrig, Björn (2022):

Bildungsreport Leipzig 2021. Leipzig. https://www.pedocs.de/volltexte/2022/24355/pdf/Leipzig_Bildungsreport_2021.pdf (20.03.2023)

BiSMit – Bildung im Struktur-wandel (2023):

Berufsbezogene Weiterbildung im Strukturwandel. Ein Blick ins Mitteldeutsche Revier. Leipzig. https://www.bismit.de/fileadmin/user_upload/pdf/Publikationen/DJI_BiSMit_Studienbericht>Weiterbildung_gesamt_web.pdf (20.03.2023)

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung – Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel (2020):

<https://www.transferinitiative.de/bildung-im-strukturwandel.php> (20.03.2023)

Brugger, Pia/Gawronski, Katharina/Giar, Katharina (2020):

Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings. Hg. v. Konsortium Bildungsmonitoring. Bonn/Stuttgart/Wiesbaden

Bundesinstitut für Berufsbil-dung:

Vertragslösungsquote. <https://www.bibb.de/de/4705.php> (20.03.2023)

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019):

Eckpunkte zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunkte-strukturwandel.pdf?__blob=publicationFile&v=18 (26.05.2023)

Bundeszentrale für politische Bildung (2022):

Soziale Situation in Deutschland – Volkshochschulen (Vhs). <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61675/volkshochschulen-vhs/> (20.03.2023)

Bundeszentrale für politische Bildung (2023):

Demografie von Asylsuchenden in Deutschland. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265710/demografie-von-asylsuchenden-in-deutschland/> (20.03.2023)

Destatis – Statistisches Bundes-amt (2023):

Systematik der Fächergruppen, Studienbereiche und Studienfächer. <https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Bildung/studenten-pruefungstatistik.html> (20.03.2023)

Deutsche Handwerkszeitung (2021):

Passungsprobleme Gedanken zu einem Azubi-Dilemma. <https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/passungsprobleme-gedanken-zu-einem-azubi-dilemma-213662/> (20.03.2023)

Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste (2021):

Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule der Sekundarstufe I. In: Sachstand / Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Vol. 8, Berlin. <https://www.bundestag.de/resource/blob/835702/1da4c50c71135c08416a99ad1478a796/WD-8-025-21-pdf-data.pdf> (20.03.2023)

Deutschlandatlas (2020):

Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person. https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-arbeiten/065-Bruttoinlandsprodukt-je-Erwerbstaetigen.html#_gi5zv2xu2 (20.03.2023)

Die Bundesregierung (2016):

Gut Leben in Deutschland. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/bericht/bildung/> (20.03.2023)

Gronau, Vanessa/Fütterer, Tim/Meisel, Annika (2016):

Mismatch auf dem Ausbildungsmarkt: Eine Analyse der Ursachen freibleibender Lehrstellenplätze aus Sicht von Matching-BeraterInnen. In: TALENTE. Zeitschrift für Bildung und Berufsorientierung. 12. Jahrgang, Ausgabe 26, S. 48–59. Berlin. <https://docplayer.org/53155467-Mismatch-auf-dem-ausbildungsmarkt-eine-analyse-der-ursachen-freibleibender-lehrstellenplaetze-aus-sicht-von-matching-beraterinnen.html> (20.03.2023)

Haufe (2021):

Selbstbewusste Fachkräfte: „Ich kann mir den Job aussuchen“. https://www.haufe.de/personal/hr-management/fachkraefte-kennen-ihren-marktwert-und-gehen-auf-jobsuche_80_553898.html (26.05.2023)

Hauschildt, Ursel/Heinemann, Lars/Piening, Dorothea/Rauner, Felix (2012):

Hintergründe vorzeitiger Lösungen von Auszubildenden und Betrieben in der Region Leipzig. Eine Studie im Auftrag der Landratsämter Nordsachsen und Leipzig sowie der Stadt Leipzig. Hg. v. Stadt Leipzig/Landkreis Nordsachsen/Landkreis Leipzig. <https://www.berufsorientierung-nordsachsen.de/f-Download-d-file.html?id=197> (20.03.2023)

Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2015):

Der Einfluss schulrechtlicher Reformen auf Bildungsungleichheiten zwischen den deutschen Bundesländern. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 67, Nr. 3, S. 539–371.



<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s11577-015-0338-1.pdf?pdf=button%20sticky>
(20.03.2023)

IRMD – Innovationsregion Mitteldeutschland (2020):
Technologiefeldanalyse Innovationsregion Mitteldeutschland – Zentrale Ergebnisse. Leipzig. https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/wp-content/uploads/2020/09/C1929X11_Technologiefeldanalyse_IRMD_zentrale-Ergebnisse.pdf
(20.03.2023)

IRMD – Innovationsregion Mitteldeutschland (2021 a):
Fachkräfteentwicklung 2025+. Ansatz für die Entwicklung des Fachkräfteangebots 2025 bis 2040 zur Deckung erwarteter Bedarfslücken und sich im Zuge des Strukturwandels ändernder Fachkräftebedarfe. Leipzig. https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/wp-content/uploads/2021/12/211216_Abschlussbericht-IRMD-Fachkraefteentwicklung-2025_Langfassung.pdf
(20.03.2023)

IRMD – Innovationsregion Mitteldeutschland (2021 b):
Sozio-ökonomische Perspektive. Analyse und Bewertung der demografischen und wirtschaftlichen Perspektive 2040 für die Innovationsregion Mitteldeutschland. Leipzig. https://www.innovationsregion-mitteldeutschland.com/wp-content/uploads/2021/06/210629_Perspektive-2040.pdf
(20.03.2023)

KoBiS – Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel (2022):
Kooperation für Bildung im Strukturwandel, 3. Werkstattbericht. Bonn. https://www.bismit.de/fileadmin/user_upload/pdf/Publikationen/Werkstattbericht_KoBiS_3.pdf
(20.03.2023)

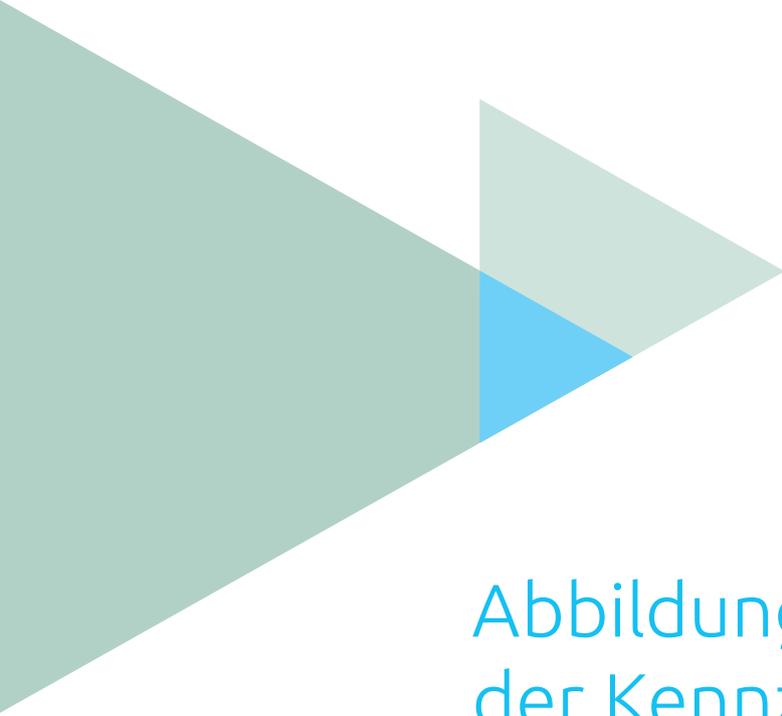
Netzwerkstelle Schulerfolg Mansfeld-Südharz (2021):
Schulsozialarbeit als Erfahrungs- und Praxiswissenschaft – Methodenvielfalt an Schulen in Mansfeld-Südharz. <https://lmy.de/WMZzy>
(20.03.2023)

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (2022):
Aufstieg durch Bildung nicht jedem Kind in Deutschland möglich. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw27-pa-nachhaltigkeit-bildung-901218>
(22.05.2023)

Rink, Dieter/Haase, Annegret/Leibert, Tim/Wolff, Manuel (2022):
COVID-19 als Ursache temporärer Schrumpfung: Zur Einwohnerentwicklung der 15 größten deutschen Städte im Jahr 2021, UFZ Discussion Papers, Department Stadt und Umweltsoziologie. Leipzig. https://www.ufz.de/export/data/global/268569_DP_2022_5_Rinketal.pdf#search=%22staedtewachstum%22
(16.05.2023)

Sachsen-Anhalt (2015):
Verordnung über Berufsbildende Schulen vom 10.07.2015. <https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/jlr-BBiSchulVST2015rahmen>
(20.03.2023)

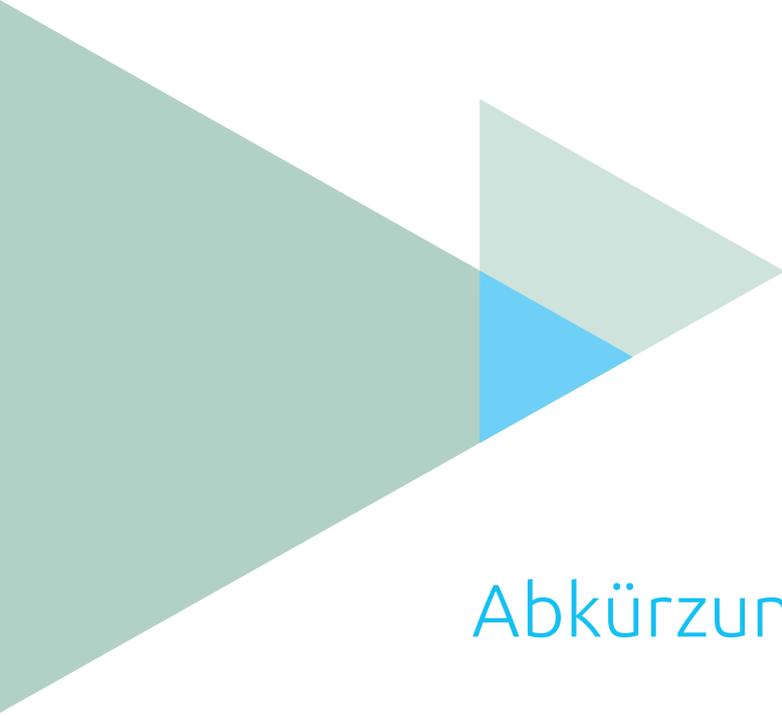
Sujata, Uwe/Weyh, Antje (2016):
Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge in der dualen Ausbildung in Sachsen. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. IAB-Regional – IAB Sachsen, 01/2016. https://doku.iab.de/regional/S/2016/regional_s_0116.pdf
(20.03.2023)



Abbildungsverzeichnis der Kennzahlen

▶ Abb. 9:	Anteil der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung (2019)	17
▶ Abb. 10:	Natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung (2019)	18
▶ Abb. 11:	Relative Bevölkerungsvorausberechnung des BBSR zum Basisjahr 2017 (2017–2040)	19
▶ Abb. 12:	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je erwerbstätige Person (2010–2018)	19
▶ Abb. 13:	Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (2010–2019)	20
▶ Abb. 14:	Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (2010–2020)	21
▶ Abb. 15:	Quote der nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) (2020)	22
▶ Abb. 17:	Veränderung der Anzahl von Auszubildenden seit 2010 (2010–2020)	24
▶ Abb. 18:	Anteil neu abgeschlossener Ausbildungsverträge nach Altersgruppen (2020)	25
▶ Abb. 19:	Anteilsverteilung der Auszubildenden nach Betriebsgröße (2021)	26
▶ Abb. 20:	Anzahl unversorgter Bewerber/-innen und unbesetzter betrieblicher Ausbildungsstellen (2021)	27

▶ Abb. 21:	Vertragslösungsquote (2010–2020)	28
▶ Abb. 22:	Anzahl der Schüler/-innen in Bildungsgängen zur beruflichen Weiterbildung an Fachschulen nach Fachbereich (2020)	29
▶ Abb. 24:	Anteil der Schüler/-innen in den Eingangsklassen weiterführender Schulen nach Schulart (2020)	32
▶ Abb. 25:	Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II – Anteil in der Sekundarstufe II nach Herkunftsschule (2020)	33
▶ Abb. 27:	Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen (2020)	34
▶ Abb. 28:	Anzahl der Hochschulabsolventinnen/-absolventen nach Fachbereich (2020)	37
▶ Abb. 29:	Verteilung der Bevölkerung nach dem höchsten allgemeinbildenden Abschluss (2019)	38
▶ Abb. 30:	Zahl der Teilnahmefälle an Volkshochschulen je 1000 Einwohner/-innen (2010–2020)	39
▶ Abb. 32:	Betreuungsquote der Kindertagesbetreuung 0- bis unter 3-Jährigen (2010–2020)	41
▶ Abb. 33:	Anteil der Studierenden aus dem Kreisgebiet nach Studienort (2019)	42
▶ Abb. 34:	Teilnahmequoten an Volkshochschulen nach Altersgruppen (2019)	44
▶ Abb. 35:	Öffentliche Finanzierung insgesamt je Teilnahmefall an Volkshochschulen in Euro (2010–2020)	45



Abkürzungsverzeichnis

▶ BiSMit	Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland	▶ KoBiS	Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel
▶ DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung	▶ NEF	nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte
▶ HWK	Handwerkskammer	▶ OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
▶ HZB	Hochschulzugangsberechtigung	▶ ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
▶ IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	▶ PISA	Programme for International Student Assessment
▶ IAP	Individuelle Abschlussphase	▶ SN	Sachsen
▶ IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung	▶ ST	Sachsen-Anhalt
▶ IHK	Industrie- und Handelskammer	▶ TH	Thüringen
▶ IQB	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen – nationales Bildungsmonitoring auf Basis der Bildungsstandards der KMK	▶ VHS	Volkshochschule
▶ IRMD	Innovationsregion Mitteldeutschland		
▶ Kita	Kindertagesstätte		
▶ KMU	kleine und mittlere Unternehmen		

Impressum

Copyright © 2023 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel
in Mitteldeutschland – BiSMit

Witzgallstraße 2
04317 Leipzig

T: +49 (0) 3419939230
E: info@bismit.de
W: www.bismit.de

Herausgeber

Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel
in Mitteldeutschland – BiSMit

Projektleitung

Jenny Richter

Autorinnen

Carolin Jäckel, Eva-Maria Merk

Grafisches Konzept

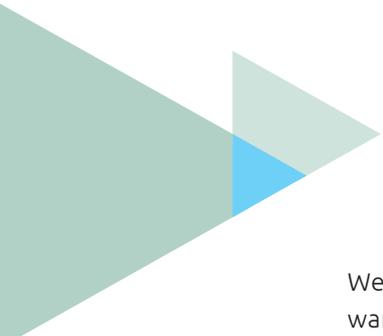
Kathleen Rothe, Leipzig

Gestaltung

graphodata GmbH, Aachen

Stand

Juli 2023



Welche Themen umfasst Bildung im Strukturwandel und mit welchen Daten lassen sich diesbezüglich Entwicklungen darstellen? Antworten hierauf liefert ein regionales Bildungsmonitoring des Mitteldeutschen Reviers. Das vom Netzwerkbüro Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland (BiSMit) etablierte Bildungsmonitoring wird durch den Kennzahlenvergleich begleitet. Dabei handelt es sich um ein Veranstaltungsformat, das Teilnehmenden der Revierkommunen die Möglichkeit zum interkommunalen Austausch gibt.

Der Kennzahlenbericht fasst die Analyse einer Kennzahlenauswahl für das Mitteldeutsche Revier sowie den zweijährigen Prozess des Kennzahlenvergleichs zusammen, ergänzt durch kommunale Diskussionsbeiträge aus den Veranstaltungen. Begleitet wird der Bericht von einem interaktiven Dashboard, das alle verwendeten Kennzahlen beinhaltet und eine tiefere Analyse ermöglicht. Kennzahlenbericht und Dashboard geben einen datenbasierten Einblick in die Bildungslandschaft des Mitteldeutschen Reviers.

www.bismit.de